

ZEITGENOSSIN

Was ist der Morgen?

LINKE PERSPEKTIVEN AUF DIE KRISE

NATIONALISMUS ALS GÄNGIGSTE ANTWORT AUF DIE KRISE UND SEINE ÜBERWINDUNG S. 12-15 // ERÖFFNENDE PERSPEKTIVEN FÜR DIE LINKE IM CORONA-KAPITALISMUS S. 16-19 // Antisemitismus als Vehikel für eine neue Querfront S.14 // Aktivismus, Protest, Ambivalenzen, Widersprüche – POLITISCHE PRAXIS MIT EMANZIPATORISCHEM ANSPRUCH S. 36 // Heeresgeschichtliches Museum befeuert Geschichtsmymthen S. 64 // Adornos Jünger S. 40 // Na Klasse – akademische Verortung der hiesigen Linken S.38 //

Endlich eine gute Nachricht!



**Cash Back
Gutscheine**



Aktions-Rabattgutscheine

Was ist wichtig ist: Ökologische Unternehmen zu unterstützen. Deshalb gibt es jetzt auf cashbackgutscheine.at die Rubrik „Green is more smart“. Dort findest du aktuelle Aktionsgutscheine für nachhaltige Unternehmen.
Mach mit und unterstütze die Österreichische Wirtschaft – denn gemeinsam sind wir stark!

cashbackgutscheine.at

Die Bank für alles, was wichtig ist. | **Bank Austria**
member of UniCredit

EDITORIAL

Liebe Leser_innen,
die vor euch liegende Zeitschrift ist, wie euch vielleicht schon aufgefallen sein mag, dicker als die vorherigen Ausgaben der zeitgenossin. Der Grund dafür: Wir haben uns aufgrund der Covid-19-Situation dazu entschieden, die FLINT*(Frauen*, Lesben, Inter*, Trans*)-Ausgabe mit der letzten inhaltlichen Ausgabe des Semesters zusammenzulegen.

Die Ausgaben haben die Schwerpunkte „Kritik und Aktivismus“ und „Linke Perspektiven auf die Krise“. Diese Doppelausgabe ist gefüllt mit Texten von Studierenden, die aus den verschiedensten Blickwinkel inhaltlich auf diese Schlüsselbegriffe eingehen. Die Autor_innen haben sich den Themen auf vielfältige Weise genähert, so werden nicht nur verschiedene Formen von Aktivismus vorgestellt, sondern auch feministische und antifaschistische Perspektiven auf die gegenwärtige Situation eröffnet.

Weil die Krise uns wohl noch länger begleiten wird, ist es wichtig, sich neuen Betrachtungsweisen zu widmen und nach den Bedingungen emanzipatorischer Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen zu fragen – denn eines ist klar: Weder wie es ist, noch wie es war soll es bleiben!

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen und einen guten Start in die Sommerferien.

Bis zum kommenden Semester,
eure zeitgenossin-Redaktion

Tennel Lenat Jödel
Christine Fejzer Florian Fuchs

INHALT

JUNI-AUSGABE: GESELLSCHAFT

- 10 **Der ewige Kampf um Gleichberechtigung** – feministische Perspektive auf die Krise
- 12 **Antiziganistische Kontinuitäten** – Statt an struktureller, diskriminierender Ungleichheit zu rütteln, wird die Pandemie ethnisiert und rassistisch instrumentalisiert
- 14 **Neues aus Aluhuthausen** – Auch Verschwörungstheorien sind hoch virulent
- 16 **Vom Corona-Kapitalismus zum gesellschaftlichen Wahn** – Überlegungen zu bürgerlichen Reaktionen auf die Pandemie und Handlungsoptionen für die radikale Linke
- 18 **Eure Ordnung aus Sand** – Covid-19 spitzt die Verhältnisse zu. Was bedeutet das für Klimagerechtigkeit in Österreich?
- 20 **Der Ausnahmezustand als ‚Rückkehr des Staates‘** – Der Staat war niemals weg, weil das Kapital ohne ihn gar nicht existieren kann.
- 22 **Die infizierte Stadt** – Der öffentliche Raum Wiens in Zeiten von Corona

- 24 **Depressionen während der Corona-Krise politisch denken** – Was hat psychische Gesundheit mit Gerechtigkeit und Kapitalismus zu tun?

- 26 **Nationaler Konsum, nationale Arbeit** – Der ‚nationale Schulterschluss‘ geht mit der altbekannten Forderung nach bewusstem Konsum wunderbar zusammen

APRIL-AUSGABE: HOCHSCHULE

- 32 **Solidarisch, unfügsam, engagiert** – Die Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU) stellt sich vor

GESELLSCHAFT

- 36 **Aktivistische Ambivalenzen** – Zwischen Leistungsdruck, Repression und Privilegien
- 38 **Einige meiner besten Freund*innen sind aus der Mittelschicht** – Wiener linker und queer(-feministischer) Aktivismus aus einer klassismuskritischen Perspektive

- 40 **Von Ohnmacht & Allmacht** – Den harten Umgang der Theorie mit der Praxis diskutiert Babsi Ordinaireteur

- 42 **Schwarz, weiß, pink, silver und tute bianche** – Eine feministische Farbenlehre linksradikaler Organisation & Aktion

- 44 **Wenn wir streiken, steht die Welt still** – Die Plattform *Radikale Linke* beleuchtet den feministischen Streik und reflektiert Herausforderungen und Perspektiven

- 46 **Über die Notwendigkeit feministischer Recherchearbeit** – Ein Beitrag von *fida* zur antifeministischen Bewegung in Österreich und der Notwendigkeit feministischer Recherche

- 48 **Pro-Choice is ois!** – Ein Einblick in die Forderungen und Protestformen der Rosa Antifa Wien

- 50 **FLINT-Räume** – Entwicklung, Perspektiven und Wünsche

- 52 **Feministische Banden bilden!**

- 54 **Gleichberechtigte Verhütung?** – Wie uns Wissenschaft und Technologie im Stich lassen

- 56 **„Ein Vergewaltiger auf deinem Weg“** – Feministische Hymne einer neuen Ära – Die Intervention des feministischen Kollektivs *Las Tesis*, das weiterhin um die Welt reist

- 58 **Memes und Online-Aktivismus** – Warum Humor und Memes wirkungsvolle aktivistische Werkzeuge sind. Ein Einblick von einer Meme-Macherin

- 60 **Umdeutung und Aktivismus:** Emma Goldmans geliebtes Leben

- 61 **„Abschiedung war unzulässig“** – Jahre nach ihrer unrechtmäßigen Abschiebung vor Gericht Recht – Asyl in Not berichtet über den Fall

KULTUR

- 64 **„Krieg gehört ins Museum“** – Eine Tour durch die geschichtspolitischen Abgründe im Heeresgeschichtlichen Museum

- 66 **Ausblick und Impressum**





Illustration: Anna Pötterl

VORSITZKOMMENTAR

Und jetzt?

So ein turbulentes Semester hatten wir wohl alle noch nie. Die letzten Wochen und Monaten waren für uns alle mehr als nur schwierig. Viele haben ihre existenzsichernde Lohnarbeit verloren, wissen nicht, wie sie die Miete, den nächsten Einkauf oder sonst irgendwas bezahlen sollen. Die Uni Wien hat viel Nachsicht und Flexibilität von uns Student_innen gefordert – was anfangs auch teils berechtigt war: Den gesamten Lehrbetrieb für 90.000 Student_innen von jetzt auf nachher auf E-Learning umzustellen, ist keinesfalls leicht. Blind davon auszugehen, dass alle Student_innen die technischen Voraussetzungen für E-Learning haben, ist eine Sache. Zu leugnen, dass es um viel mehr geht als ein Verlagern von Lehrveranstaltungen von der Uni auf das „Zuhause“, ist ein Verschließen der Augen vor der Realität. Die psychische Belastung der Krise an sich, die räumliche Gegebenheit inklusive Ruheort in WGs, das Zittern um den Asylstatus, das Kümmern um Familienangehörige und Freund_innen oder auch die steigende häusliche Gewalt sind nur wenige Beispiele von Lebensrealitäten, die sowohl die Uni Wien als auch die Regierung gerade nicht wahrhaben will.

Die Uni Wien versucht jetzt also, business as usual zu betreiben und eine „neue Normalität“ zu schaffen, während viele Student_innen damit beschäftigt sind, zu überlegen, wie sie Seminararbeiten schreiben sollen,

wenn die Bibliotheken erst seit Kurzem zumindest den Entlehnbetrieb teils geöffnet haben, oder warum sie überhaupt Studiengebühren zahlen sollen, wenn ein großer Teil der Lehre überhaupt nicht richtig stattfindet. Oder wie denn nachhaltig lernen funktionieren soll, wenn der Austausch zwischen den Student_innen einfach nicht stattfindet, sondern jede_r auf sich gestellt ist.

Es wird Zeit, zumindest die gleiche Nachsicht und Flexibilität einzufordern, die die Uni Wien in den ersten Wochen des Lockdowns von uns gefordert hat. Wie kann es sein, dass es bis heute kein einziges Hilfspaket für Student_innen von Seiten der Regierung gibt? Wie kann es sein, dass Fristen für Abgaben eingehalten werden sollen, als gäbe es keine weltweite Pandemie? Wie kann es sein, dass die Studiengebühren nicht rückerstattet oder erlassen werden, obwohl viele vor dem Existenz-Aus stehen?

Wir als ÖH Uni Wien fordern weiterhin, dass das Sommersemester zum Nicht-Semester erklärt wird! Studiengebühren und Gebühren für Sprachkurse müssen rückerstattet, Visa und Abgabefristen verlängert, Präsenz-Lehrveranstaltungen nach der Pandemie verstärkt angeboten und Hilfspakete von der Regierung gestellt werden.



GESELLSCHAFT

DER EWIGE KAMPF UM GLEICHBERECHTIGUNG

Eine feministische Perspektive

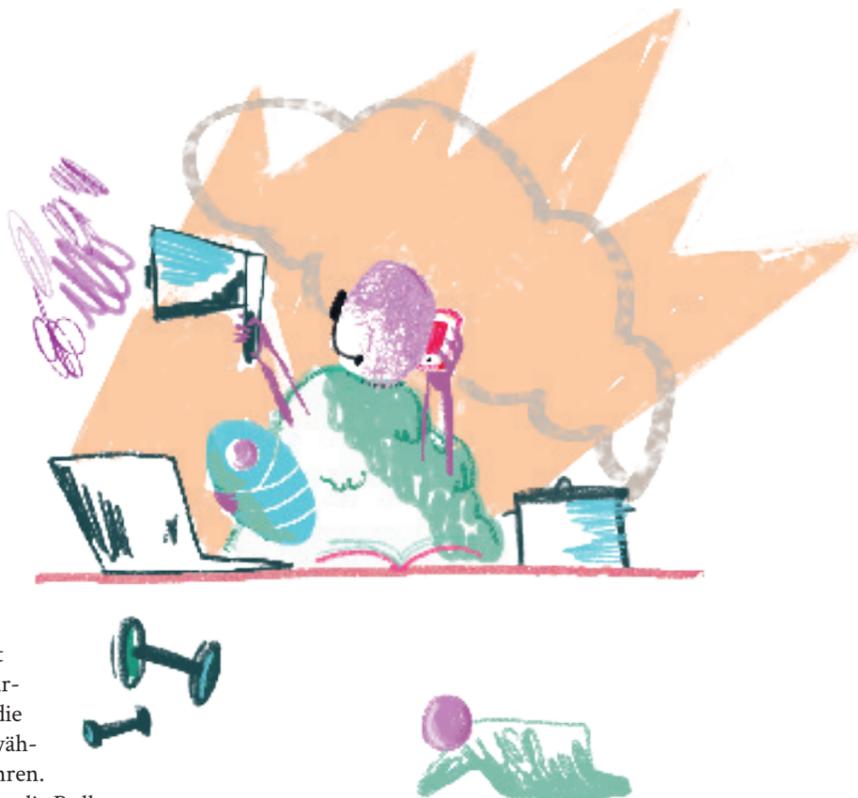
Die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen war ein Meilenstein für den Feminismus. „Ich war 24 Jahre alt, ich sprang auf dem Sessel herum und jubelte: Simone, Simone, wir haben gewonnen! Simone war damals 66. Claudine, nein, wir haben nicht gewonnen“, sagte sie. „Es braucht nur eine politische, wirtschaftliche oder religiöse Krise, und all unsere Rechte sind wieder in Gefahr. Du wirst dein ganzes Leben darauf achten müssen, Claudine.“

So schilderte die französische Aktivistin Claudine Monteil 2017 der *Süddeutschen Zeitung* die Unterhaltung, die sie Mitte der 1970er-Jahre mit ihrer Mitstreiterin Simone de Beauvoir geführt hatte, nachdem das französische Abtreibungsgesetz geändert wurde.¹ Angesichts der derzeitigen Coronakrise muss man sagen – Beauvoir hatte recht.

„Mit Corona zurück in die 1950er Jahre“² schreibt der *Falter*, „Feminismus auf dem Abstellgleis“³ heißt es im *Standard*. In den 50er-Jahren war es in der bürgerlichen Familie grundsätzlich üblich, dass sich die Frau um die Reproduktionsarbeit kümmerte, während der Mann arbeitete, um die Familie zu ernähren. Viele Frauen fühlen sich während der Krise plötzlich in die Rolle ihrer Großmütter gedrängt und finden sich mit größter Selbstverständlichkeit in alten Rollenbildern wieder – man könnte meinen, die Krise beförderte unsere Gesellschaft in die Vergangenheit zurück. Der große Unterschied zu den 50er-Jahren ist aber, dass Frauen nicht nur die Verantwortung für Haushalt und Kinder tragen, sondern auch meist einen Beruf ausüben und somit unter enormer Doppelbelastung stehen. Auch wenn es dieses Problem schon vor der Krise gab, so wurde es durch die zwischenzeitlichen Schulschließungen bis ins teilweise Unerträgliche verschärft. Zumindest für die Frauen, die in sogenannten ‚systemrelevanten Bereichen‘ arbeiten, war der öffentliche Applaus kaum zu überhören. Im Lebensmitteleinzelhandel sind rund 73 Prozent der sozialversicherten Arbeitnehmer_innen Frauen, in Krankenhäusern 76 Prozent und in Kindergärten und Vorschulen rund 93 Prozent.⁴

Simone de Beauvoir

Beauvoir gilt als Vordenkerin des Feminismus. 1949 veröffentlichte sie ihr Werk *Le Deuxième Sexe*, wörtlich „das zweite Geschlecht“, in dem sie sich intensiv mit der gesellschaftlichen Rolle der Frau beschäftigte und diese kritisch hinterfragte. Von rechter und von linker politischer Seite hagelte es Vorwürfe und Vorurteile. Diese Frau müsse doch lesbisch sein, hieß es. Camus warf ihr vor, Männer lächerlich zu machen, und Professoren



schleuderten das Buch quer durch den Hörsaal. Ihr Werk sorgte nicht nur in Frankreich für Aufruhr.⁵ Beauvoir kämpfte aber weiterhin mit vielen Verbündeten für Frauenrechte und Gleichberechtigung – so wurde in den 1970er-Jahren in mehreren Ländern der Schwangerschaftsabbruch entkriminalisiert. Im Vergleich zu den 50ern hat sich aber auch die Erwerbstätigkeit von Frauen stark verändert. Durften Frauen in Deutschland bis zum Jahr 1958 nur dann arbeiten, sofern es der Ehemann erlaubte, ist das nun auch ohne Einverständnis des Mannes möglich – im Jahr 2018 waren rund 65 Prozent aller Frauen erwerbstätig, auch die Teilzeitquote stieg stark an.⁶

„Die Krise löst keine Ungleichheiten aus, sie macht die Ungleichheiten, die schon vorher existierten, sichtbar.“

Das Familienbild der ÖVP

Gerade arbeitende Frauen stehen in der Krise unter besonderem Druck. Obwohl sich seit den 1950er-Jahren die Erwerbstätigkeit verändert hat, trägt in den meisten Familien noch immer die Frau die Hauptverantwortung im Haushalt, während der Mann ‚mithilft‘. „Mutterschaft ist heute eine wahre Sklaverei. Väter und Gesellschaft lassen die Frauen mit der Verantwortung für die Kinder ziemlich allein. Die Frauen sind es, die aussetzen, wenn ein Kleinkind da ist. Frauen nehmen Urlaub, wenn das Kind die Masern hat. Frauen müssen hetzen, weil es

05 | Alice Schwarzer: „Das ewig ‚Weibliche ist eine Lüge‘“, SPIEGEL, 05.04.2020. bit.ly/36oy14Q (Zugriff: 09.05.2020).

06 | Statistik Austria: Erwerbstätigkeit, bit.ly/3cXsnzc (Zugriff: 08.05.2020).

nicht genug Krippen gibt.“⁷ – Diese Worte von Beauvoir sind 44 Jahre alt und könnten aktueller nicht sein.

Als Anfang April Moderatorin Lou Lorenz-Dittlbacher beim *Runden Tisch* die Maßnahmen der Regierung kritisch hinterfragte, schwärmte August Wöginger (ÖVP) plötzlich davon, wie gut bei ihm daheim das Homeschooling laufe, dank seiner Frau – er habe es ‚mitverfolgen dürfen‘. Wäre von den fünf anwesenden Personen nicht er der einzige Mann gewesen, hätte diese Aussage wahrscheinlich weniger kurios gewirkt. Die Zuseher_innen durften sich nicht nur über Wögingers Aussage amüsieren, sondern auch über den Gesichtsausdruck der restlichen Beteiligten – Pamela Rendi-Wagner konnte ihr Lachen kaum unterdrücken.⁸ Was ist nun mit berufstätigen Frauen, die ihren Job während der Krise nicht einfach aufgeben können oder wollen?

Patchworkfamilien, gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern, Alleinerziehende – nicht-traditionelle Familienformen gewinnen immer mehr an Bedeutung, werden von der Regierung aber kaum berücksichtigt. Der Grund lässt sich im Grundsatzprogramm der ÖVP finden: „Unser Leitbild sind Familien mit Kindern (Vater, Mutter, Kind) als Grundlage und Kern der Gesellschaft.“⁹

Alte Probleme in neuem Licht

Beim Thema Schwangerschaftsabbruch handelt es sich um ein Paradebeispiel, das zeigt, dass hart erkämpfte Frauenrechte in unserer Gesellschaft noch immer nicht selbstverständlich sind. „Akut und dringend“ – das waren in der Coronakrise die Voraussetzungen, um in einem Krankenhaus behandelt zu werden. Für ungewollt Schwangere, die einen Abbruch wollen, könnte diese Beschreibung nicht treffender sein, Krankenhäuser sehen das aber anders. Zwischenzeitlich waren in Tirol, Vorarlberg und im Burgenland keine Schwangerschaftsabbrüche mehr möglich – in den anderen Bundesländern sehr begrenzt. Nicht nur die weiten Wege zu den Einrichtungen waren ein Problem: Was, wenn der eigene Wohnort unter Quarantäne steht und man diesen nicht verlassen darf?¹⁰ Ein Tabuthema ist es nach wie vor, denn noch immer sind Abtreibungen bis zum dritten Monat offiziell nicht legal, sondern gelten nur als straffrei. Dass die Regierung an diesem Problem arbeiten wird, ist unwahrscheinlich – im Grundsatzprogramm der ÖVP heißt es kurz und bündig: „Wir lehnen den Schwangerschaftsabbruch ab.“¹¹

Wie man sieht, darf man für diese Situation nicht dem Virus die Schuld geben. Wären alte Rollenbilder nicht noch immer tief in unserer Gesellschaft verankert, dann würde die Coronakrise in feministischer Hinsicht wahrscheinlich ganz anders aussehen. Die Krise löst keine Ungleichheiten aus, sie macht die Ungleichheiten, die schon vorher existierten, sichtbar. Frauen arbei-

07 | Schwarzer: Das ewig ‚Weibliche‘.

08 | Beate Hausbichler: Frauenpräsenz beim ‚Runden Tisch‘: Manchmal bedeutet Frausein doch alles, STANDARD, 03.04.2020. bit.ly/2WZfzgl (Zugriff: 08.05.2020).

09 | Grundsatzprogramm ÖVP: bit.ly/2LRx7V9, S. 15 (Zugriff: 08.05.2020).

10 | Vanessa Gaigg, Beate Hausbichler, Oona Kroisleitner: Coronavirus-Krise verschärft die Lage ungewollt Schwangerer, STANDARD, 05.04.2020. bit.ly/2Kt2cF (Zugriff: 08.05.2020).

11 | Grundsatzprogramm ÖVP: bit.ly/2LRx7V9, S. 32 (Zugriff: 08.05.2020).

teten auch schon vor der Pandemie in systemrelevanten, aber unterbezahlt Berufen, und sie übernahmen auch davor die Hauptverantwortung für Kinderbetreuung und Haushalt – das zeigt unter anderem die hohe Teilzeitquote.

Aufgrund des Anstiegs häuslicher Gewalt während der Krise waren Frauenhäuser teilweise am Limit ihrer Aufnahmekapazitäten.¹² Aber auch zuvor war jede fünfte Frau in der EU schon einmal gewalttätigen Handlungen ausgeliefert.¹³

„Wann wird die Frauenministerin beginnen, ihren Job zu machen? Wann werden die Grünen die feministische Arbeit leisten, für die sie stehen?“

Lob allein reicht nicht

Der Applaus für Frauen ist nun lauter denn je und das ist auch schön und gut, aber Lob allein reicht nicht. Susanne Raab, Ministerin für Frauen und Integration, hat ihren Beruf eindeutig verfehlt: Anstatt sich für Frauenrechte einzusetzen, beteuert sie stets, keine Feministin zu sein, dabei wäre das die Grundvoraussetzung für diese Aufgabe. Wann wird die Frauenministerin beginnen, ihren Job zu machen? Wann werden die Grünen die feministische Arbeit leisten, für die sie stehen? Momentan ist die Regierung eher türkis als türkis-grün. Es kommt nun darauf an, in welche Richtung sich das neue Leben, von dem die Regierung oft spricht, verändern wird. Laut Forscher_innen dürfe man die Coronakrise in feministischer Hinsicht nicht unterschätzen, denn diese werde sich negativ auf die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen auswirken.¹⁴ Margarete Stokowski, Autorin und Kolumnistin, sieht in der Krise eine große Chance für den Feminismus: „Die Wut über ungerechte Zustände ist eine nicht zu unterschätzende Kraft“ und diese Kraft gilt es nun zu nutzen, um beim Thema Gleichberechtigung voranzukommen.¹⁵ Die Voraussetzung dafür ist aufzuwachen.

Sandra Lehofer ■

01 | Hanna Herbst: Feministin sagt man nicht. Wien: Brandstätter Verlag 2018. S. 221.

02 | Barbara Tóth: Mit Corona zurück in die 1950er Jahre, FALTER, 25.03.2020. bit.ly/3e9GZ8F (Zugriff: 08.05.2020).

03 | Petra Stuber: Der Gender-Effekt von Corona: Feminismus auf dem Abstellgleis, STANDARD, 03.04.2020. bit.ly/3ecGbQE (Zugriff: 08.05.2020).

04 | Matthias Janson: In der Krise halten Frauen die Gesellschaft am Laufen, Statista, bit.ly/2zmV6Zl, Stand 30.06.2019 (Zugriff: 08.05.2020).

12 | Beate Hausbichler: Frauenhäuser teils am Limit der Aufnahmekapazitäten, STANDARD, 26.03.2020. bit.ly/2BjMGtj (Zugriff: 09.05.2020).

13 | UNO sieht ‚katastrophale Auswirkungen‘ auf Frauen, ORF.at, 27.04.2020. bit.ly/2WWh5jd (Zugriff: 09.05.2020).

14 | Studie: Folgen der Krise für Frauen: Verschärfung der Ungleichheit und langfristige Chance, STANDARD, 01.04.2020. bit.ly/3d0GQV2 (Zugriff: 09.05.2020).

15 | Margarete Stokowski: Frauen sind systemrelevant, aber das System ist kaputt, SPIEGEL, 05.05.2020. bit.ly/2WZfzDr (Zugriff: 09.05.2020).

ANTIZIGANISTISCHE KONTINUITÄTEN

„Vor dem Corona-Virus sind wir alle gleich“ ist eine viel zitierte Aussage, die eine gleiche gesundheitliche Betroffenheit durch Covid-19 unabhängig von gängigen Zuschreibungen wie Geschlecht, ökonomischem Status oder Zugehörigkeit zu einer Minderheit annimmt.¹ Die derzeitige Pandemie fügt sich jedoch in bestehende und ungleiche soziale Macht- und Herrschaftsverhältnisse ein und trifft die bereits zuvor Prekarisiertesten besonders. Die Konjunktur antiziganistischer Stereotype, Schuldzuweisungen und Verschwörungsideologien kann für die nationale Erzählung (exemplarisch) als ethnisierte Gesundheitsmaßnahme im Kampf gegen den Virus gedeutet werden.

Im April 2020 wurden in Bulgarien im Zuge der Corona-Pandemie zusätzliche Ausgangsbeschränkungen für die vermehrt von Roma_Romnja² oder als Roma_Romnja gelesenen Personen bewohnten Viertel Fakulteta in Sofia und Nadeschda in Sliwen verhängt.³ Begründet wurden die staatlichen Maßnahmen durch das antiziganistische Vorurteil, Roma_Romnja würden eine ‚kollektive Gefahr‘ für die Gesundheit der Bulgar_innen darstellen, da sie den Virus importierten. Roma_Romnja sind vermehrt in prekären Lohnarbeitsverhältnissen tätig und kommen häufig als Arbeitsmigrant_innen in westeuropäische Länder. Aufgrund der durch Corona bedingten Situation verloren viele Menschen die Möglichkeit, ihrer Lohnarbeit nachzugehen, sodass sie zurück nach Bulgarien kamen. Statt an der strukturellen, diskriminierenden Ungleichheit zu rütteln, wird die Pandemie ethnisiert und rassistisch instrumentalisiert. Jene Ausgangsbeschränkungen wurden neben den allgemeinen Restriktionen in ganz Bulgarien explizit für Roma_Romnja getroffen, was aufzeigt, dass im Umgang mit den Herausforderungen der gegenwärtigen Situation mit zweierlei Maß gemessen wird. Diese Ungleichbehandlung trifft auf den gesellschaftlichen Nährboden einer

antiziganistischen Ideologie, die in Zeiten von Corona Hochkonjunktur erlebt.

Antiziganismus

Wir verstehen unter dem Begriff Antiziganismus eine bestimmte, institutionell verankerte Form des Rassismus gegen Menschen, die als sogenannte ‚Zigeuner‘ stigmatisiert werden.⁴ Neben den Diskriminierungen wird damit auch die dahinterliegende essentialisierende Ideologie bezeichnet. Unsere Entscheidung für den Gebrauch liegt, der Perspektive Ends folgend, darin begründet, dass dieser Terminus als Analysewerkzeug fungiert und es gerade ermöglicht, „Zigeuner“ als ein soziales Konstrukt der Mehrheitsgesellschaft zu analysieren.⁵ Der projektive Charakter soll damit betont werden.⁶

„Statt an der strukturellen, diskriminierenden Ungleichheit zu rütteln, wird die Pandemie ethnisiert und rassistisch instrumentalisiert.“

Die Doppelbödigkeit der arbeitsteiligen Moderne

Als spezifische Ideologie der Ungleichheit beruht sie auf einer bestimmten historisch-materialisierten Herabsetzung des konstruierten Anderen, was durch projektive Zuschreibungen legitimiert wird. Diese Form der Abwertung ist konstitutiv für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsformation.

Den von Antiziganismus betroffenen Personen wird eine konkrete Verschwörung unterstellt. Das Bild einer allgegenwärtigen „Plage“⁷ manifestiert(e) sich in der Zuschreibung von Kleinkriminalität,

Bettelei und mafiösen Verbindungen. Die Gefahr wird imaginiert, dass antiziganistisch stigmatisierte Personen die moderne arbeitsteilige Gesellschaft unterlaufen, indem sie sich auf ‚betrügerische‘ Weise den ‚wohlverdienten‘ Ertrag der Arbeit anderer holen. In der österreichischen Debatte um das Bettelverbot, die vor allem von der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) als ‚Bettelmafia‘-Diskurs geframt wird, zeigt sich dieses Moment deutlich.⁸ Zugleich romantisieren die Projektionen der Mehrheitsgesellschaft den zugeschriebenen freien Lebensstil, der völlig an der Realität der strukturellen Diskriminierungen vorbeigeht. Als ‚arbeitscheu‘ werden bestimmte gesellschaftliche Gruppen nicht nur per se abgewertet, diese Projektion birgt zugleich die Sehnsucht nach einem Leben ohne ausbeuterische Lohnarbeit.

Eine ethnisierte Gesundheitsmaßnahme

Die aktuelle Pandemie stellt eine Bedrohung dar, die komplex und verunsichernd ist. Unmittelbar geht mit ihrem Aufkommen der Wunsch einher, sie zu erklären. Die Anfälligkeit für vereinfachende Welt-erklärungen und eine Suche nach Schuldigen steigt damit massiv. So wurde die Verbreitung von Covid-19 von Anfang an durch verschwörungsideologische Ausformungen und Spekulationen begleitet. In antisemitischen Verschwörungen werden Juden_Jüdinnen als ‚Drahtzieher_innen‘⁹ sozusagen ‚über der Gesellschaft‘ gesehen, während in antiziganistischen Wahnvorstellungen imaginiert wird, ‚Zigeuner‘ unterwanderten die Gesellschaft aus ihrer Mitte heraus – ‚parasitär‘¹⁰. An den eingangs beschriebenen Zuständen in den bulgarischen Vierteln zeigt sich deutlich, dass Roma_Romnja als eine ‚kollektive Gefahr‘ konstruiert werden und ihnen

08 | Bettel Lobby Wien: Gibt es eigentlich die sogenannten ‚organisierten Bettelbanden‘?, 17.06.2016. bit.ly/3dv5VY0 (Zugriff: 10.5.2020). Für ausführliche Analysen: Schulteß, Franziska: Armut als Problem öffentlicher Sicherheit? – Diskussionen zu Bettelverboten in Wien. Diplomarbeit, Wien 2014.

09 | Bereits mit dem Aufkommen des Frühkapitalismus wurden als ‚arbeitscheu‘ bezichtigte Roma_Romnja mit Zwangsarbeit in dafür etablierten Arbeitshäusern bestraft. Im Nationalsozialismus wurden sie als ‚arbeitscheu‘ und ‚asozial‘ grausam verfolgt und systematisch ermordet. End, Markus: ‚Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen.‘ In: Phase 2, 42 (2012).

10 | Neuburger 2015, 69.

„Die ethnisierte Gesundheitsmaßnahme in Bulgarien illustriert auf alarmierende Weise die Materialisierung einer abwertenden Struktur, die auf antiziganistischen Ideologien beruht.“

damit implizit die Verbreitung von Corona unterstellt wird.

Auch die staatliche Entscheidung, bestimmte Gruppen nicht vor Corona zu schützen, spricht dabei Bände. Durch die Abriegelung der Viertel bleibt den Bewohner_innen der Zugang zu einer Versorgung grundlegender existenzsichernder Bedürfnisse verwehrt.¹¹ Die Verantwortung für den Virus wird individualisiert und ausgelagert sowie ein mangelhafter Schutz gegenüber Corona bewusst in Kauf genommen. Dabei werden die gesamtgesellschaftlichen Dimensionen dieser sozialen Herausforderungen verkannt. Die ethnisierte Gesundheitsmaßnahme in Bulgarien illustriert auf alarmierende Weise die Materialisierung einer abwertenden Struktur, die auf antiziganistischen Ideologien beruht.

Eine nationale Erzählung

Die Imagination der unmittelbaren Bedrohung sowie gleichzeitigen Faszination kann nach Neuburger¹² so gedeutet werden, dass antiziganistisch stigmatisierte Personen als Gemeinschaft außerhalb der Gesellschaft gedacht werden, wodurch eine Hierarchie der Rechtssubjekte eingeführt wird. Die damit einhergehende Entmenschlichung rechtfertigt die Entziehung von grundlegenden Rechten.¹³ Im nationalsozialistischen Genozid fand diese Entmenschlichung ihren grausamsten Ausdruck.

Hierarchien im kapitalistischen Nationalstaat manifestieren sich etwa in Klasse, Geschlecht oder Ethnisierungen und

erfahren durch die Argumentation der Funktionalität und Verwertbarkeit für die Nation Legitimation. In einer Gesellschaft, in der die nationale Erzählung erstarkt, muss vermehrt kritisch hinterfragt werden, welche Menschen stigmatisiert werden, um die bestehenden Ungleichverhältnisse bekämpfen zu können. Der *Zentralrat der Sinti und Roma* in Deutschland warnt davor, dass rechtsextreme und nationalistische Politiker_innen die gegenwärtige Pandemie nutzen, um ihre rassistischen Positionen jetzt als Regierungshandeln zu legitimieren und umzusetzen.¹⁴

Exemplarisch zeigt sich am skizzierten Beispiel in Bulgarien oder auch am menschenverachtenden Umgang mit geflüchteten Personen, dass die Organisation der Gesellschaft von einer Ideologie von Ungleichwertigkeit durchzogen ist. Von wegen, vor dem Corona-Virus sind wir alle gleich.

Hanna Grabenberger,
Carina Maier, Antonia Rode



01 | Tügel, Nelli: Vor dem Virus sind nicht alle gleich, analyse & kritik, 17.03.2020. bit.ly/2Wxz993 (Zugriff: 7.5.2020)

02 | Von Antiziganismus sind zum Beispiel Roma_Romnja und Sinti_ze betroffen.

03 | Lambreva, Diljana: Roma unter Corona-Verdacht, Zeit Online, 05.04.2020. URL: bit.ly/2SHLhfg (Zugriff: 7.5.2020)

04 | Romano Centro: 10 Fragen und Antworten zu Antiziganismus, aus: Romano Centro: Antiziganismus in Österreich. Falldokumentationen 2013–2015, November 2015. [/bit.ly/3blesvc](https://bit.ly/3blesvc) (Zugriff: 10.5.2020)

05 | End, Markus: Antiziganismus. Zur Verteidigung eines wissenschaftlichen Begriffs in kritischer Absicht, in: Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma (Hg.), Antiziganismus. Soziale und historische Dimensionen von ‚Zigeuner‘-Stereotypen, Heidelberg 2015, 54–72.

06 | Es gibt eine breite Debatte zur Verwendung des Begriffs. Die vorhandene Gefahr von Verletzungen durch den Begriff Antiziganismus muss aus unserer Sicht stets mitgedacht werden. Siehe auch End 2015, 55. Viele Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen setzen sich für den Begriff Antirromismus ein. Siehe etwa: ecoleusti: ... was zu benennen ist: Antirromismus, 31.05.2014. bit.ly/3bXcVMh (Zugriff: 20.5.2020)

07 | Neuburger, Tobias: „Daß beide zwei ganz verschiedene Völker sind.“ Zum Verhältnis von Antisemitismus und Antiziganismus, in: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik (7/2015), 63–70.

11 | Im Konkreten verhindern die Absperren einen Zugang zu Apotheken, Ärzt_innen, Desinfektionsmitteln, Lebensmitteln und Möglichkeiten für Lohnarbeit. In den Vierteln leben meist viele Personen auf engem Raum zusammen, was zusätzlich die Gefahr von Covid-19 verschärft. Ausführliche Recherchen dazu: Antiziganismus Watchblog, bit.ly/36szG9D (Zugriff: 10.5.2020).

12 | Neuburger 2015, 67.

13 | Cortés, Pedro Aguilera: Antiziganismus – in Richtung einer Definition, in: Guillermo Ruiz Torres – Sozialfabrik e. V. (Hg.), Der Kampf gegen Antiziganismus in Europa, Brüssel 2017, 21–27.

14 | Zentralrat Deutscher Sinti & Roma: Zentralrat Deutscher Sinti und Roma warnt vor Rassismus in der Corona-Krise, 25.03.2020. bit.ly/2SRUdii (Zugriff: 10.5.2020).

NEUES AUS ALUHUTHAUSEN

Verschwörungsmythen in Zeiten von Sars-CoV-2



Nicht nur Covid-19, sondern auch Verschwörungsmythen sind hoch virulent. Wie Verschwörungsmythen zu Covid-19 aussehen und warum Rechte darauf abfahren.

Covid-19 ist eine gelenkte und künstlich erzeugte Ablenkungsstrategie, damit eine geheime Satanisten-Pädophilen-Elite namens Kabale oder Deep State Kinder entführen und ihren Leibern den Verjüngungstrunk Adenochrom extrahieren sowie die Weltherrschaft erringen kann. Donald Trump ist jedoch zum Glück der Auserwählte, der gegen die Kabale in den Endkampf gezogen ist und versucht, die Welt zu retten. Corona-Maßnahmen der Staaten sind Ablenkungsmanöver der Kabale, damit wir (das Volk) nicht mitbekommen, wie das Virus über das 5G-Handynetz verbreitet wird. Bill Gates ist dabei eine Art Anführer/Obersklave der Kabale, der uns alle mit Zwangsimpfungen Mikrochips implantieren will, um uns zu Sklaven der geheimen Eliten zu machen oder auch, um uns zu töten. Und ja, warum nicht – auch außerirdische Echsenwesen mischen irgendwie mit.

So in etwa die Melange aus verschiedenen Verschwörungsmythen,¹ die in den letzten Wochen produziert und verbreitet wurden. Eine Bewegung, die dabei sehr aktiv ist, nennt sich „Q“ (für

„Questionmark“), von ihr stammt ein Großteil der oben erwähnten Ideen. Ihren Ursprung fand dieses Internetphänomen 2017 auf 4Chan. Seit dem versorgt „QAnon“², die anonyme Gründer_in, ihre Aluhutjünger mit „Geheiminformationen“ direkt aus Trumps nächstem Umfeld – „QAnon“ ist nach eigenen Angaben als Berater_in für den US-Präsidenten tätig, wodurch Authentizität der Mythen erzeugt werden soll.³

Mittlerweile hat „QAnon“, das als Sammelbecken für rechts-extreme Trump-Fans in den USA anfang, auch in Europa und Österreich Ableger gebildet. Auf Telegram existiert eine deutschsprachige Gruppe mit über 18.000 Abonnent_innen, auch auf Facebook haben „QAnon“-Gruppen mehrere tausend Fans – und es werden täglich mehr.

Dass es sich dabei nicht nur um ein harmloses Internetphänomen handelt, zeigt sich daran, dass sowohl der Attentäter von Halle wie auch jener von Hanau neben anderen rechtsextremen Inhalten auch die Erzählungen von „QAnon“ als Inspiration für ihre Tat erwähnten.⁴

Auch auf den „Hygienesympos“ gegen die Corona-Maßnahmen in Deutschland traten Rechtsextreme massiv auf und fanden dort ihren gewohnten Resonanzboden, der willig „Wir sind das Volk“ mitgrölte.

Auch in Österreich sind Aluhüte unter den rechten Recken stark en vogue. Das zeigt sich beispielsweise an der Teilnahme von Neonazis und Rechtsextremen an Kundgebungen der Verschwörungsideologieszene gegen die Corona-Maßnahmen am 24.4. oder 1.5.2020 in Wien. Dort waren unter anderem Szenegrößen wie Wolfgang Lechner (Küssel-Umfeld) oder Martin Sellner (*Identitäre Bewegung*) neben anderen Akteur_innen aus FPÖ-nahen und burschenschaftlichen Kreisen wie Florian Köhl, der auch beim *Ring Freiheitlicher Studenten* (RFS) Wien aktiv ist, anzutreffen.⁵

Was macht Verschwörungsmythen so attraktiv für Rechte und vice versa? Wo sich Weltbilder überschneiden und welchen gemeinsamen Nenner beide Phänomene haben, werde ich im Folgenden darlegen.

Verschwörungsmythen und Rechtsextremismus Hand in Hand

Zentrales Merkmal von Verschwörungsideologien ist ein mechanisches, monokausales, hierarchisiertes Weltbild. Ereignisse wie die Corona-Krise geschähen nicht zufällig, sondern geplant als Teil einer Verschwörung. Historische Abläufe und soziale Realität sind in der Verschwörungsideologie etwas Plan- und Kontrollierbares.⁶ Die Entstehung von Covid-19 und die Verbreitung

1 | Ich verwende den Begriff Verschwörungsmythos für einzelne Fiktionen und Erzählungen, denn sie haben nichts mit falsifizierbaren Theorien zu tun. Verschwörungsideologie als Begriff wiederum verweist auf die dahinterstehende Ideologie, die einzelne Verschwörungsmythen erzeugt.
2 | Auf 4Chan und ähnlichen Imageboards operieren User anonym, worauf das häufig verwendete „Anon“ im Usernamen hinweist.
3 | Book, Carina: Neuigkeiten im Prepper-Keller, A&K Online, 21.04.2020. bit.ly/2WVWv3o (Zugriff: 11.05.2020)
4 | Zhubi, Patricia / Reid Ross, Alexander: Knotenpunkte des Irrsinns, Zeit Online, 14.03.2020. bit.ly/3cUxcDx (Zugriff: 10.05.2020)
5 | Recherche der autonomen Antifa Wien: Verschwörungstheoretiker_innen, „Coronarebellen“, Antisemitismus und ein Gynäkologe, 10.05.2020. URL: <https://bit.ly/2WY9s5F> (Zugriff: 10.05.2020)
6 | Vgl. Butter, Michael: Nichts ist wie es scheint. Über Verschwörungstheorien. Berlin 2018, S. 28.

der Krankheit wären demnach keine natürlichen Ereignisse, sondern geplant und kalkuliert – Zufall hat in der Argumentation keinen Platz. Erzählungen entstehen dabei immer vom Ergebnis aus: Erst nachdem etwas passiert ist, wird das Ereignis in einen Verschwörungsmythos inkorporiert. Dadurch wird komplexe Realität durch einfache Erklärungsmuster verstehbar gemacht. Jegliche Ereignisse können auf einen Gut-Böse-Dualismus reduziert werden, der das Weltgeschehen bestimmt: Die Guten sind dabei einfache Bürger_innen bzw. das ‚einfache Volk‘, dem von bösen Verschwörer_innen in irgendeiner Weise Leid angetan wird. So funktioniert im Grunde jeder Verschwörungsmythos.⁷ Eine weitere Funktion von Verschwörungsideologie besteht in der Sicht, alle Ereignisse seien von Verschwörern herbeigeführt, also menschengemacht. Somit können sie vermeintlich auch von Menschen gestoppt werden, indem die Verschwörung aufgedeckt und bekämpft wird. Das Anzünden von Handymasten, wie etwa in Großbritannien, wo allein im April 77 Masten abgebrannt wurden, wird so zum Akt im Kampf gegen Corona, da Viren sich laut Verschwörungsmythos über 5G-Handymasten übertragen.⁸

Aus dem bisher Gesagten lassen sich die Überschneidungen von Verschwörungsideologien mit Rechtsextremismus ableiten: Das Denken im Gegensatz von „Volk“ und Elite, also „Volkswille“ vs. demokratische Regierung, ist ebenso ein Merkmal des Rechtsextremismus. Dieser Antielitarismus drückt sich in beiden Phänomenen durch eine systematische Personalisierung des Politischen aus, indem Einzelpersonen oder Gruppen als Schuldige für komplexe Realitäten ausgemacht werden – und dabei wird gern auf alte antisemitische Codes zurückgegriffen.

„Das Feindbild der mächtigen, geheimen Verschwörer, das in so ziemlich jedem Verschwörungsmythos vorkommt, bedient das alte antisemitische Bild der jüdischen Weltverschwörung.“

Rothschild, Geheimeliten und Kabale

Das Feindbild der ‚mächtigen, geheimen Verschwörer‘, das in so ziemlich jedem Verschwörungsmythos vorkommt, bedient das alte antisemitische Bild der jüdischen Weltverschwörung. Der Rückgriff auf bekannte Codes wie „Rothschild“, „Hochfinanz“ oder die direkte Personifizierung durch Namensnennung, wie bei George Soros, verschleiert dabei offenen Antisemitismus, jedoch nur oberflächlich. Antisemitismus in Verschwörungsmythen lässt sich am Beispiel „QAnon“ gut illustrieren. Der Mythos ist nichts anderes als eine moderne Inszenierung des Stoffs der Ritualmordlegende, einer alten antisemitischen Erzählung. Auch die Benennung des geheimen Feindes als „Kabale“ ist eindeutig als antisemitisch identifizierbar. Der Begriff bezieht sich offen-

7 | Vgl. ebd.: S. 60.
8 | 5G-Angst: Britische Verschwörungstheoretiker haben bereits 77 Mobilfunkmasten abgefackelt, der standard.at, 08.05.2020. bit.ly/3cVWH7d (Zugriff: 11.5.2020)

sichtlich auf die Kabbala, eine Tradition der jüdischen Religion. Judentum wird somit hier mit bösen Mächten assoziiert, womit ein antisemitischer Code kreiert wird.

Eine weitere Artikulationsform des Antisemitismus konnte unter anderem auf mehreren der bereits erwähnten Kundgebungen und Demos gegen die Corona-Maßnahmen beobachtet werden. Oft zu sehen waren auf Gewand aufgenähte gelbe Sterne nach dem Muster der ‚Judensterne‘ aus der Zeit des Nationalsozialismus, auf denen nun „Covid-1984“ oder „Ungeimpft“ steht.⁹ Oder Schilder, auf denen Covid-19 mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen und Konzentrationslagern verglichen wird, etwa indem der Spruch am Eingangstor des Stammlagers Auschwitz durch „Impfen macht frei“ ersetzt wurde.¹⁰ Hierbei handelt es sich um eine besonders perfide Facette von sekundärem Antisemitismus, auch als Schuldabwehr-Antisemitismus bezeichnet, bei dem die Shoah zwar nicht explizit geleugnet, aber durch die Gleichsetzung mit der Corona-Krise relativiert wird. In Verbindung mit codiertem Antisemitismus, wie ich ihn oben geschildert habe, entsteht nebenbei damit auch eine Täter-Opfer-Umkehr, bei der sich die Nachfahren der Täter_innen von damals als Opfer einer heutigen jüdischen Weltverschwörung imaginieren.

Neu ist die Verbindung von Antisemitismus und Verschwörungsmythen nicht – einer der einflussreichsten Verschwörungsmythen, die „Protokolle der Weisen von Zion“, ist gleichzeitig ein zentraler Text des Antisemitismus. Verschwörungsmythen und Antisemitismus verbindet eine lange gemeinsame Geschichte; sie sind zwei Seiten derselben Medaille.

Und da verwundert es nicht mehr, warum Rechtsextreme auf Anti-Corona-Demos anzutreffen sind, denn es verbindet sie einiges in ihrem Weltbild mit Verschwörungsideologien und ermöglicht ihnen, ihren Antisemitismus auszuleben.

Wenn sich Anhänger_innen von Verschwörungsmythen als unpolitisch und „weder links noch rechts“ darstellen, öffnen sie Tür und Tor für eine Querfront mit Rechtsextremen. Denn anstatt tatsächliche Missstände im Kapitalismus zu benennen und zu bekämpfen, wird auf uralte Feindbilder zurückgegriffen, die man mit Faschist_innen teilt. Damit entsteht die Gefahr, dass Menschen über Verschwörungsmythen mit Rechtsextremismus in Kontakt kommen und so nach und nach in einen rechten Sumpf abdriften. Besonders in Krisensituationen wie Covid-19 finden viele den Einstieg in diese Kreise. Es sollte also unser aller Aufgabe sein, Verschwörungsmythen nicht einfach als ungefährliche Meinung zu akzeptieren, sondern darüber aufzuklären und sie zu bekämpfen.

Johannes Glack

9 | Tweet von Presseservice Wien vom 16.05.2020, bit.ly/2zVK79v (Zugriff: 18.05.2020)
10 | Ebd.

VOM CORONA-KAPITALISMUS ZUM GESELLSCHAFTLICHEN WAHN



In den Reaktionen auf die globale Pandemie manifestieren sich alte Herrschaftsverhältnisse, aber es bieten sich auch Ansätze einer neuen Ordnung. Was tut die radikale Linke?

Mit Nationalismus gegen die Krise

In Zeiten von Covid-19 zeigt sich, dass die gerade so oft gepredigte Solidarität sehr schnell ihre Grenze findet, und meistens ist es die nationale. Corona offenbart einmal mehr, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der soziale Ungleichheiten bestehen und die Krise eben nicht alle gleich trifft. Gerade in Zeiten besonderer Unsicherheit zeigt sich die Wirkmächtigkeit nationaler Vergemeinschaftung. Und während Teile der Bevölkerung anfangen, ihren Verzicht auf den gewohnten Lebensstil als maximalen Freiheitsverlust zu empfinden, und das Tragen einer Maske beim Einkaufen als unerträgliche Beschneidung ihrer fundamentalen Rechte beklagen, schließen in Europa wieder die Grenzen. Die Situation für Geflüchtete in Lagern wie in Moria blieb weiter katastrophal, durch Corona sogar lebensbedrohend, und die Hilfsbereitschaft der europäischen Staatengemeinschaft schwindet zunehmend, denn es muss sich erst um die eigene Volksgesundheit gekümmert werden.

Dass sich auch Österreich nicht entgehen lässt, beim Spektakel nationaler Formierung mitzumachen, wurde in den ersten Wochen des Lockdowns ersichtlich. Sebastian Kurz schwärmt von seinem „Team Österreich“, während die österreichische Polizei, die durch ihre Lautsprecher das Lied „I am from Austria“ dröhnen ließ, die Speerspitze der Absurdität sein dürfte.

Warum genau es in Zeiten der Krise wichtig zu sein scheint, die eigene Staatsangehörigkeit derart zu artikulieren, bleibt unhinterfragt. Das Versprechen nationaler Solidarität durch Abschluss der Anderen soll hier Schutz in einer vermeintlich wärmenden Gemeinschaft bieten und darauf einstimmen, dass die

Einzelnen in Zeiten der Krise ihren Gürtel enger schnallen müssen. Gemeint sind damit meist die Lohnabhängigen, also die große Mehrheit der Menschen. Zudem wurde in der Corona-Krise wieder verstärkt sichtbar, welche Ausschlüsse eine kapitalistisch organisierte Gesellschaft hervorbringt: von wohnungslosen Menschen und Geflüchteten in Schubhaft oder Sammelunterkünften über Menschen in den Gefängnissen und Opfer von massiv zunehmender häuslicher Gewalt bis hin zu den untragbaren Arbeitsverhältnissen im Gesundheits- und Pflegebereich oder in der Landwirtschaft. Doch das Beschwören nationaler Solidarität macht diese kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse unsichtbar.

Von Verantwortungsuntertanen zu konformistischen Corona-Rebellen

Die gesellschaftlichen Reaktionen auf die Corona-Krise lassen sich grob in zwei Lager aufspalten. Was beide verbindet, ist das Einschwören auf Konformität, auch wenn es bei manchen als rebellischer Akt daherkommt. Anrufung des Staates, dem man jetzt durch sein Krisenmanagement zu Dank verpflichtet sei und dessen Maßnahmen man widerspruchslos zu befolgen hat, ist die eine Form der Herrschaftslegitimation. Diese Staatshörigkeit korrespondiert mit den „Verantwortungsuntertanen“ (Richard Schuberth) des „Teams Österreich“ und der bereitwilligen Akzeptanz von einschneidenden Maßnahmen, die teilweise ohne demokratische Abwägung und sichtbare Opposition durchgewinkt wurden. Moralisierung und Individualisierung waren und sind stellenweise noch jene Formen der aktuellen Krisenverarbeitung, die für die Misere das ‚egoistische‘ Handeln Einzelner verantwortlich machen. Die Polizei maßregelte gerne all jene, die nicht das Glück haben, sich im Garten des Einfamilienhauses die Zeit totzuschlagen.

Doch spätestens ab Ende April waren die gesellschaftlichen Reaktionen auf die Corona-Maßnahmen auch von einer anderen Dynamik geprägt: Selbsternannte Corona-Rebellen drängten auf die Straße, um gegen die Maßnahmen der Bundesregierung zu protestieren. Am 20. Mai rief dann auch die rechtsextreme FPÖ zu einer Kundgebung für die „Freiheit Österreichs“ und „gegen den Corona-Wahnsinn“ auf. Die extreme Rechte in Österreich versucht nun offensiv, sich an die Spitze der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung zu setzen, die seit einigen Wochen an Dynamik gewinnen konnten. Verwunderlich ist das nicht, boten doch die konformistischen ‚Corona-Rebellen‘ den Rechtsextremen nicht nur von Anbeginn an Platz, sondern auch eine Vielzahl an ideologischen Anknüpfungspunkten – von antisemitischen Verschwörungsideologien bis hin zu sozialdarwinistischen Stärke-Diskursen.

Was sich als freiheitsliebender, alternativer Protest gibt, der sich kritisch am Corona-Management abarbeitet, ist in Wirklichkeit eine äußerst dynamische und bizarre Welle rechter Straßenmobilisierung. Mit Kritik haben diese selbsternannten ‚Corona-Rebellen‘ nicht im Entferntesten zu tun. Schon eher aber

mit autoritärer Rebellion. Statt die vielfältigen Ausschlüsse und Brutalitäten zu kritisieren, die mit dem gesellschaftlichen Umgang mit Corona einhergehen, verbreiten sie Verschwörungsideologien um Impfmythen und einen geheimen Plan, die Bevölkerung mit Mikrochips unter Kontrolle zu bringen. Diese Halluzination der Corona-Krise als eine ‚Machtübernahme‘ bedient dabei die üblichen antisemitischen Feindbilder in Medien und Politik, Pharmaindustrie und internationalen Organisationen. Letztlich bleibt von der Freiheit, die hier geschützt werden soll, nicht viel mehr übrig als die Freiheit, beim Einkaufen keine Maske mehr tragen zu müssen.

Solche Verschwörungsideologien fallen aber nicht einfach vom Himmel. Die Gründe, warum solch wahnwitzige Vorstellungen für viele Menschen an Attraktivität gewinnen, liegen vielmehr in der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft selbst begründet. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die von den Menschen durch ihr Handeln hervorgebracht werden, verselbstständigen sich gegenüber den Einzelnen und treten ihnen als fremde Macht gegenüber. Dieser objektive Schein der gesellschaftlichen Verhältnisse voller Verkehrungen und Mystifizierungen führt zu realen Ohnmachtsgefühlen. So sehen viele hinter dem Wirken der stummen Zwänge und übergreifenden Dynamiken des Kapitalismus finstere Mächte am Werk, die uns belügen und betrügen. In dieser gesellschaftlichen Struktur liegt der Antisemitismus als Alltagsreligion der Moderne verborgen.

Solidarische Antworten auf die Corona-Krise

Tatsächlich ist die Rolle des Staates in Krisen-Zeiten ambivalent, auch für linke Beobachter_innen darf die Betrachtung nicht einseitig sein. Eine linke Perspektive muss sich zwischen fundierter Staatskritik und der Einsicht, dass staatliche Eingriffe manchmal vonnöten sind, bewegen. Einige Maßnahmen waren wichtig und richtig, um sich mit Schutzbedürftigen zu solidarisieren und den Virus einzudämmen.

Dennoch darf nicht vergessen werden, dass diese Maßnahmen nur bedingt dem Schutz des_der Einzelnen dienen, sondern eher dem Aufrechterhalten des staatlichen und wirtschaftlichen Gemeinwesens. Das Elend, in dem sich der Großteil der Bevölkerung in prekären Lebenslagen befindet, wird nicht verringert. Denn auch durch die ‚neue Normalität‘ werden schlechte Arbeits- und Einkommensverhältnisse aufrechterhalten.

Was also tun – insbesondere als radikale Linke? Zu Beginn der Pandemie gab es eine Art Schock. Der öffentliche Diskurs, der alle zunächst zu Solidarität und sozialem Zusammenhalt aufrief, war stark. Das reicht aber nicht. Die Corona-Krise hat die Gesellschaft bis in ihre Grundfesten erschüttert und zeigt, auf welche substanziellen Bedürfnisse sie eigentlich angewiesen ist. Daraus könnte man eigentlich den Schluss ziehen, endlich „die Gesundheitsversorgung (...) generell wieder den Prinzipien des Marktes zu entziehen, lebensrettende Kapazitäten nicht mehr

dem ‚Kostendruck‘ zu opfern, Löhne zu garantieren, die ein gutes Leben ermöglichen und krisensicher sind, (...) den Wettlauf aller gegen alle zu beenden, ebenso wie den irrsinnigen Wettkampf zwischen den Nationen (...).“¹

Doch einer radikalen Linken muss es um mehr gehen, als nur das Offensichtlichste einzufordern. Vielmehr besteht der Skandal dieser Gesellschaftsordnung doch gerade darin, dass es mit ihr nicht möglich ist, ein gutes Leben für alle zu garantieren. Und das liegt nicht einfach an einer falschen Politik oder an unfähigen Politiker*innen, sondern an ihrem Zweck, der nicht darauf ausgerichtet ist, die vielfältigen menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern Profit zu erwirtschaften.

Doch was bedeutet das für eine linke Praxis? Für uns ist klar, dass es in allererster Linie die Aufgabe der Linken bleibt, auf Missstände hinzuweisen und dieses Feld nicht den Rechten zu überlassen. Antifaschismus und Gesellschaftskritik müssen zentrale Bezugspunkte linken Handelns sein.

Zum einen wollen wir auf den Umstand aufmerksam machen, dass der Kapitalismus nie krisensicher war und sein wird. Selbst wenn die Krise ‚überstanden‘ ist, das gesellschaftliche Gefüge bleibt höchst instabil. Es werden keine Lösungen für die Krise der kaputtgesparten Gesundheitssysteme gesucht, im Gegenteil. Dabei arbeiten die beklatschten Alltagsheld_innen nicht aus lauter Selbstlosigkeit und Idealismus, sondern weil sie Geld verdienen müssen, um zu leben. Dass Lohnarbeit im Gesundheitsbereich oder im Einzelhandel schon vor Corona-Zeiten eine strapaziöse Angelegenheit war, wird nicht thematisiert. Was momentan als Heldentum gefeiert wird, ist also nichts anderes als ein Erpressungsverhältnis. Wer heute gelobt wird, darf morgen wieder die harte Sozialpolitik des Niedriglohnsektors spüren. Zynisch also, wer applaudiert.

Nicht zuletzt wollen wir auf die aufmerksam machen, die völlig vergessen werden. Wir müssen verhindern, dass die Regierung oder die extreme Rechte den Ausnahmezustand für ihre politischen Zwecke ausnutzen, und selbst solidarische Antworten finden. Mit Grätzelhilfen, Miet-Streiks, Fahrrad-Demos oder Online-Veranstaltungen wurde auch in Zeiten der Corona-Krise hier einiges ausprobiert. Daran gilt es anzuknüpfen.

Und wir wollen nicht, dass „Österreich gestärkt aus der Krise hervorgeht“. Auch wenn oder gerade weil die Welt nun etwas stiller steht, müssen wir sichtbar sein und im besten Fall Voraussetzungen schaffen, um eine gemeinsame Organisation und das Führen von Kämpfen für eine bessere Gesellschaft zu ermöglichen. Die Krise bietet einerseits Möglichkeiten, um die Absurdität der kapitalistischen Ordnung offenzulegen. Andererseits gibt es keinen Automatismus zur Befreiung. Das zeigen nicht zuletzt die Mobilisierungen von ‚Corona-Rebellen‘ bis zum autoritären Krisenmanagement der Regierungen.

1: | Nuss, Sabine (2020): „Unsere Vernunft, unser Herz füreinander“. Solidarität in der Corona-Krise und danach“. Verfügbar unter: bit.ly/2UPTuiv

EURE ORDNUNG AUS SAND

Lautstark verkündet, ist sie nun hier: Die ‚neue Normalität‘. Auf die Krise folgt, was als ‚normal‘ gilt. Doch was, wenn wir eigentlich immer schon in der Krise lebten? In einer gesellschaftlichen und persönlichen? Covid-19 selbst ist nicht die Krise. Krisenhaft waren und sind die gesellschaftlichen Verhältnisse in der österreichischen Dominanzgesellschaft. Und die in Österreich Marginalisierten werden die sein, welche von den Folgen des Covid-19-Ausbruchs am stärksten getroffen werden. Diejenigen, auf deren Rücken die folgende Finanz- und Wirtschaftskrise ausgetragen werden wird. Covid-19 hat uns also nie in eine Krise geführt. Vielmehr sind es Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Klassismus, Ageismus und Ableismus, welche die Krise zum Dauerzustand machen. Covid-19 ist nicht die Krise, es ist das Leben unter Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Die Pandemie zeigt nur direkter auf, unter welchen Bedingungen wir leben.

„Eine ‚neue Normalität‘, in der die Zerstörung sozialer und ökologischer Systeme weiter vorangetrieben und die Ursachen für den Covid-19-Ausbruch weiter ignoriert werden?“

Wer will also zu einer ‚neuen Normalität‘? Eine, in der eine Finanz- und Wirtschaftskrise die Existenzen vieler bedrohen und zerstören wird? Eine, in der die Krise für Geflüchtete, Frauen*, behinderte Menschen, prekär Beschäftigte oder Arbeiter_innen

in Care-Berufen intensiviert wird? Eine ‚neue Normalität‘, in der alle lebenssorgenden Tätigkeiten weiter geringgeschätzt werden? Eine ‚neue Normalität‘, in der die Zerstörung sozialer und ökologischer Systeme weiter vorangetrieben und die Ursachen für den Covid-19-Ausbruch weiter ignoriert werden?

Ein Blick in die jüngere Geschichte lässt vielleicht auf die Zukunft schließen. Covid-19 hat nichts an der Hegemonie des Neoliberalismus geändert. Der österreichische Staat spielt sich als Notretter auf. Umwelt- und klimaschädliche Betriebe wie die Austrian Airlines gelten in ihrer bestehenden Form als rettungswürdig. Gesundheitssysteme werden weiter profitorientiert organisiert. Covid-19 hat das langfristige Ziel der Privatisierung des Gesundheitssektors (Stichwort: Österreichische Gesundheitskasse) wohl nur zeitlich verschoben. Systemrelevante Berufe, die im ‚Lockdown‘ noch in den klassenprivilegierten Bezirken Wiens beklatscht wurden, werden in der ‚neuen Normalität‘ weiter um Anerkennung und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. So neu ist diese ‚neue Normalität‘. Nach den derzeitigen neoliberalen Kräfteverhältnissen wird der österreichische Staat weiter die Reproduktionsbedingungen von Leben erodieren. Manche Politiker_innen wollen nicht nur die Virenkette, sondern auch die Gesellschaft zerschneiden.

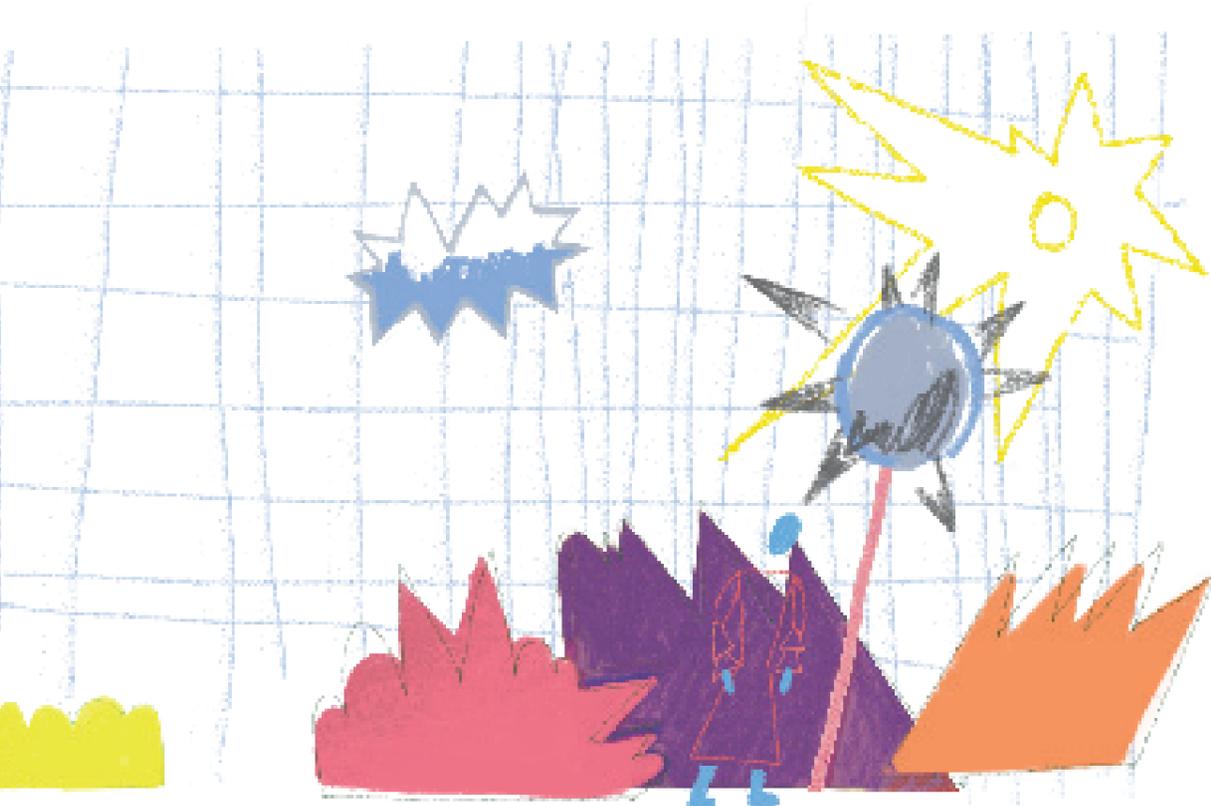


Illustration: Stefanie Hintersterner

Hoffnung in einer transnationalen Welt

Doch dieser ernüchternden Lage steht eine kraftvolle Hoffnung auf eine bessere Welt entgegen. Denn der Covid-19-Ausbruch birgt auch Chancen. Aufgebaute Solidaritäts- und Unterstützungsnetzwerke sind Ausdruck davon, dass politisches Organisationspotenzial in Österreich stärker vorhanden ist als gedacht. Covid-19 hat auf drastische Weise nicht nur gezeigt, wie zentral lebenssorgende Berufe für unsere Gesellschaft sind. Covid-19 führt insbesondere vor Augen, wie eng die Zerstörungen ökologischer und sozialer Systeme im globalen Maßstab zusammenhängen. Mittlerweile räumt sogar die Mainstream-Presse (FAZ)¹ ein, dass in stark luftverschmutzten Regionen, etwa in Norditalien und New York, schwerere Krankheitsverläufe und mehr Todesfälle verzeichnet wurden. Zugleich ist der Ursprung von SARS-CoV-2 auf die konstante Ausweitung der Agrarindustrie zurückzuführen. Entwaldung und die Zerstörung von Biodiversität sind laut dem Biologen Rob Wallace die idealen Bedingungen für das Überspringen gefährlicher Krankheitserreger.²

„Covid-19 hat uns nie in eine Krise geführt. Vielmehr sind es Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Klassismus, Ageismus und Ableismus, welche die Krise zum Dauerzustand machen.“

Der Covid-19-Ausbruch zeigt: Die Zerstörung ökologischer Systeme durch den Kapitalismus betrifft alle Menschen direkt und negativ. Auch im globalen Norden.

Klimagerechtigkeit heißt für mich, globale Ungleichheiten in den Blick zu nehmen und zu politisieren. Genau diese offenbart der Covid-19-Ausbruch und birgt somit das Potenzial, das politische Bewusstsein für Klimagerechtigkeit in Österreich auszuweiten. Weniger politisierte Menschen in Österreich sind von Covid-19 im Alltag offenkundiger betroffen (zum Beispiel durch Ausgangsbeschränkungen) als von den australischen Waldbränden oder der Heuschreckenplage in ostafrikanischen Staaten. Doch deine Gesundheit hängt vom Wohlbefinden der Menschen und ökologischen Systeme in Hubei, New South Wales und Äthiopien ab. Selbst das vermag die ‚neue Normalität‘ nicht zu maskieren.

Der Faktor Gesundheit könnte nicht nur in den Forderungen nach autofreien Städten, nach der Reduktion des Flugverkehrs und nach einem Ende fossiler Energieträger aufgegriffen werden. Denn virulente Krankheiten können nur eingedämmt werden, wenn die industriell-kapitalistische Landwirtschaft und Landgrabbing ein Ende finden. Deine Gesundheit hängt davon ab, inwieweit Biodiversität und ökologische Systeme und somit die Fähigkeit zur Eindämmung von Viren global erhalten bleiben.

1 | Müller-Jung, Joachim (2020): Verschärft schmutzige Luft das Pandemie-Desaster? Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.04.2020, bit.ly/2AJArzj (Zugriff: 07.05.2020).
2 | Wallace, Rob / Pabst, Yaak (2020): Capitalist agriculture and Covid-19: A deadly combination. Climate & Capitalism, 11.03.2020 bit.ly/2AG7rc6 (Zugriff: 07.05.2020).

Klimagerechtigkeit in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Welche Rolle können klimagerechte Forderungen in der vorhergesagten Finanz- und Wirtschaftskrise spielen? Einerseits gilt es für mich, die Themen Klimakrise und Klimagerechtigkeit weiter im gesellschaftspolitischen Diskurs zu verorten und nicht müde zu werden, sie in diesen einzubringen. Die australischen Waldbrände, die Heuschreckenplage in Ostafrika und schließlich Covid-19 haben die Tiefe der Umwelt- und Klimakrise nochmals verdeutlicht. Klimaungerechtigkeit weiter entgegen zu wirken, die Themen im Diskurs nicht untergehen zu lassen und Bündnisarbeit zu betreiben, halte ich für die wichtigsten Drehschrauben. Andererseits erstreckt sich Bündnisarbeit über die Themen Klima und Umwelt hinaus. In der ‚neuen Normalität‘ werden Macht- und Herrschaftsverhältnisse zugespitzt. Der Covid-19-Ausbruch zeigt, wie zentral die Vernetzung mit queere feministischen, antirassistischen, antikapitalistischen Kämpfen und der Behindertenbewegung ist. Schließlich beinhaltet die Utopie einer klimagerechten Gesellschaft die Vorstellung einer radikal sozial gerechten Gesellschaft. Die 24 Forderungen von *ausgeCO2hlt*³ bieten mögliche Anknüpfungspunkte für Klimagerechtigkeits-Gruppen in Österreich.

Zudem teilen Klimagerechtigkeit und Gesundheitsberufe eines: Die Sorge um das Leben. Dieser gemeinsame Nenner bietet sich an, um u. a. auf (organisierte) Pfleger*innen, Ärzt*innen und Sozialarbeiter*innen zuzugehen und klarzustellen: Wir kämpfen alle dafür, das gesellschaftliche Leben zu erhalten. Und Kapitalismus drängt uns beide in aussichtslose Positionen.

Die ‚neue Normalität‘ wird von einer Finanz- und Wirtschaftskrise bestimmt sein. Die Zuspitzung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen birgt das Potenzial, uns stärker zu vernetzen und uns einer herrschaftsärmeren und klimagerechten Zukunft schrittweise anzunähern. Im Gegensatz zur Zeit Rosa Luxemburgs wird die ‚Normalität‘ nicht mehr alle 50, sondern mittlerweile alle zwölf Jahre neu hergestellt. Die Gewalt ist subtiler, doch die Rufe bleiben die gleichen: ‚Die neue Normalität herrscht in Wien!‘, ‚Die neue Normalität herrscht in Berlin!‘, ‚Die neue Normalität herrscht in Wuhan!‘ Und eines bleibt: ‚Eure ‚Ordnung‘ ist auf Sand gebaut‘⁴.

Alexis Smits ■

3 | ausgeCO2hlt (2020): 24 notwendige Maßnahmen für einen sozial-gerechten Umgang in Zeiten von Corona, 29.04.2020, bit.ly/2Y6Bxoz (Zugriff: 07.05.2020).
4 | Luxemburg, Rosa (1975) [1919]: Die Ordnung herrscht in Berlin. Politische Schriften, Band 2 Europäische Verlagsanstalt. Frankfurt am Main, 203–209.

DER AUSNAHMEZUSTAND ALS ‚RÜCKKEHR DES STAATES‘

Mit den Maßnahmen gegen Corona und der damit einhergehenden wirtschaftliche Krise wurde der Gesellschaft von verschiedenen Seiten eine ‚Rückkehr des Staates‘ attestiert. Der Staat war aber niemals weg, weil das Kapital ohne ihn gar nicht existieren kann.

Seitens der etatistischen Linken war schnell die Rede von der ‚Krise als Chance‘: Die Krise zeige, dass der Neoliberalismus versagt habe. Weder seien die im Zuge der neoliberalen Austeritätspolitik heruntergesparten Gesundheitssysteme in der Lage, alle vom Virus Infizierten angemessen zu behandeln, noch sei der freie Markt in der Lage, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu tragen. Und tatsächlich finden sich in der medialen Öffentlichkeit und seitens Politiker_innen selbst konservativer Richtung Aussagen und Forderungen, die sich die europäischen linken Parteien vor wenigen Monaten wohl nicht erträumen hätten können.

Nichtsdestotrotz zeugt solches Denken von einer notorischen Unkenntnis der in der kapitalistischen Welt herrschenden Zwecke: Denn in Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise kommt es nur insofern auf die Gesundheit der Leute an, als diese für den Verwertungsprozess des Kapitals vernutzt werden können. Das Paradebeispiel hierfür sind die augenzwinkernd beklatschten Supermarkt-Kassierer_innen, deren Arbeit gerade nicht für die Versorgung der Bevölkerung, sondern für die Instandhaltung des Tauschprinzips, durch dessen Vollzug allein das Kapital sich verwerten kann, notwendig ist. Die Rede vom Versagen des Neoliberalismus hingegen unterstellt, die Gesundheit der Einzelnen sei ein hierzulande wie auch immer geltender gesellschaftlicher Zweck, auf den es abseits der Verfügbarkeit der Arbeitskraft fürs Kapital ankomme.

Die organisierte Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft

Das Kapital ist nach Marx nicht einfach nur das private Eigentum an Produktionsmitteln, vielmehr handelt es sich um ein prozessuales gesellschaftliches Verhältnis: die Verwertung des Werts. Diese Wertverwertung kann aus dem Tausch von wertäquivalenten Waren nicht erklärt werden, sondern hat vielmehr die Ausbeutung und Vernutzung der Ware Arbeitskraft zur unbedingten Voraussetzung. Gleichzeitig ist es gerade die Lohnarbeit, welche die Leute und somit also die Arbeitskraft kaputt macht. Das wurde zwar auch in der Corona-Zeit deutlich, als etwa in Fabriken weitergearbeitet werden musste, als Schulen und Universitäten schon längst geschlossen waren, ist an sich aber nichts Neues.

Für die jeweiligen Einzelkapitalien erscheint die Arbeitskraft, Quelle der Aneignung des Mehrwerts, als dessen blankes Gegenteil, nämlich als zu vermeidende Kosten. Die Erhaltung eines gesellschaftlichen Reservoirs an Arbeitskräften gehört daher gerade nicht zur Rechnung der Einzelkapitalien, obgleich sie ohne funktionierende Arbeitskräfte nicht existieren können. Es ist nicht zuletzt dieser Widerspruch, der den bürgerlichen Staat auf den Plan ruft: „Das Verhältnis des Staates zur herrschenden Klas-

se beruht darauf, daß er getrennt von ihr die Notwendigkeiten ihrer Konkurrenz berücksichtigt, welche wegen des Konkurrenzinteresses der einzelnen Kapitalisten von ihnen selbst mißachtet bzw. nicht geschaffen werden. Indem der Staat die Bedingungen ihres Geschäfts verwaltet, die für die Kapitalisten kein Geschäft sind, macht er sich als politische Instanz zum Durchsetzer des Klasseninteresses.“¹ Solchermaßen reguliert der Souverän den Arbeitsmarkt und hält für das Kapital jenen Pool an Arbeitskräften instand, den Marx die „industrielle Reservearmee“ nannte. Engels bezeichnete den Staat daher als den „ideellen Gesamtkapitalisten“. Der Staat ist aber weder ideell noch ein Gesamtkapitalist, sondern die politisch-reelle, offen gewaltsame Seite des Gesamtkapitals, zu dem eben auch die Ware Arbeitskraft, das „variable Kapital“ gehört. Seine Funktion besteht wesentlich darin, dafür zu sorgen, dass sich „ideeller Gesamtkapitalist und ideeller Gesamtproletarier die Hand reichen“.²

In der Kalkulation der Vertreter_innen der Staatsgewalt wurde die pandemische Ausbreitung des Virus als Faktor, der den Betrieb stört, registriert – und der Ausnahmezustand ausgerufen, um die Bedingungen der gesamtgesellschaftlichen Kapitalakkumulation bestmöglich am Laufen zu halten: So hoch schätzte man die anfallenden Kosten angesichts des heruntergesparten Gesundheitssystems, aber auch des möglichen Schadens am dem nationalen Gesamtkapital zur Verfügung stehenden Menschenmaterial, dass man sich zumindest vorübergehend einige Grundrechte nicht mehr leisten wollte. Die Einwände seitens der hiesigen Unternehmer_innenschaft, die Maßnahmen seien ‚wirtschaftsschädigend‘ etc., ließen natürlich nicht lange auf sich warten. Sie folgen der Logik jenes oben gezeichneten Widerspruchs, erscheint den Personifikationen der jeweiligen Einzelkapitalien der Lockdown doch tatsächlich als Schädigung ihres Partikularinteresses und nicht als konsequente Sicherung der allgemeinen Bedingungen ihres Geschäfts.

Nichts mehr wie zuvor?

In der linksetatistischen Hoffnung, die aktuellen Interventionen des Staates seien das Resultat eines ‚Versagens‘ des Neoliberalismus, werden die hier nur grob skizzierten Zusammenhänge verkannt. Das interessierte Missverständnis entspricht mit umgekehrtem Vorzeichen jenem Antikommunismus, der hinter jedweden staatlichen Interventionismus die Beschränkung des eigenen Geschäfts und also ‚Sozialismus‘ vermutet. Anstatt im Staat die notwendige Kehrseite der Konkurrenz partikularer Kapitalinteressen zu erkennen, durch welche deren Vermittlung zum nationalen Gesamtkapital oder ‚der Wirtschaft‘, wie es gerne mystifizierend heißt, ermöglicht wird, wird der Staat unvermittelt als Gegenspieler zum Markt gesehen – und erscheint diesen Leuten solchermaßen als Garant für Gerechtigkeit und Sachwalter des ‚Sozialismus‘. Ergänzt wird dieser Unsinn häufig durch den (richtigen) Verweis darauf, dass dieses oder jenes

1 | Held, Karl (Hg.): Der bürgerliche Staat, München 2008, 44.
2 | Scheit, Gerhard: Unter Deutschen, Jungle World, 03.09.2015. bit.ly/3fXUBWn (Zugriff: 17.05.2020)

erkämpft wurde – bekanntlich gibt es keine noch so bürgerliche Scheiße, bei der der Sozialdemokratie nicht das Herz aufgeht, wenn sie nur erkämpft wurde.

Nichtsdestotrotz liegt es selbstverständlich im Bereich des Möglichen, dass nach Corona die Welt anders ist als zuvor. Wenn diese Aussage aber nicht öde Tautologie, sondern eine gesellschaftliche Veränderung ausdrücken soll, wäre dies nicht das Resultat des Virus, sondern von gesellschaftlichen Kämpfen und Widersprüchen. Die wiederum können sich in der Krisensituation durchaus zuspitzen, dennoch ist die Hoffnung, sie führten zum Besseren, zumindest hierzulande leider kaum begründet: Nicht auf Emanzipation gerichteter Widerspruch, sondern Gemeinschaftsdünkel ist die verbreitetere Form des Umganges mit der Situation. Der Ausnahmezustand ist genauso wenig die Abweichung von der gesellschaftlichen Normalität wie der Staat einen Antagonisten zum Kapital darstellt, sondern deren konsequente Fortsetzung unter besonderen Bedingungen. Die Vorstellung, dass die Welt nach Corona nicht mehr so sei wie zuvor, ist verkehrt. Das Gegenteil dürfte wahrscheinlicher sein: Business as usual.



DIE INFIZIERTE STADT

Auf einen Schlag entleerte sich der Wiener Stadtraum nach Bekanntgabe der Maßnahmen gegen die schnelle Verbreitung des neuartigen Coronavirus. Sämtliche Straßen, öffentliche Verkehrsmittel und Spielplätze blieben wochenlang weitgehend menschenleer – ein ungewöhnliches Bild. Wie die Coronakrise Grundsätze der Stadt zum Kippen bringt und bestehende Ungerechtigkeiten hervorhebt.

Aufgrund der Cholera im 19. Jahrhundert wurden die Hygienestandards in betroffenen Städten enorm verbessert, um nur ein Beispiel für Pandemien in der Vergangenheit zu nennen.¹ Die unmittelbare Verbindung zwischen gesundheitlicher Versorgung und Stadtentwicklung rückt nun erneut in den Fokus. Wegen der höheren Bevölkerungs- und Bebauungsdichte von Städten werden sie oft zum Brennpunkt von viralen Infektionen. Gleichzeitig ist es so, dass diese Krankheiten primär durch Mechanismen der Globalisierung und regionalen Verknüpfungen in Städten überproportional hoch erscheinen. Der Virus schert sich nicht um unsere administrativen Grenzen. Was Ansteckungsketten in Wirklichkeit zeigen, sind die Verbindungen, die über ebendiese Grenzen hinausgehen. Es geht also darum, die Stadt nicht als abgekapselte Einheit zu verstehen, sondern sie im regionalen Kontext zu betrachten.

„Die Basis einer Stadt ist Solidarität und das Bewusstsein dafür, dass man einander braucht, um (über-)leben zu können.“

Wien, nur du allein – oder?

Die ÖVP malt währenddessen ein anderes Bild: Die Wiener_innen seien der Herd von Covid-19, sie wollten in ihren Bundesgärten spazieren gehen, während der Rest Österreichs still im hauseigenen Garten Rasen mähe. Im Grunde führt die ÖVP ihren Wien-Wahlkampf und stört sich an den Forderungen der rot-grünen Wiener Landesregierung. Diese plädiert vor allem für mehr Platz im öffentlichen Raum und für bessere Voraussetzungen für Radfahrer_innen und Fußgänger_innen, um das Einhalten des verordneten Mindestabstandes zu Personen aus anderen Haushalten zu gewährleisten. Das allseits bekannte Wien-Bashing findet also wiederum seinen Platz in den Medien. Es wird von hohen Infektionszahlen und mangelnder Kommunikation seitens der Stadtregierung mit dem Krisenstab des Innenministeriums berichtet, während lediglich die Anzahl der durchgeführten Tests im Gegensatz zu den anderen Bundesländern in Wien ausschlaggebend für die vergleichsweise hohen Zahlen ist.² Viele dieser Vorwürfe sind komplett haltlos, ebenso wie die Causa um den Infektionscluster in den Postverteilerzentren. Diese Zentren bedienen große Teile Niederösterreichs und zwei der drei betroffenen Verteilerzentren befinden sich auch nicht in Wien. Das Hinhacken auf Wien bringt keinem etwas

außer der ÖVP (wobei auch das fraglich ist). Das Wiener Umland ist genauso abhängig von Wien wie dies umgekehrt der Fall ist. Dass Infektionscluster da entstehen, wo sich viele Menschen gleichzeitig aufhalten und überproportional viele getestet werden, ist nachvollziehbar. Angesichts dessen ist es wichtig, sich im politischen und öffentlichen Diskurs nicht mit der bloßen Difamierung von Städten auseinanderzusetzen, sondern Konzepte zur Verbesserung der durch ihre zentrale Bedeutung für die Region entstehenden Probleme zu erarbeiten.

Urbanität versus Corona

Den Grundstein für Urbanität legt die Begegnung von Menschen, der künstlerische und intellektuelle Austausch mit dem Fremden, die Verdichtung und Heterogenität der Gesellschaft. Triebfeder sind Offenheit, Neugierde und die Auseinandersetzung mit den Konsequenzen, die entstehen, wenn viele Menschen auf engem Raum leben. Städte sind divers und komplex, gesellschaftliche Strukturen bilden sich baulich und räumlich im öffentlichen Raum ab. Die Basis einer Stadt ist das Bewusstsein dafür, dass man einander braucht, um (über-)leben zu können. Covid-19 vermehrt sich besonders schnell da, wo man Urbanität greifen kann – plötzlich werden die Begegnung im öffentlichen Raum, der Aufenthalt ebenda und das Verlangen nach zwischenmenschlichen Verbindungen gefährlich. Genau das Gegenteil von Urbanität wird zum Kampf gegen Covid-19 angestrebt und umgesetzt – Social Distancing und Selbstisolation.

„Schau auf dich, bleib zu Hause“, lautete der Slogan der österreichischen Bundesregierung zu den Maßnahmen gegen die unkontrollierte Verbreitung von Covid-19. Sämtliche öffentlichen Plätze und Straßen in Wien waren schlagartig wie leergefegt, die Wiener Linien verzeichneten in den Wochen nach Bekanntgabe der Ausgangsbeschränkungen rund 80 Prozent weniger Fahrgäste.³ Gerade Menschen, die kein Zuhause haben, wurden in diesem Konzept nicht beachtet. Und dann gibt es noch jene, für die der öffentliche Raum als Arbeitsplatz fungiert, wie Zeitungshändler_innen und vereinzelt Sexarbeiter_innen. Sie alle zählen zu jenen Personen, denen schon vor der Coronakrise das Recht auf Stadtraum aberkannt wurde: Defensive Architektur wie Armlehnen auf Sitzbänken, um das Liegen darauf unmöglich zu machen, beziehungsweise überhaupt das Errichten einzelner Sessel anstatt von Bänken, oder auch die Befestigung von Metallzacken an Hauseingängen setzt diese Absicht greifbar um. Auch Verordnungen wie das Alkohol-Trinkverbot am Praterstern, das komischerweise nicht für die Besucher_innen des Wiener Oktoberfestes gilt, zählen dazu.

Für Stadtbewohner_innen fungieren öffentliche Räume als Erweiterung der eigenen vier Wände. Laut der Wiener Mikrozensus-Statistik 2018 verfügen die wenigsten Wohnungen in Wien über Terrassen oder Loggien – geschweige denn



„Unsere Städte mit ihren Plätzen, Gebäuden, Betrieben, Straßen und Infrastruktureinrichtungen sind so gestaltet, dass sie von vielen Menschen gleichzeitig genutzt und gepflegt werden müssen, um zu funktionieren.“

über einen Garten.⁴ Vor allem Hochbetagten und Personen mit chronischen Krankheiten wird wiederholt ans Herz gelegt, das Haus so wenig wie möglich zu verlassen, auch nach Lockerung der Ausgangsbeschränkungen. Das führt einerseits zu einer großen Unsicherheit und andererseits zu einer Verstärkung der Stigmatisierung von chronischen Krankheiten und dem Alter.⁵ Die Möglichkeiten der Nutzung des öffentlichen Raumes waren schon vor Covid-19 sehr divers. Dabei unterscheiden sich diese Möglichkeiten und im weiteren Sinne die Gewohnheiten, insbesondere nach den sozialen ökonomischen Schichten, dem Alter, dem Geschlecht und der Herkunft. Die ‚neue Normalität‘, die durch die Ausgangsbeschränkungen forciert wurde, verursachte eine vermehrte Prekarisierung von ohnehin prekären Lebensverhältnissen. Die erhöhte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum wirkte einschüchternd, die hohen Strafen bei Verstößen gegen die kurzfristig verfassten Verordnungen wurden großzügig verteilt. Was bleibt, ist Angst, vor allem für Personen, denen schon vor der Krise das Recht auf Stadt aberkannt wurde.

Mehr Platz wo keiner ist

Unsere Städte mit ihren Plätzen, Gebäuden, Betrieben, Straßen und Infrastruktureinrichtungen sind so gestaltet, dass sie von vielen Menschen gleichzeitig genutzt und gepflegt werden müssen, um zu funktionieren. Obwohl die nachhaltige Mobilität eines der Steckpferde der rot-grünen Stadtregierung ist, sind rund 65 Prozent des öffentlichen Raumes in Wien nach wie vor dem fließenden und ruhenden motorisierten Individualverkehr

gewidmet.⁶ Diesen Umstand verdanken wir der Raumplanung des vergangenen Jahrhunderts, die den Platzbedarf des motorisierten Individualverkehrs dem der Bewohner_innen überordnete. Er entspricht auch nicht den Gegebenheiten des Wiener Modal Split⁷, laut welchem im Jahr 2019 nur 25 Prozent aller in Wien zurückgelegten Wege mit dem Auto erfolgten.⁸

Wenn ein Gebiet baulich verdichtet wird, also beispielsweise ein verkommenes Gebäude abgerissen und stattdessen eines mit größerer Wohnfläche und Geschoßanzahl errichtet wird, bedeutet das, dass der Bedarf an Verkehrsfläche steigt. Boden ist eine endliche Ressource, er kann nicht vermehrt werden, also da, wo er dann fehlt, ist er einfach nicht da. Das Problem von fehlendem Platz zum Einhalten des Mindestabstandes zwischen Personen ist ein ernstzunehmendes, insbesondere solange wir uns inmitten einer Pandemie befinden; auch für die Zukunft wird dies relevant bleiben. Konkret heißt das, dass zumindest Freiräume in neuen Siedlungsgebieten besser auf die Mobilitätsgewohnheiten abgestimmt werden müssen und es andererseits in bestehenden Gebieten, wo der Raum insbesondere für Fußgänger_innen und Radfahrer_innen fehlt, kreative Lösungen braucht. Gleichzeitig ist in Zeiten, in denen das Fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln ein Gesundheitsrisiko birgt, Multizentralität anzustreben. Nach den Lockerungen der Ausgangsbeschränkungen wird der öffentliche Nahverkehr als schmutzig und unhygienisch abgestempelt, während viele Menschen einfach keine andere Wahl haben, als mit den Öffis zu fahren. Deshalb wäre die räumliche Verteilung wichtiger Einrichtungen und Orte wie beispielsweise kulturelle Hotspots, Arbeitsstätten, Wohnsiedlungen und Einzelhandelsbetriebe wichtig. Die durch die Pandemie entstandenen Verschärfungen der Ungerechtigkeit und die großteils komplexen Lösungen werden uns sicherlich noch länger beschäftigen.

Marie Kremsner

1 | Klaus, Ian: Pandemics Are Also An Urban Planning Problem., CITYLAB, 06.03.2020. bit.ly/2AXRT3n (Zugriff: 13.5.2020).

2 | wien.orf.at: Stadt Wien passt CoV-Teststrategie an, 14.05.2020. bit.ly/3bZw8g6 (Zugriff: 13.5.2020).

3 | Wiener Linien: Coronavirus: Fragen und Antworten, bit.ly/3g8W24m4 (Zugriff: 13.5.2020).

4 | Zucha, Vlasta et al.: WOHNEN. Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik 2019., Statistik Austria, bit.ly/36vh9cL (Zugriff: 13.5.2020), 28.

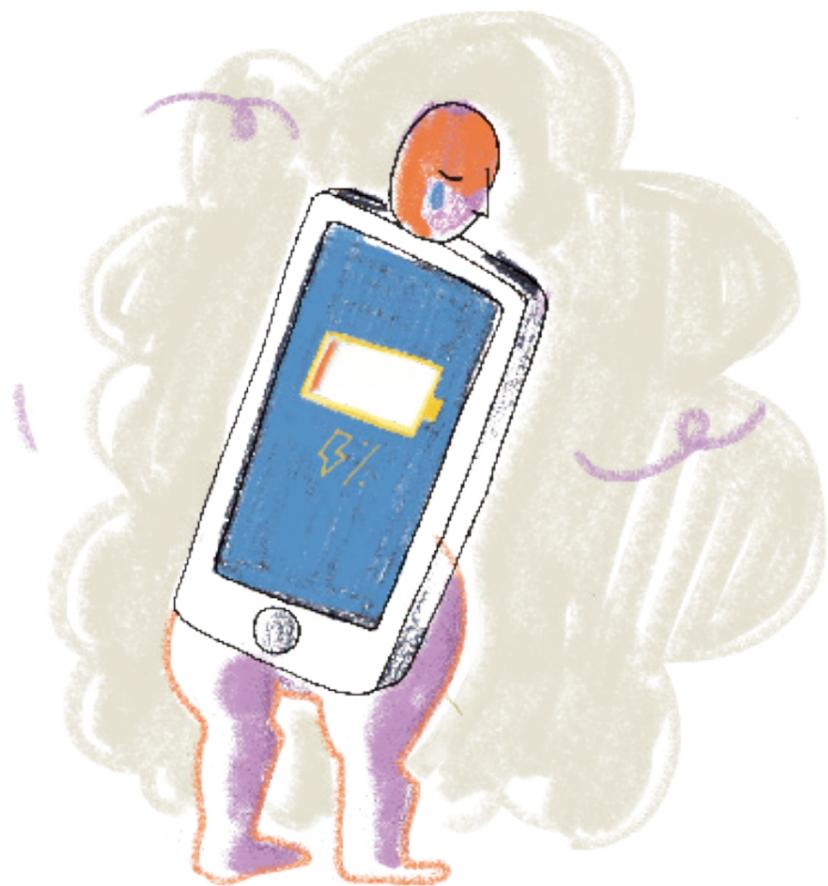
5 | Gaigg, Vanessa: Für Arme und Alte ist die Stadt ein verbotener Ort, derStandard.at, 27.04.2020. bit.ly/3e9FEPI (Zugriff: 17.5.2020).

6 | Stadt Wien: Stadtentwicklungsplan 2025. Handlungsfeld „Öffentlicher Raum“ – Fachkonzept Mobilität. bit.ly/3gfmhGi (Zugriff: 17.5.2020).

7 | Der Modal Split beschreibt die prozentuelle Aufteilung der verwendeten Verkehrsmittel aller zurückgelegten Wege in einem Gebiet.

8 | Modal Split: 30 Prozent ihrer täglichen Wege gehen die Wienerinnen und Wiener zu Fuß. bit.ly/2Txq1t1 (Zugriff: 17.5.2020).

DEPRESSIONEN WÄHREND DER CORONA-KRISE POLITISCH DENKEN



Es steht außer Zweifel, dass Corona-bedingte Umbrüche in der Arbeitswelt am stärksten die im Spätkapitalismus ohnehin prekär Beschäftigten treffen. In der Folge müssen viele ökonomisch weniger privilegierte neben familiären und beruflichen Verpflichtungen nun noch durch die Krise wesentlich verstärkte Existenzängste bewältigen, womit eine enorme psychische Belastung einhergeht. In Zeiten wie diesen lohnt es sich, sich mit der Annahme auseinanderzusetzen, dass es sich bei Depressionen um eine unmittelbare Reaktion auf zunehmend prekärer und unsicherer werdende Lebensrealitäten handelt. Dies wird nun sichtbarer denn je.

Infolge der neoliberalen Wende im Gesundheits- und Sozialwesen, die sich in Europa ungefähr seit Mitte der 70er-Jahre abzeichnet, setzte sich die nach wie vor gängige Wahrnehmung von psychischer Gesundheit als reiner Privatsache durch. Dies hatte eine weitgehende Privatisierung von Stress zur Konsequenz und führte unausweichlich dazu, dass seitdem jene sozialen und politischen Zustände stets ausgeblendet werden, die bei vorhandenen Dispositionen psychische Erkrankungen verstärken oder diese sogar hervorrufen. Vor dem Hintergrund der Prekarisierung der Lebensverhältnisse hat vor allem die Häufigkeit der

depressiven Erkrankungen in den letzten Jahrzehnten zugenommen.^{1,2} Es wäre dennoch verfrüht, allein den Spätkapitalismus als eigentlichen Auslöser der globalen Pandemie von Depressionen zu benennen, wobei etliche wissenschaftliche Erhebungen zumindest einen indirekten Konnex zwischen Ungleichheit, Vermögensverteilung, geschlechtsspezifischen Diskriminierungen und depressiven Störungen herstellen.³ Nichtsdestotrotz wäre es gleichermaßen zu kurz gegriffen, die Ursache einer Depression allein auf Störungen auf der synaptisch-neurochemischen Ebene im Gehirn oder auf individuelle Traumata zurückzuführen. Die führenden Strömungen der zeitgenössischen Psychologie gehen nach wie vor davon aus, dass Depression primär therapeutisch und medikamentös zu behandeln ist, ohne diese Erkrankung in einen weiteren politischen und ökonomischen Kontext einzubetten.⁴

1 | Twenge, J. M., Cooper, A. B., Joiner, T. E., Duffy, M. E., Binau, S. G. (2019): Age, period, and cohort trends in mood disorder indicators and suicide-related outcomes in a nationally representative dataset, 2005–2017. *Journal of abnormal psychology*.

2 | Marcus, M., Yasamy, M. T., van Ommeren, M., Chisholm, D., Saxena, S.: Depression: a global public health concern. Vol. 1. WHO Department of Mental Health and Substance Abuse 6–8, 2012.

3 | Doyal, L.: Sex, gender, and health: the need for a new approach. *Br. Med. J.* 323, 2001 und Yu, Shoukai: Uncovering the hidden impacts of inequality on mental health: a global study. *Transl Psychiatry* 8, 2018.

In ihrem Essay *Depression: A public feeling* legt die US-amerikanische queerfeministische Forscherin Ann Cvetkovich dar, inwiefern es sich bei Depression um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen handelt. Cvetkovich zufolge ist Depression als eine unabwendbare und daher absehbare Reaktion eines Menschen auf stetige Prekarisierung, Vereinsamung, Durchdringung von Corporate Culture⁵ und marktorientierte Logik zu verstehen.⁶ Schon vor dem weltweiten Ausbruch von Covid-19 haben die Zustände im Spätkapitalismus die Arbeiter_Innen gründlich nie-

„Die gemeinsame Erfahrung des kollektiven Leidens, insbesondere wie jene während der Coronakrise, kann dazu dienen, die Visionen der Zukunft auszuverhandeln und Wege zur gemeinsamen Emanzipation der Arbeiter_Innen zu finden.“

dergedrückt und verunsichert, nun macht uns die vermeintliche ‚neue Normalität‘ noch depressiv(er): Für wen könnten mindestens für ein Jahr geplatzte Pläne, drastische Veränderungen im Alltag, soziale Isolation, fortschreitende Armut, häusliche Gewalt, überforderte Spitäler, zigtausende Tote, Verzweiflung, Existenzangst und eine sich anbahnende Weltwirtschaftskrise normal sein?

Freilich hilft es ja niemandem beim Aufstehen, als Grund für die gedrückte Stimmung und Niedergeschlagenheit die mehrdimensionale Verwobenheit von Kapitalismus, Rassismus und Kolonialismus zu benennen, so Ann Cvetkovich. Die Gender-Studies-Professorin an der *Carleton University* kommt zu einem vielversprechenden Schluss, welcher jedoch angesichts des Ernstes der Lage für Betroffene zunächst etwas realitätsfern klingen mag: Die gemeinsame Erfahrung des kollektiven Leidens, insbesondere wie jene während der Coronakrise, kann dazu dienen, die Visionen der Zukunft auszuverhandeln und Wege zur gemeinsamen Emanzipation der Arbeiter_innen zu finden. Ann Cvetkovich zielt also darauf ab, Depression zu entpathologisieren und durch Überwindung der Vereinsamung in der gemeinsamen Erfahrung eine mögliche Ressource für politisches Engagement und Emanzipation zu finden.

Das Verabschieden einer bloß individualistischen Wahrnehmung von Depression bedeutet jedoch nicht, die Betroffenheit, das Leid und die Erfahrungen des oder der Einzelnen zugunsten der gemeinsamen Emanzipation abzutun. Wird die politische Dimension von Depression ins Visier genommen, stellen wir vielmehr darauf ab, dass sich soziale und ökonomische Zustände auch in unserer gemeinsamen Schwermütigkeit niederschlagen. Depression kann und soll nach langem Zögern den Eingang in die Kritik am Spätkapitalismus finden. So plädiert Lynne Segal,

4 | Cuijpers P., Karyotaki E., Weitz E., Andersson G., Hollon S. D., van Straten A.: The effects of psychotherapies for major depression in adults on remission, recovery and improvement: a meta-analysis. *J Affect Disord.* 2014.

5 | Unter Corporate Culture versteht Ann Cvetkovich ein von Leistungsdruck, Kontrolle, Gereiztheit und Anpassungszwang geprägtes Arbeitsklima, in dem sich Mitarbeiter_Innen als Konkurrenz zu einander stehende, ersetzbare Akteur_Innen wahrnehmen.

6 | Cvetkovich, Ann: *Depression: A public feeling*. Duke University Press, 2012.

feministische Psychologieprofessorin an der *Birkbeck University of London*, in ihrem Buch *Radical Happiness. Moments of Collective Joy* wenig überraschend für die Community als Ausweg aus der Misere des Spätkapitalismus.⁷ Laut Lynne Segal handelt es sich bei „radikalem Glück“ primär um die Erfahrungen der kollektiven Freude, die sie in Anlehnung an ihre Beteiligung an der Frauenbewegung in den 1970er-Jahren als kollektiven Widerstand gegen Unterdrückung konzeptualisiert.

Psychische Gesundheit ist eine Frage der Gerechtigkeit und wir können es uns nicht leisten, in der Zeit nach der Corona-Pandemie wie bisher weiter zu machen.

Solche Erfahrungen seien zum wesentlichen Teil relativ vergänglich, aber sie gäben im Nachhinein betrachtet zu spüren, dass das Leben nicht nur aus einem ewigen Kreislauf von Verpflichtungen bestehe. Ganz plausibel zeigt Lynne Segal auf, inwieweit das Erodieren von Arbeits- und Freizeit sowie der Abbau des Sozialstaats im Verlauf der letzten Jahrzehnte dazu beitrugen, dass die Arbeitnehmer_innen allmählich die Solidarität ‚verlernten‘ und welche gravierenden Folgen dies für die psychische Gesundheit nach sich zog. Kein Wunder, dass das Gefühl der Vereinsamung und Isolation schon lange vor der Corona-Krise für viele den Alltag ausmachte. Somit spiegelt sich das radikale Glück Lynne Segal zufolge in Erfahrungen wider, in denen sich unterdrückte Gruppen mit verschiedenen Unrechtserfahrungen – sei es aufgrund von Geschlecht, Klassenzugehörigkeit, Ethnizität, Religion, Weltanschauung, sexueller Orientierung, Alter oder Behinderung – zusammenfinden, um für eine gerechte und soziale Realität für alle zu kämpfen.

Indem wir uns für die Entpathologisierung und das politische Neudenken von Depression einsetzen, müssen wir stets der inhärenten Herausforderung gerecht werden, die individuelle Betroffenheit der Einzelnen nicht abzutun. Schließlich handelt es sich um eine nicht zu unterschätzende und immer noch stark tabuisierte Erkrankung. Zugleich müssen wir die psychische Gesundheit zum gemeinsamen Anliegen erklären und in unserer Kritik am Spätkapitalismus bedenken. Psychische Gesundheit ist eine Frage der Gerechtigkeit und wir können es uns nicht leisten, in der Zeit nach der Corona-Pandemie wie bisher weiter zu machen. Für Unterdrückte im Kapitalismus gab es nie so etwas wie Normalität.

NATIONALER KONSUM, NATIONALE ARBEIT

In Zeiten der Krise wird die altbekannte Forderung ‚regional‘ einzukaufen virulent. Das hat mit Solidarität weniger zu tun als mit Nationalismus und Rechtfertigung fürs Kapitalverhältnis.

‚Österreicher, kauft bei Österreichern!‘

Keine drei Tage hatte es gedauert, bis nach der Verkündung des Ausnahmezustandes eine Webseite aufpoppte, die von den sogenannten Qualitätsmedien eifrig verbreitet wurde. Die Seite verfolgt den Zweck, die Bevölkerung über den moralisch gebotenen Konsum in Krisenzeiten zu informieren: Nicht bei „großen internationalen Konzernen, sondern stattdessen bei heimischen Unternehmen“ solle bestellt werden, heißt es da.¹ Solches Gerede ist freilich keineswegs neu, vielmehr stellt der Appell an ‚bewussten‘ Konsum einen verbreiteten Umgang insbesondere mit der Klimakrise dar und es mag daher kaum verwundern, dass das genannte Internetportal von einer Klimaaktivistin initiiert wurde. Das nationalistische Potential, das sich in der Geschichte des umweltbewegten Aktivismus immer wieder gezeigt hat, ist insofern wenig überraschend, als es zum ideologischen Grundbestand der herrschenden Verhältnisse gehört, dass deren Staats- und Warenförmigkeit den in ihr sozialisierten Subjekten als Natur erscheint. Die österreichische Bourgeoisie übrigens hat Gefallen an der Idee gefunden, mittlerweile wurde ein ähnliches Projekt von der Wirtschaftskammer gestartet, welches an eine Kampagne aus der Vor-Corona-Zeit mit dem Slogan „Wer Wien liebt, kauft in Wien ein“² anknüpfen kann. Wer nicht in Wien kauft, liebt Wien demnach nicht und erscheint den gemeinschaftsversessenen Liebhaber_innen ‚Wiens‘ also suspekt. In Wien einkaufen heißt dabei, nicht bei „international agierenden Online-Multis“ einkaufen. Das freilich zieht hierzulande immer: Die Vorstellung, ‚kleinen‘, nationalen Unternehmen, die anpacken und dafür ihren Unternehmerlohn bekommen, stünde ungreifbare, internationale Konzern- und Geldmacht gegenüber, gehört zum fixen Bestandteil jener falschen Kapitalismuskritik, die auf der fetischistischen Wahrnehmung des Kapitals beruht³ und Anknüpfungspunkte für antisemitische und völkisch-nationalistische Ideologie bereithält. Es ist daher auch nur folgerichtig, dass in dieser Perspektive Unternehmer_innen als die Leidtragenden der Krise dargestellt werden, während Lohnabhängige oder gar prekär Beschäftigte vollends aus dem Blick geraten.

Konsum als Ideologie

Kennzeichnend für ‚bewussten‘ Konsum ist erstens, dass die Rolle des Konsums im Verwertungsprozess des Kapitals, unter dessen Diktat allein in dieser Gesellschaft Dinge in Gang gesetzt werden, verkannt wird. Denn in diesem stellt jener ein bloßes Durchlaufmoment dar, das zahlungsfähige Bedürfnis kommt hier nur als Mittel zum Zweck der Kapitalakkumulation vor.

Denjenigen, die das nationale oder eben umweltbewegte Shoppen propagieren, gilt der Markt hingegen als Instanz vernünftiger Entscheidungsfindung, das Bedürfnis als bestimmend für die kapitalistische Produktion. Insofern besteht solche Konsumideologie wesentlich in der Bejahung der grundlegenden Prinzipien der kapitalistischen Produktionsweise, die den Einzelnen ein nicht unerhebliches Maß an Entsagung abverlangt, die von aufrechten und erhabenen Konsument_innen nicht nur asketisch legitimiert, sondern regelrecht abgefeiert wird. Dass das Einkaufen bei Österreicher_innen dem großen Ganzen dient, wird übrigens ungeniert eingeräumt, so solle man auch „aus rein volkswirtschaftlichen Gründen“⁴ bei österreichischen Unternehmen einkaufen. So kann bei der Pflege des eigenen Lifestyles praktisch ganz nebenbei ein Dienst an der nationalen Gemeinschaft geleistet werden.

„Das nationalistische Potential, das sich in der Geschichte des umweltbewegten Aktivismus immer wieder gezeigt hat, ist insofern wenig überraschend, als es zum ideologischen Grundbestand der herrschenden Verhältnisse gehört, dass deren Staats- und Warenförmigkeit den in ihr sozialisierten Subjekten als Natur erscheint.“

Zweitens entspricht diese Form der Konsummoral einer Tendenz des postmodernen Kapitalismus, wonach Ideologie, verstanden als notwendiger und schöner Schein der bürgerlichen Gesellschaft, im Verschwinden begriffen ist. Gerade der ‚bewusste‘ nachhaltige Konsum geht ja von der Annahme aus, dass, wenn die Dinge schon im Großen im Argen lägen, man doch zumindest im Kleinen etwas Gutes tun könnte. Zu groß sind die Verheerungen an Mensch und Natur, welche das Kapitalverhältnis mit sich bringt, als dass das neoliberale Subjekt den großen Erzählungen noch Glauben schenken könnte. Es findet daher seine Rechtfertigungsgründe in Enklaven falscher Unmittelbarkeit. Der Konsum wird so zum Gegenteil von Genuss und sinnlicher Bedürfnisbefriedigung, nämlich einem Moment identitärer Sinnstiftung, Ideologie wird mit der Warenzirkulation, der sie ursprünglich entsprang, zunehmend identisch. Das wahre, über die bestehenden Verhältnisse hinausweisende Moment der Ideologie, das der Ideologiekritik allein ihren Sinn zukommen lässt, geht dadurch verloren: „Der Geist spaltet sich auf in die kritische, des Scheins sich entäußernde, aber esoterische und den unmittelbaren gesellschaftlichen Wirkungszusammenhängen entfremdete Wahrheit, und die planende Verwaltung dessen, was einmal Ideologie war. Bestimmt man als Erbschaft der Ideologie die Totalität jener geistigen Erzeugnisse, welche heute das Bewußtsein der Menschen in weitem Maß anfüllen, so wird man darunter weniger den gegen die eigenen gesellschaftlichen Implikationen verblendeten autonomen Geist verstehen

4 | Nunus alternative Plattform für den österreichischen Handel und Dienstleistungen in Zeiten von Corona, bit.ly/3ee79qX (Zugriff 17.5.2020)

1 | Nunus alternative Plattform für den österreichischen Handel und Dienstleistungen in Zeiten von Corona, bit.ly/3ee79qX (Zugriff 17.5.2020)

2 | WKO: In Wien Einkaufen rettet jetzt zehntausende Unternehmen und Arbeitsplätze, 07.05.2020, bit.ly/2Z9lUuI (Zugriff: 17.5.2020)

3 | Vgl. Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke. Band 25 (Berlin 1988), 383–403.

dürfen als die Totalität dessen, was konfektioniert wird, um die Massen als Konsumenten einzufangen, und wenn möglich ihren Bewusstseinszustand zu modellieren und zu fixieren.“⁵

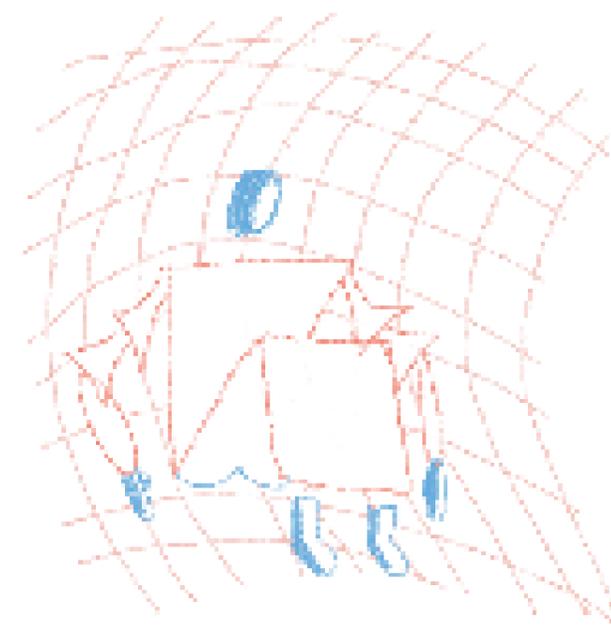
„Zum Konzept der ‚nationalen Arbeit‘ gehört traditionell aber auch die hierarchisierte Unterteilung in verschiedene nationale Sorten von Arbeitskraft.“

Österreichisch einkaufen – auch am Arbeitsmarkt!

Zum Unglück von Menschen in Lohnabhängigkeit gehört, dass deren Arbeitskraft eine Ware wie jede andere ist, die also verkauft werden muss, damit ihr Wert, und das heißt hier eben auch der Mensch, der die Arbeitskraft zu Markte trägt, sich reproduzieren kann. Nur konsequent erscheint so die Schlussfolgerung von Bauernbund-Chef Josef Moosbrugger: „Wenn wir Regionalität ernst nehmen, gilt das auch für Arbeitskräfte.“⁶ Zum Konzept der ‚nationalen Arbeit‘ gehört traditionell aber auch die hierarchisierte Unterteilung in verschiedene nationale Sorten von Arbeitskraft. Weil österreichische Lohnabhängige nicht nur auf die Idee kommen könnten, ihnen zustehende Rechte einzufordern, sondern ihnen am Ende vielleicht sogar noch jemand Recht geben würde, sind besonders ‚niedere‘ Arbeitstätigkeiten wie zum Beispiel ‚Erntehilfe‘ Billigarbeitskräften aus Osteuropa vorbehalten, deren Schutz von Leib und Leben (übrigens völlig unabhängig von Corona) als weniger wichtig eingestuft wird – sie werden für österreichische Unternehmen, bei denen man, wenn es nach oben genannten Kampagnen geht, einkaufen gehen soll, angekartt. Immer wieder evozieren die elenden Bedingungen, welchen solche Leute ausgesetzt sind, Streiks, zuletzt war dies in Deutschland der Fall.⁷ Solidarität hieße, solchen Initiativen den Rücken stärken, sich also gegen die Interessen der hiesigen Unternehmerschaft zu stellen, anstatt auch noch zum Kauf bei ihnen aufzurufen.

Damit die gekaufte Ware nicht von Corona unnötig beschädigt wird, sieht der Staat zumindest theoretisch einige Sicherheitsmaßnahmen vor. Einem oberösterreichischen Landwirt waren diese aber nicht genug und darum griff er – ausnahmsweise – zu besonders drastischen Mitteln und sperrte ‚seine‘ fünfzehn Erntehelfer in deren Wohnungen ein, damit diese sich nicht infizieren konnten.⁸ Der Volkswirtschaft wird das sicher helfen.

Peter Planlow ■



5 | Adorno, Theodor W.: Beitrag zur Ideologienlehre, in: Soziologische Schriften I, GS 8 (Frankfurt am Main 1996), 474.

6 | Dunst, Ulrich: Interview mit Bauern-Chef. „Wenn wir Regionalität ernst nehmen, gilt das auch für Arbeitskräfte“, Kleine Zeitung, 10.04.2020, bit.ly/2LO1r37 (Zugriff: 17.5.2020)

7 | Hiller, Norbert: Massenprotest von 150 Feldarbeitern in Bornheim, WDR, 15.05.2020, bit.ly/2LzCJo (Zugriff: 17.5.2020).

8 | APA: Landwirt in Oberösterreich soll Erntehelfer eingesperrt haben, Die Presse, 15.04.2020, bit.ly/2LAga7R (Zugriff: 17.5.2020).

ZEITGENOSSIN

Wessen Morgen ist der Morgen?

Historische Fäuste



Robin Morgan
„Sisterhood is powerful“, 1970



Tommie Smith & John Carlos
Black Panther, 1968



Sergej Tschachotin
german social democrats 1932



POUM
spanish revolution 1936



Iberian Anarchist Federation
spanish revolution 1936

Infografik: Juliana Meizer





HOCHSCHULE

SOLIDARISCH, UNFÜGSAM, ENGAGIERT

Der universitäre Mittelbau ist ein hartes Pflaster: Vielfach prekär angestellt und in Abhängigkeit von Lehrstühlen und Drittmitteln, ringt akademischer Nachwuchs um Credibility und Claims. Viele finden für ihr Forschungsinteresse aber auch gar kein akademisches Pflaster und müssen Lohnarbeit und Forschung völlig oder weitgehend voneinander entkoppeln. Im Kampf um Gelder, Lehr- und Forschungsaufträge bleibt auch für jene, die ‚es‘ geschafft haben, kaum Zeit und Raum für eine kritisch-reflexive Wissenschaft, die sich weder verkaufen noch anbieten muss. Gerahmt wird dieses triste Bild von einem Diskurs um ‚wertfreie‘ Wissenschaft, der letztlich dazu dient, Macht- und Ausschlussmechanismen zu verschleiern. Die Lehre scheint nur so lange frei, wie sie dem reaktionären Mainstream entspricht. Emanzipatorische Theorie und Praxis haben hier keinen oder nur sehr wenig Platz. Wie also dem akademischen Einzelkämpfer*innen, der politischen Vereinzelung begegnen?



hen uns als kollektiv Lernende. Die Wahrheit überlassen wir den Gläubigen. Wir bleiben radikal – und hören nicht auf mit dem Hinterfragen.

Regelmäßig setzen wir uns zusammen und diskutieren individuelle und kollektive Herausforderungen des Wissenschaftsbetriebes und des Lebens in einer ungleichen Gesellschaft. Wir sind also zuerst Aktivist*innen und dann Wissenschaftler*innen. FIPU dient auch der Vernetzung unserer Spezialinteressen. Einige haben in ihrem Brotjob nicht die Möglichkeit, die für sie spannenden Themen zu promoten – sehr wohl aber unter unserem Label. Wir bilden ein Netzwerk kritisch solidarischer Wissenschaft, das einander stützt und fördert, auffängt und doch autonom agieren lässt. Dabei stehen auch wir nicht außerhalb des Konkurrenzzwangs. Die Reflexion darüber hat uns aber weitergebracht.

Auf eine bessere Welt

In den vergangenen Jahren haben wir unterschiedliche Formen des Outputs generiert. Zuvorderst ist unsere Buchreihe *Rechts-extremismus* zu nennen, erschienen im Mandelbaum-Verlag. Um unseren politischen Anspruch produktiv zu nutzen, haben wir uns für die Herausgabe dreier Sammelbände entschieden, um der mageren Forschungslandschaft Österreichs ein wenig Futter zu liefern. Während wir im ersten Band versuchen, einige grundlegende Entwicklungen und Fragen zu klären, geht es im zweiten stärker um Prävention und politische Bildung. Zuletzt haben wir eine weit über Österreich hinausreichende Lücke versucht zu schließen: jene der geschlechterreflektierten Rechtsextremismusforschung. Die Produktion dieser Bücher ist stets ein herausfordernder Prozess: Von der thematischen Schwerpunktsetzung mit allen speziellen Aspekten über die Suche nach und die Betreuung von passenden Autor_innen bis zu den ersten Textentwürfen ist es ein langer Weg. Anschließend legen wir die Erstfassung FIPU-externen Menschen vor, auf deren Wissen und Meinung wir etwas geben, um in der Diskussion eine kommunikative Validierung zu ermöglichen. So stellen wir sicher, dass Beiträge nicht lediglich unsere Haltungen bestätigen,

sondern auch ausreichend wissenschaftlich fundiert sind. Dieses Vorgehen ist aufwändig, aber stets auch ein sozialer Prozess des Lernens und der Lust an Kritik und Austausch.

Im Nachgang jedes einzelnen Buches waren wir bislang viel unterwegs: Buchpräsentationen, Podiumsdiskussionen, Radiobeiträge uvm. gehören somit zu unserem Alltag. Doch nicht nur zu den Büchern im Ganzen oder einzelnen Texten darin kann man sich bei uns melden und mit uns eine Veranstaltung gestalten: Wir bieten auch Trainings und Seminare und stellen unsere Expertisen zu vielfältigen Themen zur Verfügung. Deren breites Spektrum bildet unsere unterschiedlichen Schwerpunkte gut ab: Vom Argumentationstraining gegen Stammtischparolen bis zum antirassistischen Organisationscoaching, von der kritisch-materialistischen Expertise auf Umweltschutz bis zur antifaschistischen Museumspädagogik, von einer Einführung in die Antisemitismustheorie bis hin zum Konzept für eine emanzipatorische Jugendarbeit oder zur Podiumsdiskussion über Femi-zide – unser Portfolio ist noch breiter und gerne lassen wir uns einladen. Infos dazu finden sich auf unserem Blog unter fipu.at. Wir freuen uns auch über jede und jeden, die_der uns auf Twitter und Facebook folgt oder unseren Userblog beim STANDARD liest und teilt. Auf letzterem versuchen wir monatlich mindestens einen Beitrag zu veröffentlichen. Dabei lassen wir uns in der Regel von aktuellen gesellschaftlichen Debatten leiten und versuchen so, in diese zu intervenieren. Hin und wieder gibt es auch Gastbeiträge von Personen, deren Wissen wir für bereichernd halten. Wir freuen uns über Diskussionsbeiträge, Anregungen, Zustimmung und Widerspruch. Auch freuen wir uns über Vernetzung und versuchen, Kolleg*innen nicht nur innerhalb von FIPU zu unterstützen.

Warum wir uns so viel Aufwand machen? Weil wir für eine bessere Welt kämpfen, in der alle gleich sind – und ohne Angst verschieden sein können.

Eva Grigori (FIPU) 

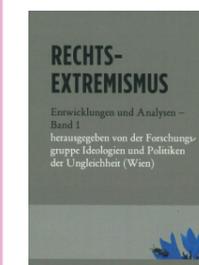
Zum Weiterlesen



Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (2019)
Rechtsextremismus. Band 3
– Geschlechterreflektierte Perspektiven.
Wien: mandelbaum.



Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (2016)
Rechtsextremismus. Band 2
Prävention und politische Bildung
Wien: mandelbaum.



Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (2014)
Rechtsextremismus
Band 1 – Entwicklungen und Analysen.
Wien: mandelbaum.

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (2017)

Solidarische Wissensarbeit als politische Intervention.
Über die Rolle der Forschung zu Ideologien und Politiken der Ungleichheit.
bit.ly/3cE9Qli

„Wir weigern uns, die Universitäten aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu entlassen.“

Ein Motor unseres Handelns ist die fehlende akademische Institutionalisierung einschlägiger Forschung und Vermittlungsarbeit in Österreich. Nicht alle, die zu FIPU gehören, sehen ihren Platz im herkömmlichen Wissenschaftsbetrieb. Aber wir weigern uns, die Universitäten aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu entlassen. Die Geistes- und Sozialwissenschaften haben hierzulande bis dato nicht viel zum Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beigetragen.

Raus aus den Unis!

Als transdisziplinärer Zusammenschluss sind wir unfügsam und unbequem – wir kooperieren und denken disziplinübergreifend und auch in Verbindung mit Fachhochschulen, NGOs, Künstler*innen und Aktivist*innen. Forschen heißt suchen: Wir se-



FEMINISMUS

ODER

SCHLAGWERE

GESELLSCHAFT

AKTIVISTISCHE AMBIVALENZEN

Zwischen Leistungsdruck, Repression und Privilegien



Auch Aktivist_innen und Bewegungen mit emanzipatorischem Anspruch sind trotz ihres Widerstandes gegen bestehende Herrschaftsverhältnisse Teil unserer westlichen, kapitalistischen, rassistischen und patriarchalen Gesellschaft mit ihren ökonomischen und sozialen Zwängen. Welche Schwierigkeiten und Ambivalenzen tun sich in diesem Kontext auf?

Von 6. bis 8. März 2020 fand in Wien ein umkämpftes, aktivistisches Wochenende statt: Freitag, Samstag und Sonntag wurde demonstriert gegen das Aussetzen des Rechtes auf Asyl an der türkisch-griechischen Grenze, gegen Rassismus und Krieg, gegen rechtsextreme ‚Identitäre‘ und deren Forderungen nach einer weiteren Verschärfung des europäischen Grenzregimes, sowie zum feministischen Kampftag aufgerufen, in dessen Rahmen auf die fortwährende patriarchale Unterdrückung und die Gewalt gegen FLINT*-Personen aufmerksam gemacht wurde. So positiv es war, an diesem Wochenende gemeinsam mit Freund_innen und Genoss_innen viel öffentlichen Raum einzunehmen: Erholsame Tage auf der Couch sehen anders aus!

chischen Grenze, gegen Rassismus und Krieg, gegen rechtsextreme ‚Identitäre‘ und deren Forderungen nach einer weiteren Verschärfung des europäischen Grenzregimes, sowie zum feministischen Kampftag aufgerufen, in dessen Rahmen auf die fortwährende patriarchale Unterdrückung und die Gewalt gegen FLINT*-Personen aufmerksam gemacht wurde. So positiv es war, an diesem Wochenende gemeinsam mit Freund_innen und Genoss_innen viel öffentlichen Raum einzunehmen: Erholsame Tage auf der Couch sehen anders aus!

Mit aktivistischem Leistungsdruck gegen kapitalistischen Leistungsdruck?

Während von rechts Sprüche wie „Geht endlich arbeiten, statt zu demonstrieren“ zu hören sind oder Verschwörungstheorien über Berufsdemonstrant_innen verbreitet werden, versuchen viele Aktivist_innen, in ihrem Leben zwischen Studium und/oder Lohnarbeit, Plena, Podiumsdiskussionen, Planung und Organisation die Kurve zu bekommen. Burnout, massive Überforderungen, Dauer-Stress und Schlafmangel sind in aktivistischen Kreisen ebenso verbreitet wie in anderen Teilen der Gesellschaft.

Das liegt einerseits daran, dass Aktivist_innen nicht nur demonstrieren und diskutieren, sondern auch essen und wohnen müssen. Andererseits tragen auch Politgruppen selbst dazu bei, Leistungsnormen, gegen die sie doch ankämpfen, zu reproduzieren. Diese äußern sich etwa darin, wenn Personen, die nicht zu jedem Plenum kommen (können), schräg angesehen werden. Es äußert sich, wenn spätabends noch volle Motivation und Aufmerksamkeit erwartet werden, oder Versuche, Prozesse effizienter zu gestalten, auf Kosten eines freundschaftlichen Austausches und solidarischen Miteinanders gehen.

Wettbewerbslogik und Selbstoptimierung sind fundamentale Stützen unserer Gesellschaft. Diese neoliberale Selbstausbeutung setzt sich teilweise auch im Aktivismus fort. Politgruppen und Organisationen werden wie Unternehmen geführt und das aktivistische Selbst wird dabei eingebettet in ein „unternehmerisches Selbst“¹, das sich im Kontext des Neoliberalismus herausgebildet hat. Den eigenen theoretischen Ansprüchen nicht zu genügen und das Gefühl, keine Veränderungen zu bewirken, kann dabei zu großem Frust führen.

¹ | Das „unternehmerische Selbst“ ist nach Ulrich Bröckling (2013) eine sich im Neoliberalismus herausgebildet habende Subjektivierungsform des Selbstregierens im Sinne der Gouvernementalität nach Michel Foucault zur Herausbildung einer optimierten und effizienten Marke „Ich“. Bröckling, Ulrich. Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform. Suhrkamp Verlag, 2013.

„Wettbewerbslogik und Selbstoptimierung sind fundamentale Stützen unserer Gesellschaft. Diese neoliberale Selbstausbeutung setzt sich teilweise auch im Aktivismus fort.“

Zwischen eigener/fremder Betroffenheit und eigenen/fremden Privilegien

Aktivistische Gruppen werden von innen und außen immer wieder für ihre Homogenität oder für ihre Zusammensetzung aus weißen Mittelschichts-Studierenden kritisiert. Dies kann viele Gründe haben. Neben den oft nicht niederschweligen Sprech- und Verhaltensweisen und dem Szenesprech linker Student_innen und Aktivist_innen sind es meist gerade betroffene Personen, die bereits in ihrem Alltag gegen repressive Strukturen, rassistische Schikanen oder ökonomische Marginalisierung ankämpfen müssen.

Während ein Großteil von uns mit einer kleinen Verwaltungsstrafe davonkommt oder gar hoffen kann, dieser durch Identitätsverweigerung zu entgehen, müssen andere damit rechnen, wegen einer Ordnungswidrigkeit abgeschoßen zu werden.

Die unterschiedliche Betroffenheit von Repression produziert Ausschlüsse und auch die Radikalität von Forderungen kann ein Zeichen gelebter Privilegien sein und sollte nachdenklich machen. Natürlich wollen wir den radikalen Umsturz aller rassistischen, patriarchalen, kapitalistischen und anderen herrschaftsförmigen Verhältnisse – und das am liebsten vorgestern. Diese langfristigen, System-umfassenden Forderungen entsprechen jedoch oft nicht den aktuellen Bedürfnissen und Lebensrealitäten unterdrückter Gruppen. Hier können scheinbar kleine politische Maßnahmen oder juristische Anpassungen, die als reformistisch kritisiert werden, lebensrettend sein. Andererseits sind es oft gerade diese Gruppen, die auf radikale Protestformen angewiesen sind, um überhaupt Gehör zu finden.

Aktivismus kann sinngebend sein, aber auch eine enorme psychische Belastung darstellen

Repressive staatliche Institutionen haben durchaus Interesse an der Vereinzelung und psychischen Belastung von Aktivist_innen. Erfahrungen von Polizei- und struktureller Gewalt können zu Traumata und posttraumatischen Belastungsstörungen, zu Gefühlen der Ohnmacht und Resignation führen. Emotionale Belastungen während und nach Aktionen benötigen daher solidarische Räume des Austausch und auch die Möglichkeit, sich für eine Weile zurückzuziehen. Aber auch Buzzwords wie ‚Self Care‘ und ‚Nachhaltiger Aktivismus‘ müssen reflektiert werden. Für viele Personen ist es einfach, eine Weile von den wöchentlichen Treffen der Politgruppe Abstand zu nehmen.

Person, die von den Strukturen, die sie bekämpfen, direkt betroffen sind, haben es schwerer. Unser Ziel kann nicht sein, der_die ausgeglichenste_r Aktivist_in auf Erden zu sein. Selbstreflexion und gegenseitige Unterstützung müssen Teil unseres Aktivismus werden, sie können Kämpfe und konkrete politische Aktionen für einen gesellschaftlichen Wandel jedoch nicht an sich ersetzen.

„Repressive staatliche Institutionen haben durchaus Interesse an der Vereinzelung und psychischen Belastung von Aktivist_innen.“

Gretchenfrage: Wie steht's um die Solidarität innerhalb der Linken?

Politischer Aktivismus ist angesichts der vielfältigen gesellschaftlichen Krisen und multiplen ‚Brandherde‘ dringend notwendig. Ökonomische Zwänge, gesellschaftliche und gruppenbezogene Erwartungen und staatliche Repression haben Auswirkungen auf die Psyche von Aktivist_innen sowie die Solidarität und die Gemeinschaft untereinander. Wir sollten mehr darüber nachdenken und uns austauschen, wie wir diesen Tendenzen entgegenwirken wollen. Wir müssen unterstützende Strukturen schaffen, in denen wir unsere Bedürfnisse äußern und unsere Grenzen

aufzeigen können.

Auch im linken Aktivismus sind es oft dieselben, meist weiblich sozialisierten Personen, die emotionale Sorgearbeit leisten. Auf der Demo zum feministischen Kampftag am 8. März wurden Kinderbetreuung und Küche teilweise von cis-Männern übernommen. Das ist schön, bleibt aber leider eine Ausnahme. Und doch gibt es bereits viele aktivistische Personen und Gruppen, die sich die Unterstützung von anderen Aktivist_innen zur Aufgabe gemacht haben und dabei oft unsichtbar sind. Das reicht von vorbereitender Unterstützung beispielsweise im Rahmen von Workshops und Aktionstrainings bis zu Personen, die während Demonstrationen und Aktionen telefonisch Rechtshilfe bieten. Andere kümmern sich um die Nachbereitung und vermitteln juristische Beratung. Während manche in großen Mengen kochen, warten andere stundenlang vor dem PAZ (Polizeianhaltezentrum) und leisten emotionalen Support. Obwohl sie meist im Hintergrund agieren, sind sie es, die Aktivismus erst ermöglichen.

EINIGE MEINER BESTEN FREUND*INNEN SIND AUS DER MITTELSCHICHT

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit dem Thema Klassismus und den Klassismus-Erfahrungen einer im linksradikalen und (queer-)feministischen Umfeld aktiven Person.

Was bedeutet eigentlich Klassismus? „Klassismus beschreibt die unterschiedliche Behandlung von Menschen basierend auf sozialer Klassenzugehörigkeit oder zugeschriebener Klassenzugehörigkeit. Klassismus ist die systematische Unterdrückung der untergeordneten sozialen Klassen, um den dominanten sozialen Klassen einen Vorteil zu verschaffen und diese zu stärken. Es ist die systematische Zuschreibung von Wert und Fähigkeit basierend auf sozialer Klassenzugehörigkeit.“¹ Bei diesem Klassenbegriff geht es nicht nur um die „ökonomische Stellung im Produktionsprozess, sondern immer auch um die Aberkennungsprozesse auf kultureller, institutioneller, politischer und individueller Ebene“². Demnach ergibt sich die Betroffenheit von Klassismus nicht nur dadurch, ob die Person Produktionsmittel besitzt oder ihre Arbeitskraft als Lohnabhängige*r verkaufen muss, sondern auch dadurch, welcher Platz ihr in der gesellschaftlichen Hierarchie zugeordnet wird. Diese Zuordnung basiert beispielsweise auf folgenden Eigenschaften: ökonomischer Status, Bildungsabschluss, dem Job, den eine Person ausübt, der

Kleidung, die sie trägt, wie sie spricht etc.³ Des Weiteren geht es bei Klassismus um die Abwertung von „Leben und Kulturen von Arbeitern, Arbeitslosen und Armen“⁴.

Und was machen deine Eltern?

„Ich glaube nicht, dass es eine gute Entwicklung ist, wenn immer weniger Menschen in der Früh aufstehen, um zu arbeiten und in immer mehr Familien nur mehr die Kinder in der Früh aufstehen, um zur Schule zu gehen.“⁵ Ich kann mich daran erinnern, dass es die meiste Zeit meiner Kindheit und Jugend eigentlich genau so war, dass nur wir Kinder in der Früh aufgestanden sind, um in die Schule zu gehen, meine Mutter war nämlich (langzeit-)arbeitslos. Diese Aussage von Bundeskanzler Sebastian Kurz vom Januar 2019 – eine Reaktion auf die Weigerung der Stadt Wien, die vom Bund geforderte Verschärfung der Mindestsicherung umzusetzen – zielte nur darauf ab, Verachtung gegenüber Mindestsicherungsbezieher*innen, also geringverdienenden, arbeitslosen und zum Teil auch kranken Personen, zum Ausdruck zu bringen. Hätte Kurz das vor 15 oder 20 Jahren gesagt, wäre auch meine Familie, ein erwerbsloser, nicht-akademischer, weißer, österreichischer Alleinerzieher*innen-Haushalt, mitgemeint gewesen.

1 | What Is Classism, URL: bit.ly/333zZWF (abgerufen 21.03.2020).

2 | Kemper, Andreas & Weinbach, Heike: Klassismus. Eine Einführung. Unrast. Münster 2016.

3 | Kemper & Weinbach: Klassismus, 16.

4 | Kemper & Weinbach: Klassismus, 17.

5 | Heftige Wien-Kritik von Kurz, URL: bit.ly/2TzZlrg (abgerufen 21.03.2020).



Foto: Mo Blau

Mittlerweile gehe ich oft als Mittelschichtkind durch und ernte Erstaunen, wenn ich (selten aber doch) von dem Beruf meiner Mutter als Altenpflegerin erzähle, einem physisch und psychisch beschwerlichen Job, den eigentlich fast keine*r freiwillig machen will. Das als möglichst bürgerlich Durchgehen habe ich mir spätestens dann versucht anzutrainieren, als eine Lehrerin in meinem Gymnasium nach dem Job der Eltern gefragt hat, um zu entscheiden, welchem Kind sie den Flyer für das Forschungs-Sommercamp aushändigt.

„Das als möglichst bürgerlich Durchgehen habe ich mir spätestens dann versucht anzutrainieren, als eine Lehrerin in meinem Gymnasium nach dem Job der Eltern gefragt hat.“

Auch wenn ich heute nicht mehr an das neoliberale Märchen von der selbstverschuldeten sozialen und ökonomischen Not glaube, kann ich mich bis heute nicht vollständig von der Scham befreien, aus einem ‚Versager‘-Haushalt zu kommen, wie Arbeitslose bei uns zu Hause bezeichnet wurden. Anders als bei sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität (wenn überhaupt!) wird über die sozialen Verhältnisse, die soziale Schicht, aus der wir kommen, kaum gesprochen, schon gar nicht, wenn das die unteren Schichten sind. Es gibt kein Selbstfeiern, keine coole Inszenierung, keine Pride. Als Arbeiter*innenkind habe ich mich nie gesehen, weil niemand arbeiten gegangen ist, bis ich ausgezogen bin.

Du bist immer so aggressiv

In den letzten Jahren habe ich die Erfahrung gemacht, dass, obwohl in bürgerlichen-linken Gruppen sowie in linksradikalen Kreisen viel über den Begriff Klasse geredet und die ungleiche Verteilung von Kapital und Macht problematisiert wird, es kaum ein Bewusstsein über (Anti-)Klassismus gibt. Das gilt auch für die (queer-)feministische Szene: Es wird zwar über Klassismus schon eher gesprochen, meistens aber doch nur als Teil einer Aufzählung anstatt einer ernsthaften Auseinandersetzung. (Bildungs-)bürgerliche Wertvorstellungen, Verhaltens- und Sprachnormen werden in den Plena zur Norm erklärt. Fluchen, zu lautes und emotionales, aggressives Sprechen und Schreiben wird als No-Go bewertet. Das Vorurteil des zu lauten, aggressiven Proleten, der eigentlich nichts Wichtiges zu sagen hat, ist auch bei den Linken und Feminist*innen noch immer fest in den Köpfen verankert. Die gleichen Vorurteile beschreibt Edouard Louis in seinem Buch *Das Ende von Eddy* und ich bekam sie bereits selbst zu spüren.⁶ Die Tatsache, dass Demo-Ankündigungen eher nach einem Uni-Paper klingen, macht zusätzlich deutlich, dass es wichtiger ist, wie etwas gesagt wird, als was gesagt wird: Rationales, distanzierendes und mit akademischen Begriffen geladenes Debattieren über politische Themen, die Fokussierung auf

wissenschaftliche Theorien und der Lesekreis als beliebte Aktivismusform stellen weitverbreitete Eigenschaften linksradikaler und (queer-)feministischer Gruppen dar, aber eben auch Charakteristika der (bildungsbürgerlichen) Mittelschicht. Erwerbslose, die um ihre Mindestpension zittern müssen, fühlen sich in (berechtigten) Debatten zur Abschaffung von Lohnarbeit fehl am Platz. Traditionelle Kleidung der Unterschicht in Form eines schwarzen Trainingsanzugs dient nur zur zeitlich begrenzten Inszenierung und wird für das nächste Familienfest schnell wieder abgestreift. Mit ein Grund für die Dominanz der Mittelschicht und ihrer Kultur ist auch die hohe personelle Überschneidung zwischen linksradikaler und (queer-)feministischer Szene und universitären Strukturen.

Ein hingeretztes OIDA! reicht nicht

Da dem Klassismusbegriff der ökonomische Klassenbegriff als Ausgangspunkt dient, ist Antiklassismus auch immer eine Kritik am kapitalistischen System, dem „die Herausbildung von ökonomischer Differenz verschiedener sozialer Gruppen inhärent“⁷ ist. Dennoch sollte eine solidarische (mittelschichts-dominierte) Linksradikale nicht den Fehler machen, die eigene politische Vormachtstellung zu übersehen. Auch wenn die (gebildete) Mittelschicht ihre Arbeitskraft verkaufen muss und von der besitzenden Klasse ausgebeutet wird, die Unterdrückung der unteren sozialen Schichten ist viel weitreichender. Nicht umsonst kann es sich die lohnabhängige Mittelschicht leisten, die Arbeiter*innenschicht für sich arbeiten zu lassen und gleichfalls auszubeuten, was beispielsweise in Form von Reinigungskräften, Pfleger*innen oder AuPairs der Fall ist. Arbeiter*innenbefreiung kann ohne Arbeiter*innen nicht stattfinden und dafür ist es auch notwendig, die links(-radikalen) und (queer-)feministischen Kämpfe von bürgerlichen Normen zu befreien und Personen aus der Unterschicht das nötige Mitspracherecht und Sichtbarkeit zu gewähren.

6 | Louis, Edouard: *Das Ende von Eddy*. Fischer. Frankfurt am Main 2016.

7 | Friedrich, Sebastian: Antiklassistische Perspektiven, in: *Überscheidungen von Unterdrückungen* (10/2011), URL: bit.ly/39N1F4V (abgerufen 21.03.2020).

VON OHNMACHT & ALLMACHT

Im akademischen politischen Diskurs hat die Praxis keinen guten Stand. Unsere Autor:in versucht die Gründe hierfür nachzuzeichnen, um das verstoßene Kind im Anschluss teilweise zu rehabilitieren.

Thomas hebt den Kopf ein bisschen höher, dreht sich zu seiner Kollegin Sabine und öffnet den Mund. Es ist Dienstag, 11:30, Freier Themenschwerpunkt II: Soziologie und die ökologische Frage und Sabine hat gerade ihre Sympathie für die freitäglichen Klimademos kundgetan. Er holt tief Luft, der Thomas, der in diesem Moment die ganze Macht der Aufklärung hinter sich weiß, dann legt er los. Von der Theorielosigkeit der Klimabewegung, der gedankenlosen Handlung aus Ohnmacht, die sich zum blinden Motor der Herrschaft macht, Roger Hallam (natürlich: Antisemit!), von jugendlicher Ungeduld und dem wirklichen Willen zur Veränderung, der im Innehalten, dem Theoretisieren, der „Flaschenpost, wie Adorno das nannte“ besteht. Mit der Nennung des Namens hat er sich selbst ein rotes Tuch hervorgezaubert, alles kommt jetzt hervor: Verstellte Praxis, die Unmöglichkeit der Utopie und dass jeder Gedanke an sie von der kapitalistischen Totalität sofort in ein Einfallstor der Regression, letztendlich von Barbarei, Genozid und Primitivismus gedreht werde. Als er nach plusminus acht Minuten schon etwas schwer atmend zum Ende kommt, starrt Sabine ihn mit offenen und getroffenen Augen an und erst jetzt fällt Thomas auf, dass er sie „Barbarin“ genannt haben könnte, ohne es jedoch so zu meinen – die Aufklärung in ihrem Lauf hält weder Thomas noch Sabine auf.

„Gerade in den gnadenlosen Verhältnissen des Globalisierungskapitalismus haben sich Ökonomie und Staat zu so weitreichenden Ebenen menschlichen Lebens ausgedehnt, dass sie längst die meisten Felder des gesellschaftlichen Lebens vereinnahmen und formen.“

Menschen wie Thomas sind in der linksradikal-akademischen Blase kein Einzelfall. Im universitären Alltag gehören sie eher ins Inventar des gut sortierten sozialwissenschaftlichen Seminars. Manche tragen ihren *manbun* mit demselben Stolz, mit dem andere ihre Fred-Perry-Polos oder New-Balance-Sneaker tragen; sie kennen die Texte aus dem Seminarreader bereits oder haben zumindest mal eine Kritik an einem der Autoren gelesen, mit der sie ausführlich begründen können, warum sie ihn nicht gelesen haben. Sie sind, bei aller Belesenheit, manchmal schwer von Begriff, wenn es darum geht, spontan, empathisch oder flexibel zu denken, machen das aber mit einem minutiösen Hegelwissen wieder wett.

Und so wissen sie auch mit Adorno, dass „sich an Aktionen [klammern nur] um der Unmöglichkeit der Aktion willen“¹ passiert, wie dieser in Resignation schreibt. Und haben damit freilich auch nicht völlig unrecht. Gerade in den gnadenlosen Verhältnissen des Globalisierungskapitalismus haben sich Öko-

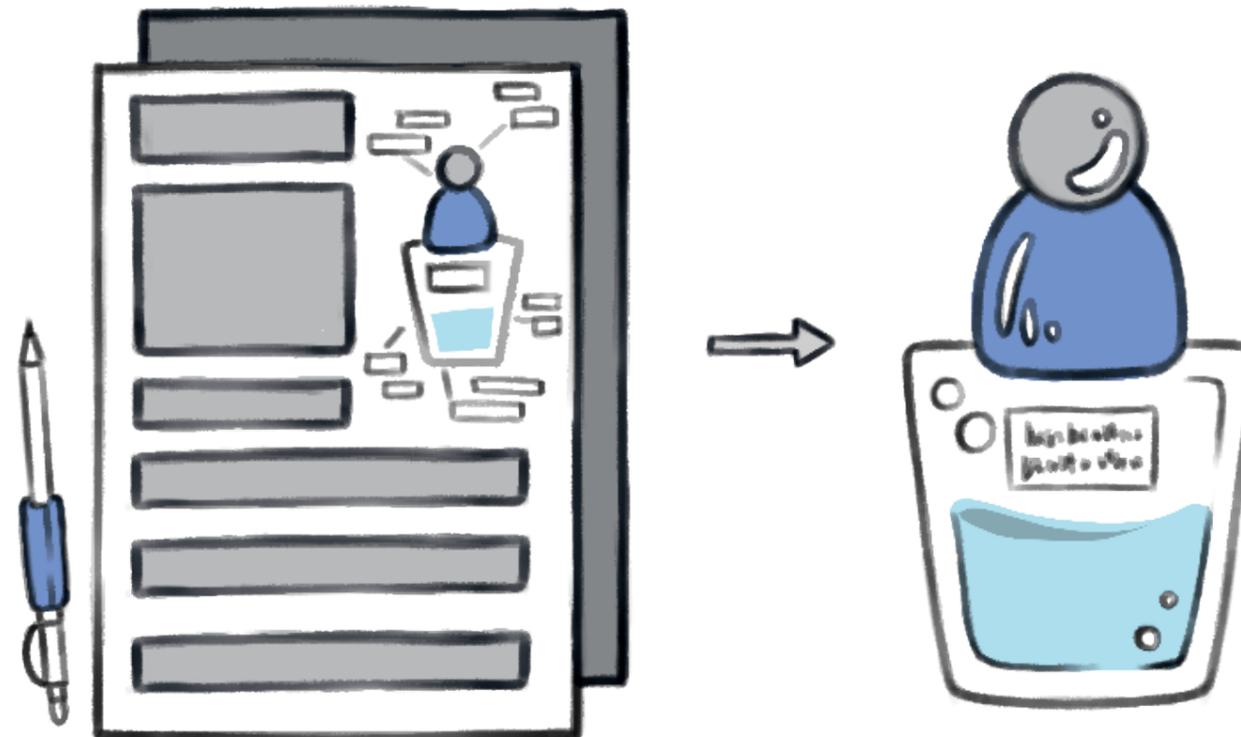
nomie und Staat zu so weitreichenden Ebenen menschlichen Lebens ausgedehnt, dass sie längst die meisten Felder des gesellschaftlichen Lebens vereinnahmen und formen. Diese Totalität, wie es adornitisch schön genannt wird, sei, so Thomas, so vollkommen, dass eine Praxis im marxischen Sinne, eine auf Veränderung der Welt zielende Tätigkeit, verstellt sei. Was bleibe, sei die Art von Praxis, die nur mehr Ausdruck der eigenen Ohnmacht, ein blindes Fuchteln, das nur mehr Triebabfuhr, nicht der tätige Ausdruck radikaler Gesellschaftskritik sei. Wer sich in der Linken bewegt, muss vermutlich nicht lange überlegen, um entsprechende Beispiele zu finden.

Kritischer wird es da, wo Adorno und seine Jünger versuchen, dies aufzulösen. Denn der Totalität gewachsen sei einzig der „kompromisslos kritisch Denkende“, dieses mystisch-unnahbare Wesen, das sich dem hegelschen absoluten Gedanken so nah genähert hat, dass es selbst langsam beginnt, die eigene Stofflichkeit zu verlieren. Hier lässt sich unberührt von der Totalität der Widerstand im Gedanken gegen sie organisieren und ist damit die letzte verbleibende Warte, von der aus sich gegen das falsche Ganze vorgehen lässt, ohne selbst ein Teil irgendwelcher verkommener Vollkommenheiten zu werden. Aus dem so generierten kritischen Wissen sollen Geisteshaltungen und Möglichkeiten entstehen, die dann, in einer vagen Zukunft, zu Möglichkeiten eventueller, noch zukünftiger Freiheit werden sollen.

Hier ließe sich jetzt breit diskutieren, in welche Richtung Adorno den von Marx auf die Füße gestellten Hegel gedreht hat, wer sich wo gerade im Grab herumdreht – lassen wir es sein. Eine philosophiegeschichtliche Betrachtung mit streng geführter Diskussion am Begriff ist genau, was das absolute Denken verlangt, wird aber letztlich in dieselben Blindstellen und Irrwege laufen, die dieser Position im Kern immanent sind und um die es im Folgenden gehen soll.

Da wäre zunächst zu nennen eine Negation von Ambivalenz. Einerseits in der Idee des absoluten Denkens, die den Gedanken zu einem entkörperlichten Phänomen der Vernunft macht, dessen widerständige Potenz gerade darin liegt, dass es nicht behaftet ist mit allzu weltlichen Problemen. Kulturelle Prägung im Sinne einer Sozialisierung und einer Habitualisierung, die knorrige Verwobenheit des Affekts, der gleichzeitig etwas und das Gegenteil davon wollen kann sowie tut. Die radikal-dogmatische Katholikin in mir möchte hier zustimmen, womit wir aber auch schon bei des Pudels Kern wären: Eine Entfleischlichung des Menschen, der Körper als Beiwerk und halt notwendiges Vehikel einer Geisteswelt, die erst das wahrhaft Menschliche sei, ist nichts weiter als ein Ideologem, das sich so durch verschiedene Stationen der christlich beeinflussten Welt (und nicht nur in dieser, aber das ein andermal) zieht.

Hieran ist auch etwas anderes zu sehen – die Verzahnung dieser Art praxisfernen Denkens mit der männlichen Vergeschlechtlichung. Denn das Denken der reklamierten reinen Kritik steht hier für all das, was lange vor der Aufklärung schon mit dem



Phallusmenschen assoziiert wurde, all die Eindeutigkeit, die Entschiedenheit, die Handlungsmacht (im Stande der Ohnmacht). Kein Wunder, dass im Kontrast die Praxis schmutzig erscheinen muss. Sie ist geladen mit den negativen Projektionen, die das männliche Subjekt in ein als weiblich konstruiertes Äußeres liest: Körper, Affekt, Uneindeutigkeit, Unsauberkeit, Ohnmacht (die als vermeintliche Handlungsmacht sublimiert wird). Und nicht zuletzt Abhängigkeit – der kritische Gedanke mag alleine nachts am Schreibtisch entstehen, die Praxis, sei es Demo, solidarische Nachbar:innenschaftsarbeit oder der Kampf gegen die Unterdrückenden, ist an die Gruppe und deren Dynamik gebunden. So repräsentiert die Praxis, als konkreter Akt der Selbstveräußerung in die Welt und die Gruppe, eine Möglichkeit der Verwundung, die die männliche Sozialisation von sich zu weisen sucht.

„Nicht zuletzt eröffnet der Begriff der Organisation ein Denken und Handeln in Beziehungen, das die eigene Positioniertheit in der Welt, sei es subjektiv oder als Gruppe, ganz selbstverständlich zum Teil der eigenen Auseinandersetzung macht, ohne diese, wie es im Aktionismus geschieht, wiederum zum entscheidenden Faktum zu verabsolutieren.“

Natürlich soll all das hier kein Aufruf zum blinden Aktionismus sein. Dies hier lesen zu wollen hieße wiederum, von einem ambivalenten Verhältnis zu fordern, es möge ohne Widerspruch aufgelöst werden. Stattdessen soll eine Auflösung hier vermittelt eines dritten Begriffs passieren, der zumindest in den an der Universität geführten Debatten um Theorie und Praxis häufig zu fehlen scheint: die Organisation. Zugegeben: Neu ist an diesem mit Sicherheit nichts, eher gehört er zu den Basisbegriffen radikal linker Zusammenhänge seit über 100 Jahren. Aber der

Fokus, den die Organisation setzt, schafft es, die starre Frontalstellung, die Theorie und Praxis im aktuellen politischen Geschehen gegeneinander einnehmen, in Richtung einer gemeinsamen Aufhebung der verwalteten Welt aufzulösen. Ist die Organisation das Maß unserer politischen Arbeit, so misst sich Praxis nicht alleine an den affektiven Effekten, die sie auf die Teilhabenden hat, noch alleine an der Wirkung und deren Ausbleiben im Rest der Welt. Und Theorie wird kein Serum zur Erlösung der Welt, sondern ein Werkzeug zur kritischen Aneignung der Welt, zur Durchdringung des Schleiers der Ideologie, gerade um die Räume und Orte zu finden, an denen der Grad der Organisation durch die Praxis gesteigert werden kann. Nicht zuletzt eröffnet der Begriff der Organisation ein Denken und Handeln in Beziehungen, das die eigene Positioniertheit in der Welt, sei es subjektiv oder als Gruppe, ganz selbstverständlich zum Teil der eigenen Auseinandersetzung macht, ohne diese, wie es im Aktionismus geschieht, wiederum zum entscheidenden Faktum zu verabsolutieren. Denn dieses bleibt, komme was wolle, die Veränderung der Welt hin zu ihrer Befreiung.

Babsi Ordinaireteur 

SCHWARZ, PINK, SILVER UND TUTE BIANCHE

Eine feministische Farbenlehre linksradikaler Organisation & Aktion

Autonome Protestformen sehen sich oft mit dem Vorwurf konfrontiert, männliche Stereotypen zu reproduzieren. Doch die Kritik hat ihre Fallstricke. Eine Einordnung.

Über viele Jahre hinweg war der *Black Bloc* das beliebteste Auftreten der radikalen Linken. Diese Aktionsform ist optisch vor allem daran erkennbar, dass alle Teilnehmenden komplett in schwarz gekleidet sind und zumeist auch ihre Gesichtszüge mit Schals, Kapuzen oder Sturmhauben verdecken. Zudem bewegen sich die Aktivist_innen in der Regel in fixen Reihen, die von Spruchbändern, seltener auch Seilen oder in Reihe gehaltenen Fahnenstangen umgeben sind. Diese Optik prägt bis heute das mediale Bild ‚der Autonomen‘. Grund für dieses Auftreten ist ursprünglich aber keinesfalls die auffällige martialische Ästhetik, sondern schlichter Selbstschutz. Zum einen gegen Angriffe etwa von Neonazis auf die Demonstration, aber auch gegen ein polizeiliches Eindringen in die Demonstration.

Wenngleich die Wehrhaftigkeit dieses Auftretens auch weiterhin ein wichtiger Faktor ist, so spielen doch strategische Erwägungen über die Wirkungen dieses Ausdrucks zunehmend eine Rolle. Das hängt nicht zuletzt mit dem Bedrohungsszenario zusammen, das durch entsprechende mediale Darstellung mittlerweile mit dem *Black Bloc* verbunden wird. So garantiert alleine schon die Ankündigung, dass eine Demonstration als Schwarzer Block organisiert wird, mediale Aufmerksamkeit – selbst in Österreich, wo autonome Protestformen vergleichsweise wenig militante Geschichte aufzuweisen haben.

Von Zerrbildern und Stereotypen

Das Bild des ‚Autonomen‘, das durch Medien und Polizei gezeichnet und mit dem auch durchaus bewusst gespielt wird, ist ein durchwegs Männliches – ganz im Gegensatz zur tatsächlichen Zusammensetzung der Autonomen generell und der Aktionsform ‚Schwarzer Block‘ im Speziellen. Doch Straßenmilitanz wird in unserer Gesellschaft grundsätzlich eher Männern zugeschrieben und zugetraut. Die Ästhetik des *Black Bloc*, die Identität und Geschlecht der Aktivist_innen gerade nicht zeigt, wird hier zur Projektionsfläche für männliche Stereotype. In unserer patriarchalen Gesellschaft scheint es nach wie vor vielen undenkbar, dass Frauen ihren politischen Protest auf diese Art äußern, dass sich unter einer Sturmhaube kein (Cis-)Mann verbergen muss. So falsch die Zuschreibungen an den Schwarzen Blocks sind, so wenig ist gleichzeitig abzustreiten, dass sich auch in diesem Kontext Geschlechterverhältnisse real auswirken. Auch in autonomen Zusammenhängen sind Frauen mit Formen von Sexismus und Diskriminierung konfrontiert, mussten und müssen um Repräsentation und Anerkennung kämpfen. Eine Kritik an diesen ist aus feministischer Sicht unerlässlich. Vorsicht ist jedoch geboten, wenn die Kritik an Geschlechterverhältnissen zu einer Affirmation ebendieser führt, indem die Deutung von Aktionsformen als ‚männlich‘ übernommen und statt ihrer pa-



triarchalen Aufladung die Aktionsform selbst zum Gegenstand der Kritik wird. Denn dies würde beteiligte Frauen erst recht unsichtbar machen.

Schwarz zu Pink

Die Diversifizierung autonomer Straßenpräsenz, die sich parallel zur feministischen Kritik entwickelte, hatte zu großen Teilen strategische Gründe. In den späten 1990ern wurden die Grenzen des *Black Bloc* immer deutlicher sichtbar. So eignet er sich etwa kaum zur Einbindung weiterer Demonstrant_innen in die Aktion. Außerdem nahm die Repression durch das mediale Drohbild des militanten, gefährlichen Schwarz-Vermummten zu: Die Polizei legte einen Fokus auf schwarz gekleidete Personen sowie auf Demoblöcke mit diesem Auftreten. Kontrollen nahmen zu, Vermummung wurde auf Demonstrationen schließlich gänzlich verboten, der Handlungsspielraum wurde zusehends kleiner. In weiterer Folge wurde diese strategische Erwägung dann entweder durch eine feministische Kritik am Schwarzen Block ergänzt oder zu dieser umgedeutet. Es entwickelten sich andere Protestformen, die bewusst mit der Ästhetik des ‚Schwarzen Blocks‘ brachen. Etwa *tute bianche*, ein durchaus wehrhaftes Konzept aus operaistischer Tradition, bei dem die Beteiligten in weißen Anzügen auftreten. Wie beim Schwarzen Block spielen Selbstschutz und Militanz hier eine zentrale Rolle. Aus der postmodernen Strömung, aus den Queer Theorien des englischsprachigen Raums kam schließlich die Idee der ‚pink & silver‘-Demoblöcke. Hier wurde ein bewusster Fokus auf geschlechterpolitische Fragen gelegt. So wird auf Ästhetik und Aktionsmuster, die als männlich gelesen werden, verzichtet. Auch das martialische Auftreten in Reihen sowie die meisten Elemente des Selbstschutzes werden für dieses Konzept aufgegeben. Die Idee dabei ist, Militanz mit als harmlos, karnevalesk oder niedlich geltenden Symbolen neu zu besetzen und dadurch ein weniger männlich besetztes Bild autonomer Militanz zu generieren. Gleichzeitig soll damit die Repressionsanfälligkeit reduziert werden, da Aktivist_innen dergestalt weniger Drohpotential zugeschrieben wird.

Illustration: Anna Pötterl

Getrennt, geeint, gemeinsam

Das Verhältnis dieser Aktionsformen zum ‚Schwarzen Block‘ ist in der Theorie ein solidarisches, in der Praxis jedoch von wechselseitigen Vorbehalten belastet. Man kann es am ehesten als grundsätzlich solidarisches Spannungsverhältnis fassen. Denn während sich strategische Ziele, Ideen und zum Teil auch die Aktionslevels decken oder vielmehr miteinander harmonieren, so ist der Umgang mit geschlechterspezifischen Zuschreibungen an ‚Autonome‘ grundverschieden. Während Aktivist_innen, die den Schwarzen Block als Aktionsform vorziehen, betonen, dass dieses Auftreten die Zuordnung von Geschlechtern am konsequentesten verunmöglicht, argumentieren ‚pink & silver‘-Gruppen oft mit männlichen Zuschreibungen an den *Black Bloc*, mit denen sie aktiv brechen wollen. Zudem sehen sie in der Aktionsform männliche Ideale der Stärke und Heldenhaftigkeit verwirklicht sowie durch die direkte Konfrontation und die folglich wahrscheinliche polizeiliche Repression einen Hang zum Märtyrertum.

Diese Kritik empfinden Frauen, die sich am *Black Bloc* beteiligen, oft als unsolidarisch, da sie ihren Aktivismus dadurch negiert, jahrelange Bemühungen um Repräsentation und Sichtbarkeit als autonome Frauen verleugnet sehen. Zudem halten sie dem ‚pink & silver‘-Konzept entgegen, dass es die Zuschreibung an den *Black Bloc*, es handele sich dabei um eine männlich geprägte Aktionsform, noch verstärke und auf der anderen Seite Weiblichkeit mit der harmlosen, bunten und frivolen Ästhetik kopple, die dem Konzept ‚pink & silver‘ zu eigen ist. Verbreitet sind auch Vorwürfe mangelnder Ernsthaftigkeit, die im bunten, oft absichtlich skurrilen oder lasziven und gegen Angriffe ungeschützten Auftreten begründet liegen. Dieses wird als der Ernsthaftigkeit der Kritik ungenügend empfunden, wobei sich sicherlich auch zeigt, dass es auch in den Köpfen der radikalen Linken allzu feste Bilder davon gibt, wie ernsthafter Protest auszusehen hat. Insofern leisten derlei Konzepte einen wichtigen Betrag, linksradikale Praxis vor dem Erstarren in bewährten Mustern zu bewahren und die unerlässliche Reflexion anzustoßen.

Kritik in Solidarität

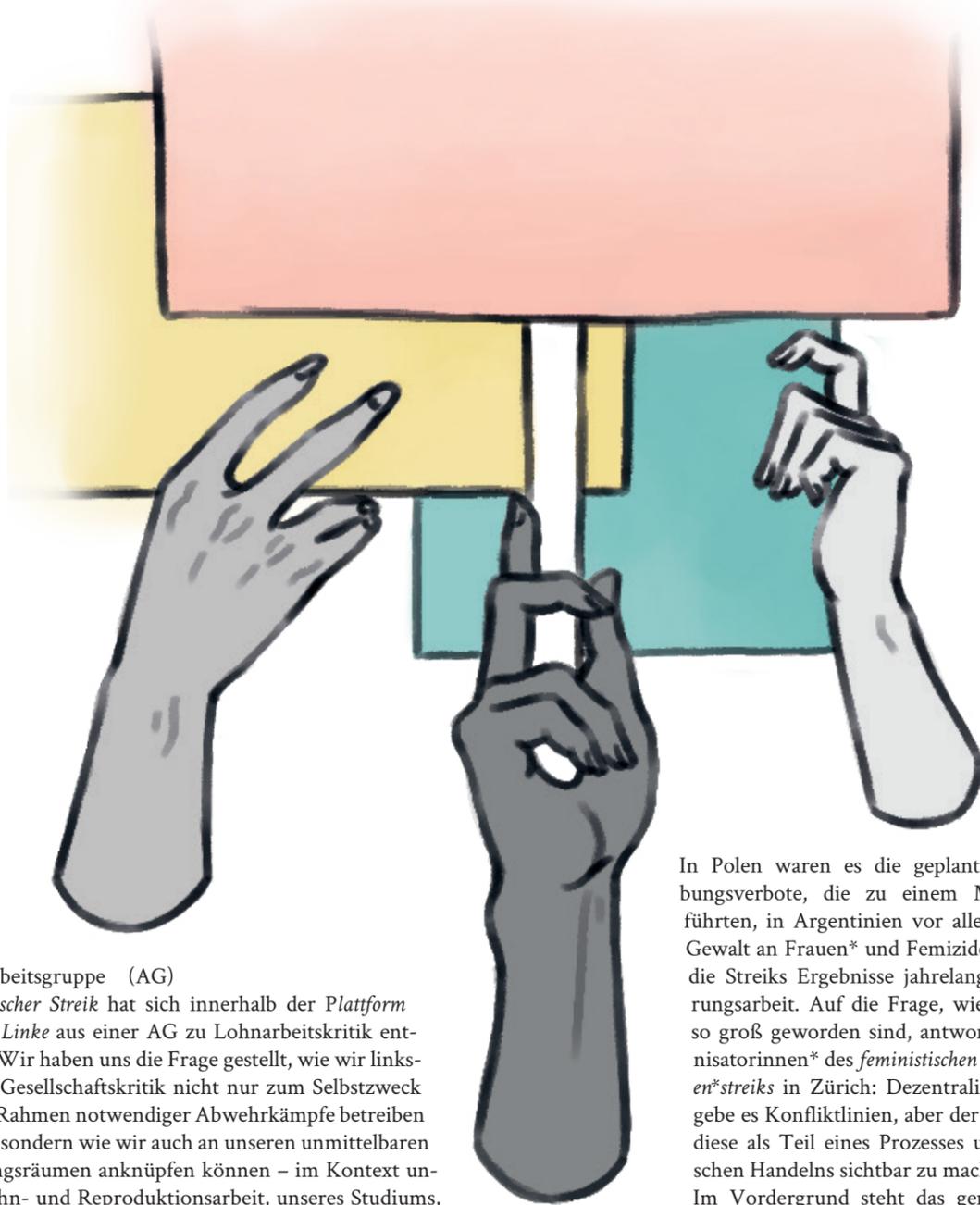
Eine ganzheitliche Kritik an Geschlechterverhältnissen in der radikalen Linken muss die Zuschreibungen an Aktionsformen als ‚männlich‘ oder ‚weiblich‘ an sich in den Fokus nehmen. Eine Diversität der Aktionsformen je nach strategischer Opportunität ist unerlässlich, Vorsicht ist jedoch immer da geboten, wo Risiken und Bereitschaft zur Militanz gegendert gedacht werden. Wer buntere Aktionsformen mit weniger Risiko schafft, damit Frauen sich auf Demonstrationen wohler fühlen, erliegt einem Fallstrick queerfeministischer Kritik. Denn diese funktioniert nur so lange als emanzipatorisches Konzept, wie sie Geschlechterverhältnisse und die Konstruktion von Geschlechtern und ihren Normen konsequent infrage stellt. Gleichzeitig sind ‚pink & silver‘-Konzepte eine wertvolle Ergänzung autonomer Demopraxis,

die oft unverdiente Ablehnung erfährt. Diese Aktionsform ist zum einen niederschwelliger und kann zum anderen durch die bewusste Irritation aufgrund des vermeintlich harmlosen und bunten Ausdrucks, der so gar nicht in das gesellschaftlich verankerte Bild der ‚gefährlichen Autonomen‘ passt, eine wesentliche strategische Rolle für Proteste spielen. Zentral ist für den Erfolg jedoch, dass die Aktionsformen zusammengedacht werden. Dass man sich nicht gegeneinander ausspielen lässt und im Zweifel die Solidarität stets über ihre unterschiedlichen Zugänge stellt. Denn nur, wenn man der bürgerlichen Strategie der Spaltung der Linken Solidarität entgegenstellt, können die gemeinsamen Ziele erreicht und Aktionen zum Erfolg werden.

Julia Spacil 

WENN WIR STREIKEN, STEHT DIE WELT STILL

Perspektiven eines feministischen Streiks in Wien



Die Arbeitsgruppe (AG)

Feministischer Streik hat sich innerhalb der Plattform *Radikale Linke* aus einer AG zu Lohnarbeitskritik entwickelt. Wir haben uns die Frage gestellt, wie wir linksradikale Gesellschaftskritik nicht nur zum Selbstzweck oder im Rahmen notwendiger Abwehrkämpfe betreiben können, sondern wie wir auch an unseren unmittelbaren Erfahrungsräumen anknüpfen können – im Kontext unserer Lohn- und Reproduktionsarbeit, unseres Studiums, unserer Nachbar_innenschaft, aber auch in Hinblick auf die Beziehungen, die wir zueinander haben und miteinander führen. Als gemischtgeschlechtliche Gruppe müssen wir zudem die Beteiligung und die Rolle von Cis-Männern in feministischen Kämpfen unumgänglich diskutieren.

Politische Perspektive

Die Bilder aus Spanien, Argentinien, Chile und der Schweiz oder von anderen Orten sind ergreifend: Eine Bewegung, deren Grundlage eine feministische Gesellschaftskritik ist, deren Forderungen sich aus unterschiedlichen Erfahrungen zusammensetzen und die trotzdem Millionen von Menschen gemeinsam auf die Straßen bringt.

In Polen waren es die geplanten Abtreibungsverbote, die zu einem Massenprotest führten, in Argentinien vor allem männliche Gewalt an Frauen* und Femizide. Jedoch sind die Streiks Ergebnisse jahrelanger Organisationsarbeit. Auf die Frage, wie die Proteste so groß geworden sind, antworten die Organisatorinnen* des *feministischen Streiks & Frauen*streiks* in Zürich: Dezentralität. Natürlich gebe es Konfliktlinien, aber der Anspruch sei, diese als Teil eines Prozesses und des politischen Handelns sichtbar zu machen.

Im Vordergrund steht das gemeinsame Betroffensein von Kapitalismus und Patriarchat, ohne jedoch partikuläre Interessenslagen und Subjektpositionen zu negieren oder gegeneinander auszuspielen. Wir nehmen uns den öffentlichen Raum für die Artikulation der Wut, die durch gemeinsame Erfahrungen entsteht, aber auch für Differenzen und Debatten, und wir verteidigen ihn solidarisch.

Radikale Gesellschaftskritik

Die Parole des feministischen Generalstreiks in Spanien lautet: „Wenn wir streiken, steht die Welt still!“ Der Kapitalismus kann nur dadurch aufrechterhalten werden, dass viele Stunden (unbezahlte) Reproduktions- und Care-Arbeit verrichtet werden, welche entsprechend einer patriarchalen Ordnung Frauen* zu-

gewiesen ist. Ihre Ausbeutung wird durch Sexismus legitimiert, der reproduktive Arbeit als natürliche Ressource erscheinen lässt und damit gleichzeitig abwertet.

Während traditionelle Streikbewegungen im Bereich der Lohnarbeit agieren, geht der feministische Streik weiter: Er trägt Verweigerung und Widerstand in den Bereich der – dem Kapitalismus inhärenten – Reproduktion. Er zielt jedoch nicht ausschließlich auf bessere Bedingungen in der (unbezahlten) Care-Arbeit ab, sondern hinterfragt die kapitalistische Gesellschaftsorganisation, die Trennung von Produktion und Reproduktion sowie die Abwertung letzterer grundlegend. So geht es um das Sichtbar-Machen und Aufwerten von Sorgearbeit, um das Gestalten einer Gesellschaft wider die konstruierte ‚Natürlichkeit‘ und somit auch um die Frage, wie wir unsere Beziehungen zueinander und unseren Alltag gestalten wollen.

„Der Kapitalismus kann nur dadurch aufrechterhalten werden, dass viele Stunden (unbezahlte) Reproduktions- und Care-Arbeit verrichtet werden, welche entsprechend einer patriarchalen Ordnung Frauen* zugewiesen ist.“

Der feministische Streik beinhaltet mehr als Kritik an der Position von FLINT*-Personen in kapitalistischen Verhältnissen. Neben der Bestreikung von (Lohn-)Arbeit richtet er sich als politischer Streik gegen männliche Gewalt, sexistische Zurichtungen und Abwertungen sowie gegen den Zugriff auf vergeschlechtlichte Körper durch den Staat. Die gemeinsame Klammer ermöglicht das Zusammenführen dieser Kämpfe.

Sichtbar wird dies auch in der *Vernetzung Fem*Streik, Frauen*Streik und FrauenStreik* in Wien, in der wir uns als AG seit Herbst 2019 organisieren. *Ni Una Menos* und Aktivistinnen aus Ungarn, die zu Femiziden arbeiten, Aktivist_innen aus den Lohnarbeitskämpfen im Sozialbereich und der 24-Stunden-Pflege, Feminist_innen an Universitäten und linksradikale Aktivist_innen riefen am 8. März zu einem gemeinsamen Streik auf. Während 24-Stunden-Pfleger_innen konkrete arbeits- und sozialrechtliche Maßnahmen fordern, richtet sich der Protest von z. B. *Ni Una Menos* gegen männliche Gewalt und Femizide.

Potentiale, Fragen und Verunsicherung

Feministischer Streik, F*Streik, Fem*Streik, Frauen-Streik oder Frauen*streik? Diese unterschiedlichen Bezeichnungen verweisen auf das komplizierte Verhältnis von Gesellschaftskritik und Akteur_innen im Rahmen der Organisation eines feministischen Streiks. Auch wir sehen uns bei dessen Umsetzung mit diversen Unsicherheiten konfrontiert.

Je marginalisierter eine Erfahrung ist, desto mehr kommt sie unter Druck, ihre Position einheitlich ins Feld zu führen. Das macht etwas mit der Art und Weise, wie wir Debatten führen. Für diese Diskussionen brauchen wir konkrete Räume, in denen wir unterschiedliche Erfahrungen anerkennen, um aus diesen

„Wir sehen die Arbeit zum feministischen Streik auch als Lernprozess und als Versuch, eine solidarische Position in einer globalen feministischen Bewegung zu finden.“

heraus handlungsfähig zu werden. Dabei müssen wir uns auch mit unserer eigenen gesellschaftlichen Position einer mehrheitlich weißen Linken mit akademischer Bildungslaufbahn, und mit unserer bisherigen politische Praxis auseinandersetzen, die oft durch Berührungängste mit anderen Organisationsformen (manchmal aus guten Gründen) geprägt ist. Wir sehen die Arbeit zum feministischen Streik auch als Lernprozess und als Versuch, eine solidarische Position in einer globalen feministischen Bewegung zu finden.

Der feministische Streik als Generalstreik zielt auf die Verweigerung der Gesamtheit der Arbeit und soll zeigen, dass das Fehlen von Reproduktionsarbeit das Entziehen von Existenzgrundlagen und den Abbruch von zwischenmenschlichen Beziehungen zur Folge hätte. Das überlebt das System nicht, aber das überleben auch wir nicht. In der Praxis stellt sich demnach die Frage, wie Sorgearbeit bestreikt werden kann. Außerdem sind mit unterschiedlicher Betroffenheit von Patriarchat und Kapitalismus unterschiedliche Risiken verbunden, Lohnarbeits- und Lebensverhältnisse zu bestreiken. Diese Schwierigkeiten sehen wir jedoch nicht als Argument gegen den politischen feministischen Streik, sondern als Argument für die Suche nach Strategien für eine solidarische Risikoverteilung.

Was bleibt, was folgt?

Mit intensiver Vernetzungsarbeit, einer Veranstaltungsreihe und Aktionen am 8. März haben wir damit begonnen, uns einer feministischen Streikpraxis anzunähern. Dabei ist es notwendig, die Fragen, die wir uns bezüglich Theorie und Strategien eines feministischen Streiks stellen, nicht nur unter uns, sondern öffentlich zu diskutieren. Dabei wollen wir Care-Arbeit ins Zentrum rücken und davon ausgehend Gesellschaft – und die Möglichkeit ihrer Veränderung – analysieren. In diesem Prozess wollen wir uns (öffentlichen) Raum nehmen, um Kämpfe zu verbinden und zu vernetzen, die angesichts von Patriarchat, Kapitalismus und Rassismus zusammengehören.

AG Feministischer Streik

ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT FEMINISTISCHER RESEARCHARBEIT



„Je mehr wir wissen, mit wem wir es zu tun haben, desto besser können schließlich sexistische und LGBTQI-feindliche Politiken jener Vertreter*innen bekämpft werden.“

Die seit den 90er-Jahren an Sichtbarkeit gewinnende antifeministische Bewegung und ihre Vertreter*innen präsentieren sich in der Gegenwart, ähnlich wie die rechtsextreme Szene, nicht mehr als heterogene Gruppe. Vielmehr lassen sich misogynie und sexistische Weltbilder sowohl in unterschiedlichsten Ausformungen (wie den Väterrechtlern, Abtreibungsgegner*innen oder sogenannten Pick-Up-Artists) als auch gesamtgesellschaftlich innerhalb von Institutionen, in der Kirche und auch online finden. Das Blog-Kollektiv *fida* beschäftigt sich mit feministischer Researcharbeit zu Antifeminismus insbesondere in Österreich, deren Inhalte und Notwendigkeit in diesem Beitrag beschrieben werden.

fida?

Das Kollektiv *fida* hat sich Anfang 2017 zusammengefunden, um antifaschistische Researcharbeit in Österreich um feministische Perspektiven und Kritik zu erweitern. Der Blog dient seither dazu, analytische Texte zu sammeln und bereitzustellen, die feministische Debatten

in den Vordergrund rücken sowie Pro-Choice¹ als wirkungsmächtiges Konzept unterstützen. Der Blog hat den Anspruch, eine Plattform für das Sammeln und den Austausch von Informationen zu schaffen, die sich an aktuellen politischen Diskursen orientiert und dabei versucht, sexistische und LGBTQI-feindliche Strukturen sichtbar zu machen. Ein weiterer Aspekt ist ein Festhalten an feministischer Widerstandskultur, die neben Theorie und Praxis auch den digitalen Raum einnimmt.

Feminismus heißt Antifaschismus – und umgekehrt

Antifaschistische Researcharbeit, die Informationen und Wissen über Personen, Gruppen und Netzwerke aus der rechtsex-

¹ | Unter Pro-Choice wird jenes Konzept rund um Abtreibungsdebatten verstanden, das gebärfähige Körper als dezidiert selbstbestimmt versteht. Demnach ist die Frage nach (k)einer Abtreibung keine, die von staatlicher, institutioneller oder kirchlicher Seite zu bestimmen ist, sondern bei den betroffenen Personen selbst liegt bzw. liegen sollte. Pro-Choice widerspricht ebenfalls der gängigen (und übrigens nicht-wissenschaftlichen) Auffassung, dass es sich bei Abtreibung um „Mord“ (an Föten) handle.

tremen und neo-nazistischen Szene sammelt und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich macht, hat im deutschsprachigen Raum bereits eine längere Tradition. Eine linksradikale Recherche, die antifeministische Tendenzen und Bewegungen ebenso ernst nimmt wie beispielsweise neo-nazistische, gibt es bis auf ein paar wenige Ausnahmen wiederum kaum. (Fundamentalistische) Abtreibungsgegner*innen, Mitglieder von Mädelchaften oder ‚Incel‘² werden oftmals als vermeintlich harmlose Einzelphänomene wahrgenommen und dargestellt, deren gesamtgesellschaftliche Bedeutung insbesondere als Gefahr für Rechte, Errungenschaften und weiterführende Kämpfe von LGBTQI und Frauen* verniedlicht wird.³ Wie antifeministische Ideologien sich nicht nur

² | ‚Incel‘ ist die (Selbst-)Bezeichnung, unter der vorwiegend weiße, heterosexuelle Männer in Online-Räumen über ihr (unfreiwilliges) Zölibat schreiben, das wiederum die angebliche Ursache & der Ausdruck ihres misogynen, stark frauen*feindlichen Denkens ist. Eine hegemoniale Männlichkeit zu erreichen ist das Ziel, als Ursache für ihr eigenes, sich selbst bemitleidendes Versagen sehen sie den Feminismus und Frauen* allgemein.

³ | Diese reaktionären Gefahrtendenzen zeigten sich in der österreichischen Realpolitik beispielsweise bei der Debatte um die gleichgeschlechtliche Ehe oder bei der geplanten Verschärfung des Abtreibungsparagrafen unter Türkis-Blau.

regressiv und reaktionär auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen auswirken, sondern sogar tödlich sein können, wird an diversen Amokläufen sichtbar, deren Täter ein zutiefst frauen*verachtendes Gedankengut vertreten.⁴ Nicht zuletzt ist feministische Recherche auch deshalb wichtig, da es – wenig überraschend, ist antifeministisches und sexistisches Denken ja Teil rechtsextremer Ideologien – personelle Überschneidungen sowie Vernetzungen zwischen antifeministischen Akteur*innen und der extremen Rechten gibt. Das bedeutet auch: Je mehr wir wissen, mit wem wir es zu tun haben, desto besser können schließlich sexistische und LGBTQI-feindliche Politiken jener Vertreter*innen bekämpft werden.

Antifeminismus von rechts

In der von *fida* veröffentlichten Recherchereihe „Geschlechterbilder & Antifeminismus von rechts“ waren zum einen Mitglieder verschiedener österreichischer Mädelchaften und deren reaktionäre Geschlechterbilder Zentrum der Analyse, zum anderen wurde der politische Fundamentalismus innerhalb der FPÖ und der *Identitären Bewegung* gezeigt. Bei den Mädelchaften handelte es sich um die *Wiener akademische Mädelchaft Freya*, die *Wiener akademische Mädelchaft Nike*, den *Verein Grazer Hochschülerinnen*, die *Pennale Mädelchaft Sigrid zu Wien* und die *akademische Mädelchaft Iduna zu Linz*.⁵

In den Texten gehen wir unter anderem auf aktuelle Debatten ein, die sich unterschiedlicher Verschiebungen und Instrumentalisierungen bedienen, um den herkömmlichen Antifeminismus als ‚neuen Feminismus‘ zu tarnen. Dabei wird deutlich, wann und warum ein vermeintlicher Feminismus für die eigene politische Agenda instrumentalisiert wird: die vermeintliche Notwendigkeit von Schutz von ‚betroffenen Frauen‘ (also der weißen, ‚österreichischen‘) vor ausschließlich ‚aus dem Ausland kommenden‘ Sexualstraftä-

⁴ | Susanne Kaiser, Rechtsextrem und Sexist. In: Zeit Online, 23.02.2020, bit.ly/39De0ll (letzter Zugriff: 19.03.2020).

⁵ | Siehe: *fida*, Einleitung zur Recherche zu Geschlechterbildern & Antifeminismus von rechts, bit.ly/360zoXa (letzter Zugriff: 06.05.2020).

tern wird konstruiert, um letztlich den heimischen Rassismus auf einer zusätzlichen Ebene, nämlich der vergeschlechtlichten, legitimieren zu können.

„In Österreich wird das Recht auf Abtreibung immer wieder angegriffen. Ein Schwangerschaftsabbruch ist zwar unter gewissen Bedingungen straffrei (Stichwort „Fristen-Lösung“), allerdings grundsätzlich gesetzeswidrig.“

My Body, My Choice

In Österreich wird das Recht auf Abtreibung immer wieder angegriffen. Ein Schwangerschaftsabbruch ist zwar unter gewissen Bedingungen straffrei (Stichwort „Fristen-Lösung“), allerdings grundsätzlich gesetzeswidrig. Es fehlt nach wie vor ein emanzipatorischer Diskurs über selbstbestimmte Abtreibung – Bezeichnungen wie „Kindesmord“ bis hin zur Forderung der Einführung einer verpflichtenden Bedenkzeit sprechen Betroffenen die Selbstbestimmtheit über ihren Körper ab. *fida* hat sich in der Vergangenheit intensiv mit klerikal-faschistischen Veranstaltungen und Gruppen wie dem *Marsch für die Familie*, der jedes Jahr zeitgleich mit der *Wiener Regenbogenparade* stattfindet, auseinandergesetzt. Zudem haben wir mehrere Rechercheartikel zu *Marsch fürs Leben* verfasst, deren zentrale Organisatorin die sogenannte *Jugend für das Leben* ist. Im Vergleich zum Jahr 2017 stellen wir einen enormen Anstieg an gesellschaftlichem Zuspruch für deren Anliegen fest, der bis ins christlich-bürgerliche Lager der ÖVP reicht, ebenso eine zunehmende europäische Vernetzung der Fundamentalist*innen.⁶

Let's start writing FEMINISM!

Du hast Lust, selbst in der feministischen Recherche aktiv zu werden? Wir freuen uns immer über Textbeiträge! Aktuell nehmen wir insbesondere Texte zum Themenkomplex Rechtsextremismus, Klima und Geschlecht entgegen. Da es

⁶ | *fida*, Recherchebericht zum „Marsch fürs Leben“ 2019, bit.ly/2WYH0FF

sich bei *fida* um einen Online-Blog und kein wissenschaftlich-elitäres Projekt handelt, stellen wir einen solchen Anspruch auch nicht an die Texte, die von uns veröffentlicht werden. Ebenso werden alle Texte anonym auf dem Blog veröffentlicht. Falls du noch mehr über *fida* erfahren willst, besuche doch ganz einfach unseren Blog unter fida-blog.info



fida – Feministische Informations- und Dokumentations-Arbeit



PRO CHOICE IS OIS!

Ein Einblick in die Forderungen und Protestformen der Rosa Antifa Wien



In den letzten Jahren gab es in Wien regelmäßig Proteste gegen rechtsextreme Gruppierungen, christliche Fundamentalist_innen und andere antifeministische Akteur_innen. Zwei alljährlich stattfindende Events aus diesen Kreisen sind der *Marsch für die Familie* und der *Marsch fürs Leben*, gegen welche in den vergangenen Jahren unter anderem von dem losen Bündnis *Marsch fürs Leben* (siehe unten) mobilisiert wurde. Die Vielfalt der Protestformen, die dabei und darüber zum Einsatz kamen, sollen in diesem Artikel dargestellt werden. Vom Moby-Blog über Luftballons und Flyer für Passant_innen bis hin zu kreativen Aktionen und Blockaden war alles dabei! Anhand dieser Thematik lässt sich wunderbar eine Bandbreite an Protestformen über die häufig gewählte Aktionsform des Demonstrierens hinausgehend aufzeigen, die mit mackerhaften Bildern brechen und dem einen oder der anderen Antifeminist_in schon den letzten Nerv geraubt haben.

„Bis heute ist es eine zentrale feministische Forderung, den Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch zu streichen und bessere Zugänge zu schaffen.“

Der Kampf um sexuelle Selbstbestimmung ist kein neuer, spätestens mit dem Aufkommen der „zweiten Welle der Frauenbewegungen und deren zentralem Anliegen der Politisierung des privaten, häuslichen Bereichs“¹ wird diese thematisiert. Bereits die feministischen Kämpfe, die schließlich Mitte der 1970er-Jahre in Österreich zur Einführung der sogenannten Fristenlösung (§§ 96–97 StGB) führten, stießen auf Gegenwind von konservativen und kirchlichen Akteur_innen. Bis heute ist es eine zentrale feministische Forderung, den Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch zu streichen und die Zugänglichkeit

zu erleichtern. Wichtig ist es mitzubedenken, dass reproduktive Gerechtigkeit über den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen hinausgehen muss. Feminismus steht zwar auf der einen Seite für Inklusion und Partizipation in Bezug auf Geschlecht, produziert aber dennoch immer wieder Ausschlüsse entlang anderer Differenzachsen.

Für die erste Frauenbewegung war das die Auseinandersetzung zwischen bürgerlichen und proletarischen Feminist_innen, für die zweite Frauenbewegung der alltägliche Rassismus weißer Feminist_innen gegenüber Schwarzen Frauen, Jüdinnen und Migrantinnen². Besonders das Thema Reproduktion ist von Exklusion durchzogen: Einerseits führt ein deutlicher Hetero- und Cissexismus³ innerhalb feministischer Kreise zu einer verzerrten Darstellung der Lebensrealitäten von Menschen, andererseits wird das Recht auf Verhütung und Schwangerschaftsabbruch von weißen Feminist_innen meist ohne Rücksicht auf Erfahrungen von Schwarzen Frauen und Women of Color verteidigt. Auch für Frauen mit Behinderung existieren diese sogenannten Rechte mehr als Pflichten^{4,5}. Das *Reproductive Justice Movement*, welches vor allem durch arme, Schwarze, queere und Trans-Personen gegründet wurde, kritisiert, dass eine Person nicht frei wählen kann, ob sie eine Schwangerschaft abbricht oder fortsetzt, wenn ihre Möglichkeiten durch unterdrückende Umstände oder den fehlenden Zugang zu Medikamenten und Unterstützungseinrichtungen begrenzt sind. Es wird daher gefordert, den Fokus mehr auf den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen als auf das Recht auf Abtreibung zu legen.

Pro-Choice-Aktivismus muss antifaschistisch sein

Oft scheint es so, als würde ein Widerspruch zwischen antifaschistischem Aktivismus gegen Rechtsextreme und feministischem Aktivismus für mehr Rechte und gegen christliche Fundamentalist_innen bestehen, was es schwierig machen kann, antifaschistische, linksradikale Gruppen und Personen zu Pro-Choice-Protesten zu mobilisieren.

Wir, die *Rosa Antifa Wien*, sind eine Gruppe, die sich seit fast 25 Jahren mit feministischen und antifaschistischen Themen befasst, was für uns die kritische Auseinandersetzung mit christlichen Fundamentalist_innen nahelegt. In den letzten Jahren ist es zunehmend gelungen, aufzuzeigen, dass die Trennung von Rechtsextremen und christlichen Fundamentalist_innen nicht aufrechterhalten werden kann, da es weitreichende ideologische und personelle Überschneidungen gibt.

02 | Thiessen, Barbara, *Feminismus: Differenzen und Kontroversen*, in: Becker, Ruth / Kortendiek, Beate (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*, Wiesbaden, 2008, 37–44

03 | Heterosexismus bezeichnet die Abwertung von jeglicher nicht-heterosexuellen Lebensweise; Cissexismus bedeutet Diskriminierung von Trans*-Personen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität.

04 | Degener, Theresia / Köbsell, Swantje, „Hauptsache es ist gesund“ Weibliche Selbstbestimmung unter humangenetischer Kontrolle. Hamburg, 1992

05 | Damit ist gemeint, dass es für Schwarze Frauen und Women of Color besonders durch die Geschichte der Sklaverei und für Frauen mit Behinderung nicht selbstverständlich war und ist, schwanger zu

Foto: RAW

Protestformen

Pro-Choice-Aktivismus zeigt sich in Wien in den letzten Jahren vor allem in Form von Protesten gegen organisierte Abtreibungsgegner_innen beim *Marsch fürs Leben* und christlichen Fundamentalist_innen und Rechtsextremen beim *Marsch für die Familie*. 2016 hat sich zur Vorbereitung auf den *Marsch für die Familie* das lose Bündnis *Marsch fürs Leben* gegründet und sich das Ziel gesetzt, den christlichen Fundamentalist_innen „die Hölle heiß zu machen“⁶. Seither fanden jährlich unterschiedliche Protestaktionen gegen den klerikalfaschistischen und antifeministischen *Marsch für die Familie* und seit 2017 auch gegen den *Marsch fürs Leben* statt. Alljährlich am Tag der Wiener *Regenbogenparade* versuchen christliche Fundamentalist_innen zusammen mit klerikalen Faschist_innen, ein traditionalistisches, heterosexistisches, frauenfeindliches und völkisch-nationalistisches Familien- sowie Gesellschaftsmodell zu propagieren. Eine ausführliche Recherche zu den beteiligten Akteur_innen wurde vom feministischen Blog *fida – Feministische Informations- und Dokumentations-Arbeit* veröffentlicht.⁷ Der *Marsch fürs Leben* ist eine Demonstration von fundamentalistischen Abtreibungsgegner_innen, die nicht nur jährlich in Wien, sondern auch in zahlreichen anderen Städten auf der ganzen Welt stattfindet.

Bei der Wahl der Protestformen ist es uns wichtig, mit mackerhaften Bildern zu brechen. Statt die immer gleichen Bilder von zum Beispiel in Szene gesetzten Pyros zu reproduzieren, die gerade für performative Antifas⁸ so typisch sind, wird aufgezeigt und sichtbar gemacht, dass es tatsächlich eine Vielfalt von widerständiger feministischer Praxis gibt. So wurde im Vorfeld des *Marschs für die Familie* 2018 die Demoroute der Fundis mit Straßenmalkreide verschönert und wir stellten eine mobile Ausstellung mit Infotafeln zum *Marsch für die Familie* zusammen. Außerdem wurde der gesamte Weg der geplanten Fundiroute mit ‚blutigen‘ Binden, Tampons und Infoflyern, welche den Fundi-Flyern täuschend ähnlich sahen, gepflastert. Das Highlight der Kundgebung war eine Performance des antifaschistischen Balletts. (Den vollständigen Nachbericht zum *Marsch für die Familie* 2018 findest du unter bit.ly/3cDxkqJ.) Nach und nach erweiterten wir unser Repertoire an Aktionsformen durch kreative Blockaden und Aktionen, Luftballons und Kleiderbügel mit Slogans.

„In den letzten Jahren ist es zunehmend gelungen, aufzuzeigen, dass die Trennung von Rechtsextremen und christlichen Fundamentalist_innen nicht aufrechterhalten werden kann, da sich rechtsextreme und antifeministische Ideologien zu weiten Teilen überschneiden.“

werden, Kinder gebären und aufziehen zu dürfen, weshalb das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche und Verhütung zu kurz greift und auf reproduktive Rechte ausgeweitet werden muss.

06 | Website von M bit.ly/2wnW86c

07 | fida, Recherche zu *Marsch für die Familie*. bit.ly/2IZINvW

08 | Damit meinen wir die durchinszenierten Antifa-Aktionen, deren Fokus sich vom eigentlichen Sinn der Aktion und vom solidarischen Miteinander zur Inszenierung verschoben hat.

Doch es gab in den vergangenen Jahren neben diesen beiden großen Anlässen auch weitere Proteste von Pro-Choice-Aktivist_innen in Wien: So berichtet *fida* von einer feministischen Störaktion im Oktober 2016 vor der polnischen Botschaft in Wien „[a]ls Reaktion auf die geplanten massiven Verschärfungen des Abtreibungsrechts in Polen“⁹. Im Juni 2018 berichtete *fida* außerdem über eine Aktion beim Haus der *Aktion Leben* in Wien, um auf den rechts-konservativen Backlash aufmerksam zu machen, zu welchem diese beiträgt.¹⁰ Weiters wurde gegen antifeministische Podiumsdiskussionen wie jene im November 2017 an der TU mit dem Titel *GENDER-DEBATTEN: Worum geht es?*¹¹ sowie eine im Oktober 2017 mit dem Titel *Abtreibung #FAIRändern* im Novum Wien-Hauptbahnhof mobilisiert.¹²

Zur Vor- und Nachbereitung dieser Protestaktionen organisieren wir von Zeit zu Zeit Diskussions- und Infoveranstaltungen rund um das Thema. Sei es eine Diskussionsrunde mit Pro-Choice-Aktivist_innen aus anderen Städten,¹³ ein Infoabend zu antifeministischen Attacken unter der türkisch-blauen Regierung¹⁴ oder ein Filmabend zum § 218¹⁵. Du möchtest mehr dazu erfahren? Dann besuche doch unsere Homepage (raw.at) oder folge uns auf Social Media!

Antifeminismus sabotieren! Patriarchat zerschlagen!
Pro Choice is ois!

Rosa Antifa Wien (RAW) 

09 | fida, *Feministische Störaktion vor der polnischen Botschaft in Wien*, 28.02.2017. bit.ly/2UprHV8

10 | fida, *Fundis ihr könnt uns 1000mal kreuzweise! My body, my choice, mi cuerpo es mio, son corps, son choix*, 26.06.2018. bit.ly/3b9UNP9

11 | *Marsch fürs Leben*, Reaktionäre antifeministische Podiumsdiskussion an der TU Wien, 01.11.2017. bit.ly/2vA9vQf

12 | fida, *Schwangerschaftsabbruch #FAIRteidigen!*, 06.10.2018, bit.ly/33jdQxr

13 | fida, *Pro Choice is ois!*, 09.06.2015. bit.ly/2U4KK8b

14 | Rosa Antifa Wien, *Antifeministische Attacken unter schwarzblau*, 10.04.2019. bit.ly/2j5PRP6

15 | Rosa Antifa Wien, *Maria, Christiane, Else, Karin, Lea, Lydia, Petra S., Petra W. und der § 218*, 08.06.2019. bit.ly/2U40NDI

FLINT-RÄUME

Entwicklung, Perspektiven und Wünsche.

Das Konzept und seine Roots

F.L.I.N.T.* steht für Frauen, Lesben, Inter, Non-Binary und Trans. Beim Sternchen ist das eine Sache, die vom Stand des Diskurses und der Interpretation abhängig ist. Ist dieses Kürzel als Beschreibung für Einladungspolitiken hinzugefügt, bedeutet es in der Regel, dass jene Räume eben ausschließlich für Trans, Inter, Non-Binary, Lesben und Frauen zugänglich sind. Je nachdem kann es auch ein Bezug auf das dahinterstehende Konzept und dessen politische Ideen sein. Diese sind nirgendwo festgeschrieben, sondern entspringen sozialen Bewegungen und deren Analysen und Diskursen. Eine der ersten feministischen und separatistischen Gruppen waren die *Mujeres Libres*, Anarchist*innen, die sich als Reaktion auf patriarchale Verhältnisse in der anarchistischen Bewegung so organisierten. Vor allem in Sachen Care-Arbeit für Kinder waren sie ihrer Zeit voraus, haben

Kinder nicht nach Geschlechtern getrennt betreut/erzogen und unabhängig von Gender lernten alle alles. In den 1970er Jahren erlebten separatistische Frauengruppen, -räume, -projekte, usw. mit dem Aufkommen des Zweite-Welle-Feminismus Hochkonjunktur. Ereignisse wie die Stonewall-Unruhen 1968, deren Akteur*innen wie bspw. Sylvia Rivera und Marsha P. Johnson lange Zeit Anerkennung und Sichtbarkeit verwehrt wurde, trieben queere Bewegungen und Diskurse voran. Langsam aber doch hielten sie Einzug in feministische Bewegungen und zeigten deren Leerstellen und Widersprüche auf. Expliziter Queerfeminismus versucht separatistische Räume zu schaffen, die queere Analysen und Positionen praktisch umsetzen, zum Beispiel in Form des FLINT-Konzepts. Um gleich unsere Solidarität und ein Beispiel dafür aus dem deutschsprachigen Kontext zu nennen, erwähnen wir hier das räumungsbedrohte Hausprojekt in Berlin, die Liebig 34. Dort leben und kämpfen ausschließlich FLINT-Personen.

Warum überhaupt?

Weil jenen Geschlechtsidentitäten vergleichsweise schlechter gestellte Positionierungen innerhalb eines hierarchisch funktionierenden Konstrukts zugewiesen werden. Dieser Zustand soll und kann mit dem Konzept herausgefordert werden! Innerhalb der heteronormativen und binären Normalzustände werden bei der Nicht-Erfüllung von Normen Sanktionen erteilt, um jenes Konstrukt aufrecht zu erhalten. Solche Sanktionen können konkret sein: Dass ein von der Gesellschaft als ‚Mann‘ fremddefinierter junger Mensch Mobbing erfährt aufgrund eines ‚weiblichen‘ Habitus. Wenn einer Endo-cis-Frau von einem Endo-cis-Mann das Werkzeug aus der Hand genommen wird oder sie nicht mehr zum nächsten Plenum eingeladen wird, weil sie beim letzten zu ‚hysterisch/aggressiv‘ war. Dass ein heterosexueller Mann innerhalb von ‚Boys-Clubs‘ nicht weinen und Schwäche zeigen oder sich solidarisch mit FLINT-Personen zeigen kann, weil es ansonsten zu einem Ausschluss kommen würde.

Als eine Art Sanktion kann auch verstanden werden, wenn feministische Endo-cis-Frauen Erfahrungen und Bedürfnisse von Trans-, Inter- und Non-Binary-Menschen nicht ernst nehmen, sich als dominante Gruppe verstehen und durch Selbstreferenzialität eben jene Erfahrungen und Bedürfnisse unsichtbar machen.

Shine a light!

Zu oft habe ich erlebt, dass die Veranstalterinnen alles Endo-cis-Frauen sind, welche sich mit den Realitäten von Inter- und Trans-Personen nicht im Geringsten auseinandergesetzt haben.

FLINT-Räume sollten doch eigentlich empowernd sein, wo eins mal

ein bisschen Pause hat von sexistischer Kackscheiße, Inter- und Trans-Stopp! Denn die Buchstaben hinter dem L scheinen viel zu oft nur aufgrund eines Bedürfnisses nach ‚political correctness‘ hinzugefügt.

Diese Ignoranz spiegelt sich in der Atmosphäre im Raum wider. Wenn ich mich mal wirklich traue, dort hinzugehen, sind da mal wieder ausschließlich Endo-cis-Frauen. Das passiert immer wieder und löst sofort Dysphorie in mir aus. Misgendert bin ich an diesem Punkt sicher auch schon mehrmals geworden – denn nach Pronomen fragen kommt den allermeisten Endo-cis-Personen sowieso nicht in den Sinn und schon gar nicht in FLINT-Räumen. Da sind ja eh alle weiblich ...

Aber gehen wir einen Schritt zurück. Ich muss ja erst dorthin. Das wirft die Frage des Passings auf, welche in diesem Kontext noch komplizierter ist als sonst. Denn: Sehe ich zu ‚männlich‘ aus, komme ich vermutlich gar nicht rein. Aber als ‚weiblich‘ will ich auf keinen Fall gelesen werden. Vielleicht gehe ich ja doch nicht hin. Das sind nur einige Gedanken, die FLINT-Räume auslösen können.

Warum eigentlich?

Bei uns als Autor*innen ist die Frage aufgekommen, aus welchen Verhältnissen die Zustände entspringen, die oben geschilderte Erfahrungen von Trans- und Inter-Menschen erst ermöglichen. Eine Hypothese wäre, dass FLINT-Räume im deutschsprachigen Raum Kontinuitäten von Praxen aufweisen, die einem biologischen Differenzfeminismus entspringen. Wir beobachten die Dynamik, dass Akteur*innen, die FLINT-Räume erschaffen, in ihrem Alltag und ihrer feministischen Praxis oft keine Berührungspunkte zu Trans- und Inter-Menschen wahrnehmen. Das kann unter anderem daran liegen, dass sie in ihren politischen Strukturen und sozialen Umfeldern Bedingungen schaffen, die ein Existieren für Menschen außerhalb binärer Geschlechterkonstrukte verunmöglichen. Wenn jenen im schlimmsten Fall mit Trans-Stopp begegnet wird oder sie sich verstecken oder überperformen müssen. Außerdem verhandelt sich Trans und Inter in der Realität meistens vollkommen anders als von hegemonialen Narrativen beschrieben und von Endo-cis-Personen angenommen.

Ideen zum Voranschreiten

Konkrete Bedingungen wären, Gehör zu finden, wenn Kritik geäußert wird; Entgegenkommen und Aufgeschlossenheit zu finden, die den Aufbau von Strukturen ermöglichen, in denen Issues sichtbar statt unsichtbar gemacht werden; Unterstützung in der Umsetzung zu erfahren, die sich konsequent nach den Bedürfnissen jener richtet, welche zuvor strukturell marginalisiert wurden. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Zugang besteht für Trans- und Inter-Menschen, und zwar nicht nur plakativ. Die bewusste Benennung und das Ausschreiben der eingeladenen Identitäten – anstatt unter ‚Frauen*‘ alles zu subsumieren

– kann als Geste des bewussten Sichtbarmachens interpretiert werden. Durch wenige ernst gemeinte Sätze im Einladungstext kann beispielsweise Zugänglichkeit signalisiert werden: „Menschen können nicht von außen definiert werden. Daher wird bei uns niemensch an der Tür auf deren Identität angesprochen oder wegen äußeren Erscheinens des Raumes verwiesen. Wenn du endo cis bist, vergiss nicht, Menschen nach ihren Pronomen zu fragen.“

Der Wunsch und die Forderung nach einem Queeren von FLINT-Räumen sticht heraus. Am besten geschieht es in Form von Auseinandersetzung mit den Verhältnissen, der tatsächlichen Zugänglichkeit für benannte Personen und der Repräsentation von Themen, die Menschen außerhalb binärer Geschlechterkonstrukte betreffen. Generell wünschen wir für uns selbst und die Bewegungen, denen wir uns zugehörig fühlen, eine stetige Weiterentwicklung durch kämpfendes Lernen und Verlernen. Das alles nicht nur aus Büchern und akademie, sondern auch aus Erfahrungen, Struggles, Scheitern und Bewegung. Um daran gleich anzuknüpfen, müssen wir feststellen, dass in dem Text relevante Perspektiven fehlen. Wir erschaffen Leerstellen und Unsichtbarmachung von Herrschaftsverhältnissen, indem wir beispielsweise weiße Dominanz in jenen Räumen und unsere eigene weiße Positionierung nicht besprechen etc. Hier befinden wir uns ebenfalls im Prozess des Lernens!

Die Autor*innen und ihre Beweggründe:

Geschrieben von einem nicht-binären Trans-Menschen, der angepisst ist von den Erfahrungen in FLINT-Räumen und deswegen Inter- und Trans-only-Räume schafft. Des Weiteren geschrieben von einer Cis-Frau, die durch FLINT-Räume in den letzten Jahren viel Empowerment erfahren hat, und der die Weiterentwicklung des Konzepts ein Anliegen ist. Und die außerdem sehr profitiert von zwischenmenschlichen Beziehungen mit Trans-Menschen! 🇩🇪



FEMINISTISCHE BANDEN BILDEN!



Als Aktivist_innen verstehen wir uns zumeist als kritische Menschen. Aber was, wenn wir diese Kritik nicht an uns selbst anwenden? Schaffen wir es selbst überhaupt, uns von gesellschaftlichen Zwängen zu befreien? Wir versuchen, die Welt zu verändern, und wollen eine befreite Gesellschaft. Setzen wir uns nicht eher meistens selbst total unter Druck, um dem gerecht zu werden, was von uns erwartet wird oder was wir von uns selbst erwarten? Um dann eines Tages zu realisieren, dass gar nichts mehr geht und die Welt immer noch brennt?

Vermutlich kennen viele das Gefühl. Aber wir hoffen auch, dass viele wissen, wie es sich anfühlt, wenn eine Gruppe oder Aktion gut funktioniert. Dass Zusammenhalt und Rückhalt da sind, auch wenn eins sich mal scheiße verhält. Dass auf Emotionen eingegangen wird, weil sie gerade wichtig sind. Dass es nicht so schlimm ist, wenn eins im Moment nicht schafft, wofür eins ursprünglich Verantwortung übernommen hat. Dass Selbst- und Gruppenreflexion stattfindet und alle voneinander lernen können und wollen.

Feministische Banden bilden bedeutet für uns genau das. Klar, so einfach ist es auch nicht und eine funktionierende Gruppe bedeutet auch emotionale Arbeit. Aber diese Arbeit machen wir für uns selbst und nicht für andere. Einen mobilen Safer Space zu erschaffen, der sich nicht (nur) auf einen örtlichen Raum bezieht, sondern der sich ausbreitet und uns begleiten kann, ist unser Anspruch. Safer Spaces für Frauen*Lesben*Inter*Non-Binary*Trans(FLINT*)-Personen sind zumeist auf

physische Räumlichkeiten beschränkt und entziehen sich dadurch der öffentlichen Wahrnehmung, sie befinden sich quasi in der Halb-Öffentlichkeit. Für einige aus gutem Grund geschlossen, für andere Orte der Stärkung und des Austausches. Würden wir sie nicht brauchen, würde es sie nicht geben. Aber wir wollen auch den öffentlichen Raum einnehmen, wir wollen feministisches Ganglife und dieses nicht auf politischen Aktivismus beschränken, sondern unseren politischen Aktivismus überallhin mittragen. Denn alles ist politisch.

„Als feministische Bande wollen wir all das, was männliche Gangs verkörpern, aufbrechen und subversieren. Wir wollen kein Drama, aber Gefühle; kein Dogma, aber Prinzipien.“

Zusammenschlüsse von FLINT*-Personen im Kampf gegen Patriarchat, Unterdrückung und Sexismus gab es immer schon. Neu ist, dass diese aktiv als Gangs auftreten und vor allem auch Community-Arbeit machen. So zum Beispiel die *Ovarian Pycos* oder die *Gulabi Gang* in Banda, Indien. Sie verteidigen sich und sind solidarisch miteinander. Ihr Mut und ihre Stärke sind empowernd: Sie treten aktiv und sichtbar gegen Ungerechtigkeit auf. Letztere tragen Bambusstöcke zur Verteidigung, mit denen auch schon mal Polizisten verprügelt werden, die sich weigern, Missbrauchsanzeigen zu untersuchen.

Inspiziert von jenen Gruppen, wollen wir unseren Feminismus und Aktivismus nach innen und außen richten. Empower-

ment und Stärkung der Community, aber auch nach außen gerichtete Sichtbarkeit, Provokation und Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen. Als feministische Bande wollen wir all das, was männliche Gangs verkörpern, wie zum Beispiel toxische Männlichkeit und Patriarchat, aufbrechen und subversieren. Wir wollen keine Hierarchien, keine Gewalt innerhalb der Gruppe; wir wollen solidarisch sein. Wir wollen kein Drama, aber Gefühle; kein Dogma, aber Prinzipien. Strukturen, in denen wir uns bewegen, gestalten wir so mit, dass sie unseren Bedürfnissen und queere feministischen Ansprüchen gerecht werden.

Ein Beispiel dafür ist die aktive Präsenz in männlich dominierten Strukturen wie zum Beispiel der *Bikekitchen Wien*, einer selbstorganisierten Fahrradselbsthilfswerkstatt. Hier findet eine aktive Verhandlung der Verhältnisse statt, ausgehend von den Personen, die sich darin bewegen. Für unseren Aktivismus bedeutet das: Wenn sich cis-Männer (bzw. Menschen, die unhinterfragt annehmen, cis-Männer zu sein) dieser Community statt mit dem meistens in Werkstätten vorherrschenden Mackertum mit liebevoller Zuneigung untereinander begegnen, bestärken wir sie darin. Wir fordern direkte Solidarität und Achtsamkeit, haben aber auch erkannt, dass manche Veränderungen Zeit brauchen.

„Wir versuchen stattdessen, Leistungs- und Prestigeansprüche an uns selbst zu reduzieren und uns gegenseitig zu unterstützen.“

Dynamiken und Mechanismen, die dem Patriarchat entspringen, sind komplex und gemein, aber nicht unüberwindbar!

Als Einzelpersonen und als Gang ecken wir schon mal an. *Cool-Girl Performances*¹ als Umgangsstrategie abzuziehen, um mit dem sozialen Druck unseres Umfelds klarzukommen, finden wir aber einfach nicht so cool. Dadurch wird nämlich die Konkurrenz unter FLINT*s befeuert und dem Patriarchat in die Hände gespielt. Wir versuchen stattdessen, Leistungs- und Prestigeansprüche an uns selbst zu reduzieren und uns gegenseitig zu unterstützen.

Trotz der inszenierten Gangromantik tauchen manchmal auch Konflikte bei uns auf, die wir aber zu lösen versuchen. Zum Beispiel auch dann, wenn eine Sista* davon betroffen ist, eine Sanktion des Patriarchats erfahren zu haben, weil ein cis-Mann versuchte, sie mit toxischer Männlichkeit zu vergiften, haben wir ein offenes Ohr für sie. Dann werden wir sie darin unterstützen, zu erkennen, dass es eben an jenem verhassten Patriarchat liegt, das toxische Männlichkeit erst produziert, und nicht an ihr. Dass der cis-Typ sich selbst und auch sein Umfeld vergiftet, und das etwas ist, was uns dank der indoktrinierten und falschen Idee, für alles individuell verantwortlich zu sein, manchmal schwerfällt wahrzunehmen. Geht's nämlich unserer Sista* wieder besser, weil sie es schafft, aus der patriarchalen Dynamik auszubrechen, geht's uns allen besser.

1 | Cool Girls: Ein Begriff, der im deutschen Sprachraum nicht sehr bekannt ist, siehe z. B.: bit.ly/3c4FGa4, aufgerufen am 10.3.2020.

Wir wollen wissen, wie unsere Zusammenhänge funktionieren, und wie das wiederum mit der Gesellschaft, ihren Herrschaftsstrukturen und ihren Zwängen zusammenhängt. Was uns wie direkt betrifft und was uns trotzdem betroffen macht, weil es mit uns in Zusammenhang steht oder Menschen betrifft, mit denen wir uns solidarisch und verbunden fühlen.

Uns trifft es, wenn die selbstorganisierten Strukturen unserer Sistas* in Rojava geschwächt bis zerstört werden; wir denken an unsere Sistas* in Südamerika, die sich zusammenschließen, weil das Patriarchat ihr Leben bedroht; wir haben Tränen in den Augen für alle Sistas*, die ihre Sexualität oder ihr Geschlecht nicht ausleben dürfen oder können und sich das Leben nehmen. Aber wir versuchen, solidarisch zu sein und unsere Privilegien zu nutzen, uns zu vernetzen und Kämpfe sichtbar zu machen.

Schlussendlich haben wir auch kein Patentrezept für einen gelungenen Aktivismus. Aber feministische Banden zu bilden, solidarisch, kritisch und unterstützend miteinander umzugehen, halten wir für einen schlauen und empowernden Vorschlag. Und wir sind davon überzeugt, dass Queerfeminismus und Fahrräder großartige Tools sind, um am Niederreißen der Verhältnisse und der Umsetzung der befreiten Gesellschaft zu werkeln!

radical anarchist dangerous sisters 

Inter*Trans*Non-Binary*Lesben*Frauen, schaut vorbei an den flint*-Abenden in der Bikekitchen. Jeden 1. Freitag und jeden 3. Montag im Monat, Goldschlagstraße 8, 1150 Wien.

Bleibt up to date, für Aktivismus und Sachen, die wir sonst noch machen: [RADSISTERS.BLOGSPORT.AT](https://radsisters.blogspot.at)

„EIN VERGEWALTIGER AUF DEINEM WEG“:

Feministische Hymne einer neuen Ära

Seit ihrer ersten Aufführung in Chile vor einer Polizeistation in Valparaíso am 18. November 2019¹ hat sich diese partizipatorische Performance auf alle Kontinente ausgebreitet, sei es in massiven Demonstrationen oder in kleinen ländlichen Gruppen. Das Kunstkollektiv *Las Tesis* hat damit sowohl die Postulate der gegenwärtigen Feminismen als auch das Bedürfnis der Frauen und LGBTIQ, diese auszudrücken, weltweit auf den Punkt gebracht.

Text und Kontext: Wie, wo, wann die Intervention entstand

Zusätzlich zu der wachsenden neuen feministischen Welle in Lateinamerika arbeitet das Kunstkollektiv *Las Tesis* aus Chile schon seit 2018 an einem Theaterstück über Vergewaltigung, aus dem heraus die heute unter dem Titel *Un violador en tu camino*² bekannte Performance entstanden ist.

Dafne Valdés, Sibila Sotomayor (darstellende Kunst), Paula Cometa Stange (Design, Dramaturgie) und Lea Cáceres (Kostümbildnerin) sind um die 30 Jahre alt und werden nicht müde, in verschiedenen Interviews zu erklären: „Wir haben uns auf eine Gruppenprämisse geeinigt, mithilfe derer wir versuchen, feministische Theorien auf eine einfache, geradlinige und eingängige Weise in ein Bühnenformat zu bringen, damit die Botschaft verschiedener feministischer Theoretikerinnen viel mehr Menschen erreicht, die vielleicht nicht die Gelegenheit hatten, diese zu lesen oder zu analysieren.“³

Das Stück hat seine Premiere nie erfahren, und es rührt daher, dass sich die soziopolitischen Verhältnisse und der Alltag in Chile seit Oktober 2019 gewaltig verändert haben.

Die Bevölkerung ist seither auf die Straße gegangen, um eine grundsätzliche Veränderung der Spielregeln zu fordern und sich gegen das bestehende politische System zur Wehr zu setzen. Daraus resultierend, fordern die Leute eine neue Verfassung (die aktuelle Verfassung stammt noch aus der Zeit der Pinochet-Diktatur). Seit Oktober 2019 häufen sich im ganzen Land täglich von Armee und Polizei verübte Menschenrechtsverletzungen. Geschlechtsspezifische Gewalt, Folter und Vergewaltigungen sind bei der Polizei an der Tagesordnung und werden auch von Menschenrechts-Organisationen bekannt gemacht.⁴ Die Art und Weise, wie die ‚altmodische Diktatur‘ mit den neuen Formen der sozialen Bewegungen kollidiert, ruft Widerstand hervor, zu welchem auch die feministische Gruppe mit ihrer Performance gehört.

„Un violador en tu camino“

Die Intervention dauert in der Originalfassung dreieinhalb Minuten. Das Kostüm wurde ursprünglich als *glam/party outfit* bezeichnet, womit gemeint sein soll: Es liegt nicht an mir, egal



wie ‚provokant‘ gekleidet ich aussehe – der Vergewaltiger bist du! Es entspricht dem, was besser bekannt ist unter dem englischen Begriff ‚victim blaming‘, insoweit als den Opfern sexueller Gewalt seitens der Medien und des Justizsystems eine gewisse (Mit) Schuld an der Tat zugesprochen wird und somit die Tat und das Vorgehen des Täters implizit gerechtfertigt werden.

Der rhythmische *Disco*-Grundton als Grundlage der Performance sowie der Tanz während des Refrains stehen symbolisch für das Recht auf Genuss und Freiheit ebenso wie für die Souveränität über den eigenen Körper und das eigene Leben. Der Körper soll als eigenständiges Territorium und nicht als Objekt, Instrument der Reproduktion oder Kriegstrophäe zelebriert werden.

Ein schwarzes Band bedeckt dabei die Augen der Teilnehmerinnen. Dies und die Kniebeugen bei der Choreografie sollen an die illegalen Verhaftungen und die polizeilichen Folterungen erinnern. Zum Schluss des Textes wird in der letzten Strophe ironischerweise wörtlich aus der chilenischen *Carabineros*⁵-Hymne zitiert: „Schlaf ganz in Ruhe, unschuldiges Mädchen, ohne Sorge

5 | Carabineros = Polizisten

wegen des Banditen. Über deinen tiefen und süßen Schlaf wacht dein Liebhaber Carabinero.“⁶

Das Kunstkollektiv aus Chile wurde inspiriert durch das Werk von Rita Segato, einer argentinisch-brasilianischen Anthropologin und Autorin. In einem Interview von *La Nación Vivo*⁷ resümiert sie das Thema folgendermaßen:

„Im Kopf eines Vergewaltigers steckt die Idee, dass er eine Respektlosigkeit bestraft. (...) Macht und Männlichkeit sind praktisch gleichbedeutend. Was also diese Macht nicht respektiert, ist das, was Frustration verursacht und das Verbrechen als Bestrafung auslöst. Der Vergewaltiger ist aus seiner Sicht ein Strafer. (...) Zu glauben, dass Vergewaltigung ein sexueller Akt ist, (...) und dass sie aus sexuellem Verlangen resultiert, ist ein gigantischer Fehler. Es gibt keine Suche nach Vergnügen, sondern nur nach Kontrolle, nach Herrschaft.“

Wer macht mit?

Auf die Frage, warum gerade jetzt Frauen und LGBTIQ die Performance weltweit aufführen, können gleich mehrere Antworten gefunden werden. In den letzten fünf Jahren ist eine wachsende Vernetzung feministischer Strukturen wahrnehmbar. Ihr gemeinsamer Nenner besteht darin, die Isolation, welcher die Opfer von sexueller Gewalt ausgesetzt sind, zu durchbrechen und mit dem Aufruf „Schwester, ich glaube dir“ Solidarität kundzutun.

Solidarische Netzwerke gegen geschlechtsspezifische Gewalt wie *Ni Una Menos*, *Women's Strike* und *MeToo* gelten als Plattformen für die Artikulation verschiedener Initiativen. Dank der sozialen Medien gelingt es, dass viele Kollektive sich jetzt rascher vernetzen und effektiver organisieren können. Die aktuelle soziale Bewegung im Süden mag teilweise auch durch ihre Genealogie Inspiration finden und knüpft an die entscheidende und konsequente Arbeit der Menschenrechtsorganisationen an, welche während und nach den Diktaturen in Südamerika aktiv Widerstand leisteten – wie etwa die *Madres de Plaza de Mayo*.

Diese anticoloniale feministische Welle steht vor einem langen Kampf gegen den Imperialismus und fordert eine Transformation im Zentrum der Gesellschaft. Dazu gehört auch die Strömung *Marea verde*, die mit ihrer Forderung nach freier, legaler und sicherer Abtreibung eine sehr starke Generationsidentität aufweist.

Die Lust, sich zu zeigen, dabei zu sein, spielt in der virtuellen Welt ebenfalls eine Rolle. Auch die Solidarität mit Chile spiegelt sich dort wider, denn die Erfahrungen mit unterdrückerischen Systemen ist, ganz gleich wo, ein globales Thema.

Das, was täglich unaussprechbar gemacht wird, weil es so

selbstverständlich zu sein scheint, dass es viel zu selten laut beim Namen genannt worden ist: Erniedrigungen am Arbeitsplatz zu erleben, sexuelle Übergriffe über sich ergehen lassen zu müssen, ohne Aufschrei, ohne Unterstützung, und dergleichen. Jede kann ihre eigene Liste ins Leben rufen. Das Schweigen erdrückt. Seit unzählbaren Jahren und in jeder Sprache: eine mehrstimmige Stille.

Die heilsame Kraft, die diese Performance auslöst, ist noch nicht einmal in ihrer ganzen Breite erklärt, und so war es womöglich auch gar nicht geplant.

Dennoch, all diese in Stille gehüllten Erfahrungen, die viele von uns schon lange in unserer Brust tragen, zu durchbrechen, endlich auf die Straße zu bringen und damit sichtbar und hörbar zu machen, darin liegt wahrscheinlich die Universalität. Frei von Bestrafung und endlich laut geworden, bei Tageslicht, ohne Angst – so wollen überall die Frauen zusammen schreien: „Die Schuld lag nicht bei mir. Der Vergewaltiger bist du.“

Weil Frauen die ‚erste Kolonie‘ waren. Deswegen sind das Kollektive und der Körper als selbstbestimmtes Territorium die Wirbelsäule dieser Bewegung.

Solidarität kann auch bedeuten, dass man lernt, auf andere Stimmen zu hören.

Natalia Hurst

Mitorganisatorin dieser Performance in Wien
Gruppe Ni Una Menos Austria

1 | Las Tesis: Erste Performance in Valparaíso, Chile. URL: bit.ly/2UIKdrZ (Zugriff: 23.04.2020).

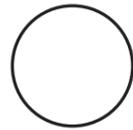
2 | Ins Deutsche übersetzt: „Ein Vergewaltiger auf deinem Weg“.

3 | FPD: Quiénes son Las Tesis, el colectivo feminista que creó „Un violador en tu camino“ [Wer sind Las Tesis, das feministische Kollektiv, das „ein Vergewaltiger auf deinem Weg“ geschaffen hat]. Fundación por la democracia, bit.ly/2QDkrUN / (Zugriff: 19.03.2020).

4 | Amnistía Internacional, Chile: Política deliberada para danar a manifestantes apunta a responsabilidad de mando. [Eine bewusste Politik zur Schädigung von Protestierenden weist auf die Befehlsverantwortung hin]. Amnesty International, Chile. bit.ly/2WAKAr2 (Zugriff: 23.04.2020).

6 | ANSA Latina Chile: Polémica por Himno que empezó a entonar Carabineros. Oficial aclara „no es una provocación“. [Kontroverse über die Hymne, die Carabineros zu singen begannen. Vertreter stellte klar, dass sie keine Provokation ist]. bit.ly/2KG6cZ (Zugriff: 23.04.2020).

7 | LN VIVO, Terapia de Noticias. Die argentinische Anthropologin und Forscherin Rita Segato betont die Notwendigkeit, in der Gesellschaft ein Gender-Bewusstsein zu schaffen, um Sexualverbrechen zu vermeiden. *La Nación*, Argentina. bit.ly/33Fts4T (Zugriff: 03.03.2020).



Memes und Online-Aktivismus • Follow

08. April um 20:20



Memes sind Witze in Bildform, die im Internet kursieren und Spaß machen. Aber eignen sie sich als aktivistisches Werkzeug? Eine Meme-Macherin berichtet aus ihrer Erfahrung mit der Instagram-Seite *ibiza_austrian_memes*¹ und sagt klar: Ja! Ein Einblick in Online-Aktivismus.

„Am nächsten Tag hatte ich dann 5.000 Follower. Weil es immer mehr wurden, fing ich rasch an, meine Arbeit ernst zu nehmen und fast täglich Memes hochzuladen.“

Vor einem Jahr habe ich im Ausland studiert. Gefühlt alle politischen Nachrichten, die damals aus Österreich kamen, empfand ich als beklemmend und besorgniserregend. Mir wurde klar, dass ich politisch aktiv werden möchte. An jenem Wochenende, an dem die Ibiza-Affäre publik wurde, war ich zufällig in Wien und protestierte gemeinsam mit vielen anderen den ganzen Tag vor dem Bundeskanzleramt. Am Mittag des 18. Mai kamen die ersten guten Nachrichten: Strache tritt zurück. Strache – dessen rassistische Rhetorik und Politik mich mein ganzes Leben lang begleitet hatten. Am Abend dann nach stundenlangem Demonstrieren noch einmal gute Nachrichten: Es wird Neuwahlen geben.

Die Ibiza-Affäre und die Ereignisse der darauffolgenden Tage haben nicht nur bei mir neben Wut und Entsetzen auch Gefühle der Erleichterung und einer freudigen Aufbruchsstimmung bewirkt. Die *Vengaboys* waren in den österreichischen Charts auf Platz eins und überall im Internet waren grenzgeniale Memes.

Die Entscheidung, selbst Memes zu machen, fiel genauso spontan wie unspektakulär. Auf meinem privaten *Instagram*-Profil teilte ich zunächst Memes von anderen. Dabei hatte ich selbst Ideen, also legte ich ein Meme-Profil mit dem seltsamen Namen *ibiza_austrian_memes* an (eigentlich müsste es ja *Austrian Ibiza Memes* heißen ...) und teilte dort meine Memes. Versprochen habe ich mir davon zu dem Zeitpunkt nichts. Am nächsten Tag hatte ich dann 5.000 Follower. Weil es immer mehr wurden, fing ich rasch an, meine Arbeit ernst zu nehmen und fast täglich Memes hochzuladen. Mittlerweile erreiche ich mit der Seite über 24.000 Menschen.

Memes als Aktivismus?

Grundsätzlich kommentiere ich mit meinen Memes (und manchmal mit Memes von Followern) österreichische Tagespolitik mit dem Anspruch einer intersektional-feministischen, antirassistischen und herrschaftskritischen Perspektive. Dabei versuche ich lustig zu sein, also Satire zu machen. Überspitzen, pointiert auf den Punkt bringen und trotzdem nicht den Kern der ursprüng-

lichen Aussage verfälschen. Es war mir von Anfang an wichtig, mit meinen Witzen keine Diskriminierungsformen zu reproduzieren. Die Seite zeigt damit auch klar: Es ist nicht notwendig (und sowieso nicht lustig), über körperliche Eigenschaften, Geschlecht, Herkunft, Alter oder Sexualität einer Person zu lachen. Was Politiker_innen täglich sagen und tun, ist absurd genug, dass wir alle Satiriker_innen werden könnten und uns dennoch nicht der Stoff ausgehen würde.

„Es ist nicht notwendig (und sowieso nicht lustig), über körperliche Eigenschaften, Geschlecht, Herkunft, Alter oder Sexualität einer Person zu lachen.“

Meine Arbeitsweise hat sich mit der Zeit verändert. Seit einiger Zeit versehe ich die Memes mit Hintergrundinformationen in (möglichst) einfacher Sprache, für die ich wiederum auch Quellen angebe. Ich antworte auf alle Nachrichten und moderiere die Kommentarspalten. Weil ich möchte, dass sich möglichst viele Menschen auf der Seite einbringen können, versehe ich Memes mit Bildbeschreibungen für Menschen, die sich Inhalte vom Handy vorlesen lassen.

Obwohl ich feministische Memes mache, habe ich nicht den Eindruck, dass mir nur Menschen folgen, die sich selbst als Feminist_innen bezeichnen würden. Manchmal bekomme ich Meme-Vorschläge, die ich nie posten würde, weil ich sie als ableistisch oder sexistisch empfinde. Gelegentlich stößt mich das vor den Kopf, weil ich mich dann frage, ob meine Follower überhaupt merken, wie wichtig mir diese Themen sind und wie achtsam ich damit umgehe. Gleichzeitig sehe ich darin auch Potential: Menschen, die in diesen Fragen vielleicht weniger sensibilisiert sind, einfach vorzumachen, dass gendergerechte Sprache nicht kompliziert ist; dass man über Politiker_innen spotten darf – ja sogar soll! – ohne dabei untergriffig zu werden; dass man Online-Content barrierearm gestalten kann – das hat schon was! Ein Jugendlicher aus Wien schrieb mir vor einiger Zeit, dass seine Schulklasse sich durch die Ibiza-Affäre und durch meine Meme-Seite „total politisiert“ habe. Ein anderer Follower schrieb, dass sein 81-jähriger Vater, der nicht *Instagram* nutzt, ihm per *WhatsApp* eines meiner Memes geschickt hätte. Memes erreichen also ganz unterschiedliche Menschen auf ganz unterschiedlichen Wegen.

Memes als Aktivismus!

Obwohl Memes überall im Internet sind, haben sie zum Teil keinen besonders guten Ruf. Das ist bedingt nachvollziehbar, weil auch die extreme Rechte Memes nutzt, um junge Menschen zu erreichen. Über diese berechtigte Kritik hinaus werden Memes aber oft auch zu Unrecht pauschal als kindisch und derb abgestempelt. Ein bekannter Karikaturist sagte vor einigen Wochen im ORF-Kulturmontag, Memes seien „aggressiv“, „wenig ambi-

tioniert im Handwerklichen“ und zu guter Letzt weder „intellektuell ansprechend“ noch „anspruchsvoll“.² Autsch.

Natürlich ist diese Kritik pauschalisierend, womöglich ist sie herablassend. Trotzdem möchte ich sie an dieser Stelle aufgreifen und argumentieren, dass dieser abwertende Befund auf ganz wesentliche Stärken von Memes als aktivistischen und gesellschaftspolitischen Kommentar hinweist. Eine wesentliche Stärke von Memes liegt für mich nämlich genau darin, dass sie niederschwellig sind. Schnell produzierbar, schnell konsumierbar, schnell distribuierbar. Theoretisch kann jede Person mit Smartphone und Internetzugang jederzeit anfangen, Memes zu machen. In der hegemonialen österreichischen Medienlandschaft ist kaum Platz für Diskriminierungserfahrungen, obwohl diese ständig und überall erlebt werden. Weil Memes Spaß machen, sind sie ein wirksames und ermächtigendes Medium, um beklemmende Diskriminierung und Politik zu verarbeiten – aber auch zu kritisieren. Memes sind außerdem immer Ergebnis eines kollektiven Prozesses. Obwohl ich meine Seite allein verwalte, steht meine Arbeit immer in engem Bezug zu bestehenden Witzen und popkulturellen Phänomenen. Nur, weil die Absicht hinter meiner Arbeit von genügend anderen User_innen erkannt und auch für gut befunden wird, erhält meine Arbeit ihre Reichweite.

Potenziale

Instagram ist nicht besonders bekannt für Politik und Aktivismus. Trotzdem gibt es viele Aktivist_innen, die die Eigenschaften dieser Plattform als Werkzeug für ihre politische Arbeit nutzen. Auch Meme-Macher_innen, die sich mit Politik und Diskriminierung beschäftigen, gibt es zuhauf (zum Beispiel *feministmeme-school*, *yaz.memes*, *migraobservations* oder *killjoymemes*...). Seit ich Memes mache, konnte ich mich sowohl online als auch offline mit vielen Aktivist_innen vernetzen. Auch zu Aktivist_innen, die das Internet nur sehr begrenzt in ihrer eigenen Arbeit nutzen, entstanden Kontakte, weil sie meine Arbeit kannten. Online-Aktivismus ist also nicht nur eine Möglichkeit, im Internet am öffentlichen Diskurs teilzunehmen, er eröffnet Aktivist_innen auch Potenziale, sich offline zu vernetzen und Bündnisse zu schließen.

Humor hat die Kraft, selbst die schrecklichste Situation erträglicher zu machen. Das nächste Mal, wenn die Politik zum Verzweifeln ist, empfehle ich, einfach ein Meme zu machen und zu teilen. Dann können wir gemeinsam lachen, wenn uns eigentlich zum Heulen ist.

Anahita Neghabat 

1 | *ibiza_austrian_memes* auf Instagram. bit.ly/2Tx5UMA

2 | Kulturmontag: Memes & Politik. ORF2. Ausgestrahlt am 3.2.2020. Sendung aufgezeichnet.

UMDEUTUNG UND AKTIVISMUS: EMMA GOLDMANS GELEBTES LEBEN

Ich sitze am Schreibtisch und muss schmunzeln: Ein E-Mail kündigt die Preisverleihung für den *Emma Goldman Award* in Wien an – bis zu 50.000 Euro werden an Sozialwissenschaftler_innen vergeben, die sich der feministischen Forschung widmen.¹ Nicht nur eine dreiste Umdeutung und Ausblendung eines Großteils von Emmas Aktivismus, sondern auch belustigend deshalb, weil die recht wilde Anarchistin ihr eigenes Stipendium² mehr oder weniger für Waffen, ihren Liebhaber, politischen Aktivismus und eine schöne Zeit in Paris auf den Putz gehaut hatte, bis ihr der Geldhahn abgedreht wurde.³

„Abgesehen von ihrer tatsächlich interessanten Lebensgeschichte ist es auffallend, wie heute unliebsame Aspekte wie Gewaltbereitschaft ausgeblendet werden.“

Emma Goldman hat es als Anarchofeministin und Agitatorin in die Geschichtsbücher geschafft. So wurde sie bekannt durch ihre Schriften und Reden, ihren Kritiker_innen damals und heute gilt sie jedoch als Fürsprecherin politisch motivierter Morde und gewalttätiger Aufstände.

Im Zentrum ihrer anarchistischen Auffassungen stand die Emanzipation des Individuums und im Besonderen die der Frau. Sie versuchte, ihre Utopie des befreiten Lebens direkt umzusetzen, trank gern, hatte wechselnde Liebschaften und klärte auf Vortragsrundreisen andere Frauen über Empfängnisverhütung auf. Das ihr zugeordnete Zitat „If I can't dance I don't want to be in your revolution“ beschreibt ihr Verständnis von Anarchismus als völlige Emanzipation, als alles umwerfendes Ideal, das sämtliche gesellschaftliche Konventionen über den Haufen wirft. Und sie war auch bereit, mit Gewalt gegen diese Konventionen anzukämpfen.

Sie und ihr langjähriger Lebensgefährte Alexander Berkman hatten 1892 ein Attentat auf einen Fabrikbesitzer geplant, in der Hoffnung, dadurch anarchistische ArbeiterInnenaufstände anzuzetteln. Das Attentat scheiterte und Berkman musste für viele Jahre ins Gefängnis. Ihre eigene erste Gefängnisstrafe (viele weitere folgten) erhielt sie, weil sie Arbeitslose in einer öffentlichen Rede zur Enteignung aufrief, falls diese weder Arbeit noch Brot bekämen.

Sie lebte meist in New York, verbrachte aber auch Zeit in Europa, beispielsweise für ihre Ausbildung zur Krankenschwester im Alten AKH in Wien. Gegen Ende ihres Lebens, welches sie inmitten der russischen Revolution auch zurück nach Russland geführt hatte, kämpfte sie unter anderem an der Seite spanischer Anarchist_innen, bevor sie in Kanada eines natürlichen Todes starb.

Abgesehen von ihrer tatsächlich interessanten Lebensge-



„If I can't dance I don't want to be in your revolution.“

schichte ist es auffallend, wie heute unliebsame Aspekte wie Gewaltbereitschaft ausgeblendet werden. Der *Emma Goldman Award* fördert „innovative research and knowledge on feminist and inequality issues in Europe, in order to contribute to a society with more social justice, equality and solidarity“⁴.

Emma Goldman war eine Feministin mit ausgeprägtem Gerechtigkeitssinn. Ihr Aktivismus wird jedoch verkürzt, wenn gesellschaftlich unliebsame Aspekte ausgeblendet werden. Für akademische Texte, die im Zeichen ihres Beitrags zur Befreiung der Frau stehen, werden Forschungspreise vergeben. Für die damit verbundene Gewaltbereitschaft und ihre radikale Ablehnung gesellschaftlicher Konventionen auch heute nicht.

Jana Binder 

1 | Emma-Goldman-Preisträger_innen siehe: flax-foundation.net/awardees

2 | Emma Goldman bekam ein Stipendium, um in Zürich Medizin zu studieren, nachdem sie in Wien eine Ausbildung zur Krankenschwester absolviert hatte. Zürich war damals eine der wenigen Universitäten, an denen Frauen studieren durften.

3 | Siehe: Emma Goldman, Gelebtes Leben. Autobiografie. Edition Nautilus, Hamburg 2010.

4 | Award Ceremony for the Inaugural Emma Goldman Awards: bit.ly/3g2orZO

„ABSCHIEBUNG WAR UNZULÄSSIG“

Zynischer Bescheid wurde zwei Jahre nach Abschiebung an die Rechtsvertretung zugestellt: Betroffene Familie lebt schon seit Jahren in Kroatien.

„Beinahe die Hälfte (knapp 45 Prozent) aller beanstandeten Entscheidungen des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA) werden in zweiter Instanz aufgehoben oder abgeändert.“

Eine parlamentarische Anfragebeantwortung des Justizministeriums zeigt: Beinahe die Hälfte (knapp 45 Prozent) aller beanstandeten Entscheidung des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA) werden in zweiter Instanz aufgehoben oder abgeändert.¹ Dabei muss betont werden, dass es sicher eine Dunkelziffer an Entscheidungen gibt, die gar nicht erst beanstandet werden, da die Betroffenen keinen Zugang zu parteiischer und unabhängiger Rechtsberatung haben.

Diese Zahlen spiegeln unsere Erfahrungen aus der täglichen Rechtsberatung und -begleitung bei *Asyl in Not* gut wider. Vor kurzem jedoch wurde uns ein besonders zynischer Bescheid zugestellt, der die Absurdität dieses Systems deutlich macht.

Im Sommer 2016 bekam eine syrische Familie (Eltern und damals zweijährige Tochter) einen negativen Asylbescheid ins Erstaufnahmезentrum Traiskirchen zugestellt: Für ihren Fall sehe sich Österreich nicht zuständig, da ihr Fluchtweg sie über Kroatien geführt hat. Daher sei laut Dublin-Verordnung Kroatien für ihr Asylverfahren verantwortlich. Die kroatischen Behörden reagierten jedoch nicht fristgerecht auf die Anfrage seitens der österreichischen Ämter, um die Familie rückzuführen. In diesem Fall muss das inhaltliche Asylverfahren in Österreich eröffnet werden.

Diesen Sachverhalt hat unsere Rechtsberatung im Jahre 2017 in einem ergänzenden Schriftsatz an das BFA festgehalten. Um so erstaunter waren wir, als der Familie im Jahr 2018 (!), ohne dass das inhaltliche Verfahren eingeleitet worden wäre, ein Abschiebebescheid zugestellt wurde. Auf Kontaktversuche unsererseits reagierte die Behörde nicht, und so wurde die Familie – juristisch vollkommen unhaltbar – nach Kroatien zurückgeschoben. Da die Familie noch während ihres Aufenthalts in Österreich eine Vollmacht unterschrieben hatte, konnten wir in ihrem Namen eine Maßnahmenbeschwerde gegen die Durchführung der Abschiebung durch die Wiener Landespolizeidirektion einreichen.

Nun hieß es warten. Die Familie hat sich in der Zwischenzeit prekär in Kroatien arrangieren müssen. Die Tochter hat mittlerweile das Schulalter erreicht.

Im Februar 2020 erhielten wir schließlich vollkommen unerwartet eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts: Der Be-

schwerde wird stattgegeben – die Abschiebung war rechtswidrig. Als Entschädigung wird eine Summe von knapp 740 Euro angeboten – für Jahre, in denen die Familie in Unsicherheit in Österreich gelebt hat, die anschließende Abschiebung sowie den mühsamen Aufbau eines prekären Lebens in Kroatien und den Erwerb noch einer Fremdsprache für die Eltern und das Kind. Das ist nicht hinzunehmen.

Dass die Abschiebung unzulässig war, wussten wir vor Jahren schon. So komplex das Asylgesetz mit seinen diversen Zusätzen auch sein mag, in diesem Punkt ist es eindeutig und kein Interpretationsspielraum erkennbar.

Es ist unvertretbar, dass die Entscheidungen der ersten Instanz in knapp der Hälfte aller Fälle nicht wasserdicht sind. Die zuständigen Beamten sollten die Materie besser kennen, als mit ihren Entscheidungen nur unwesentlich besser zu liegen als das Zufallsprinzip.

Naomi Steiner 
Asyl in Not



asyl-in-not.org
Tel: +43 1 408 42 10
Währinger Straße 59/2/1
1090 Wien

1 | Der Standard berichtete: bit.ly/3e36Dw5



Chemie

Die schönsten Kind

Christoph Amberley

DER KEINLICHE ZUNUCH



Gertred Fuchsmeier
Herrscherinnen

Penelope Bunting in Die Zuckerbäckerin



Hans Werner Kentenbach Das starke Gewebe der

Arb. der Berber (Fertigungslehre)

MEIN LESBISCHES WIEN

Wie ändert sich Gender ?

Nadman/Wendel Frau und Religion

GERMAINE GREER
DIE GANZE FRAU

Der Ursprung der Welt · LIV STRÖMQUIST

NÄHEN Schritt für Schritt

DIE ARBEITER VON WIEN
EIN SOZIALDEMOKRATISCHER STADTTEIL

Karl MARX
Friedrich Engels
Gesammelte Werke

KULTUR

„KRIEG GEHÖRT INS MUSEUM“

– unkommentierte NS-Propaganda eher nicht

Das *Heeresgeschichtliche Museum* (HGM) in Wien versteht sich selbst offiziell als Institution, die die Militärgeschichte Österreichs und seiner Vorgängerstaaten der breiten Bevölkerung näherbringen will. Das Museum schafft es allerdings nicht, auch nur eine einzige Epoche zu vermitteln, ohne dass sich geschichtspolitische Abgründe auftun. Ein Besuch ist dennoch lohnenswert – nicht, um die aneinandergereihten Waffenexponate zu bestaunen, sondern um Einblick in eine Ausstellung zu österreichischer Zeitgeschichte zu erhalten, die sich augenfällig einer Auseinandersetzung mit den erinnerungskulturellen Debatten der letzten 40 Jahre verwehrt.

Wenn Besucher_innen das Museum betreten, könnten sie bereits in der als Eingangsbereich fungierenden Ruhmeshalle stutzig werden. Hier hat sich seit Franz Josephs Zeiten nichts verändert. Seine Feldherren tragen als Säulen symbolträchtig das Gebäude und der Kaiser sendet „seinem treuen Heere“ Grüße in Marmor. Ein gewisser Fetisch für die k.u.k. Armee ist auch notwendig, um die folgende Präsentation von verschiedenen Uniformen und Waffen als Vermittlungsobjekte zu begreifen. Wenn man dieser Darstellung glauben darf, waren die Kriege der Habsburger für die beteiligten österreichischen Soldaten hauptsächlich sonntägliche Picknickausflüge zu Pferde.

In den Räumen zum Ersten Weltkrieg geht es weiter, nur in moderner Form. Am Budget kann es nicht liegen, denn das hier präsentierte Waffenarsenal glänzt in einer sichtlich aufwendig aufbereiteten Ausstellung. In den in bedrückendem Grau gehaltenen Räumen wird nur um die österreichischen und verbündeten Soldaten getrauert, die Opfer der damaligen Kriegsgegner dagegen nicht nur mit keinem Wort erwähnt. Nein, sie werden durch unkommentierte Schriftzüge wie „Serbien muss Sterben“ oder eine „Deutsch-österr. Speisekarte“, die „einmarinierte Franzosen“ und „Engländer in Kraut“ führt, auch noch verhöhnt. Diese alten Kriegspropaganda-Plakate sind scheinbar wahllos und wie immer in diesem ‚Museum‘ ohne Kontext an den Wänden verstreut, quasi als Rahmen für das österreichische Kriegsgerät. Die wenigen inhaltlichen Texte atmen das Bedauern um den verlorenen Krieg, der hier stets als logistische Herausforderung – nicht aber als macht- und interessenspolitisches Unterfangen – verkürzt wird.

Der Versuch, sich nach dem Museumsbesuch an die eben genannten Ausstellungsräume zu erinnern, fällt angesichts der offenen reaktionären Geschichtsbilder und hunderten Tonnen von Tötungswerkzeug schwer. Denn der Saal *Republik und Diktatur* stellt nicht nur das bisher Gesehene in den Schatten, eine solche Devotionalienkammer für faschistische Erinnerungsobjekte findet man nicht einmal in österreichischen Nazikellern. Anfangs wundert man sich noch über fehlende Informationstafeln zu rechten Wehrverbänden und die platte Gleichsetzung dieser mit dem *Republikanischen Schutzbund*. Doch sobald einem die prunkvolle Ehrentafel aus massivem Marmor für Engelbert Dollfuß

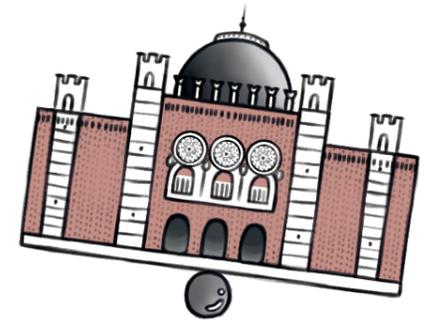
(„Er schuf mit der Berufsständischen Verfassung im Geiste der Gerechtigkeit das neue Österreich“) den Weg versperrt, wird erkennbar, dass an diesem Ort nicht nach antifaschistischer Bildungsarbeit gesucht werden braucht. Aber natürlich ist der Raum keine allein dem austrofaschistischen Kanzler gewidmete Wallfahrtsstätte – es folgt tatsächlich eine Büste von Adolf Hitler (wie alle Objekte im Raum ohne Kontextualisierung).

Über die hier inszenierten Geschichtsmymen ließen sich Bücher füllen. Ein kurzer Überblick über einige geschichtsverfälschende Bilder und Narrative sollte allerdings genügen, um klarzustellen, dass eine Schließung der Räume die einzige Option ist.

Laut Selbstverständnis des HGM besteht ein zentrales Ziel darin, die Wechselwirkungen zwischen dem Militär und politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen aufzuzeigen. Besonders verkürzt wirken angesichts dieses Anspruches Erklärungen wie die zum ‚Anschluss‘. Im März 1938 scheint es nach dieser Betrachtungsweise rein darum gegangen zu sein, dass eine nach 1934 „stattfindende Rückbesinnung auf die alte militärische Tradition sowie die Aufrüstung der Streitkräfte [...] letztlich auch nicht den [...] Einmarsch der Deutschen Wehrmacht im März 1938 [verhinderte]“. Davon, dass der ‚Anschluss‘ keineswegs nur ein militärischer, ‚von außen‘ vollzogener Akt war, sondern österreichische Nationalsozialist_innen spätestens seit 1932 auf legale (Wahlen) und illegale (Anschläge) Weise versuchten, die Regierung von innen heraus zu unterwandern, um einen Umsturz zu erreichen, erfährt man als Besucher_in nichts. Von einer Analyse, welche die jubelnden Massen am Heldenplatz mit einbezieht, braucht man gar nicht erst anzufangen. In dieser Lesart steht und fällt die nationalsozialistische Regierungsübernahme mit der waffentechnischen Ausrüstung.

Nur wer das Museum mit umfangreichem Vorwissen besucht, könnte anhand eines ausgestellten Kleiderbügels mit der Aufschrift „Arische Firma“ darauf kommen, dass in dem hier thematisierten Zeitraum die jüdische Bevölkerung Österreichs enteignet und verfolgt wurde. Davon darf ein Museum aber nicht ausgehen – die Möglichkeit, sich dieses Wissen hier anzueignen, besteht definitiv nicht. Die Vorstellung, dass Schulgruppen und Wehrdienstleistende – im Auftrag einer ‚Traditionspflege‘ – vom Nationalsozialismus als bunter Melange aus Horst-Wessel-Straßenschildern, Wehrmachtuniformen und Hakenkreuzbordüren lernen, lässt schaudern. Sie verweist zugleich auf die Abgründe historisch-politischer Bildungsarbeit in Österreich. Wenn von offizieller Museumsseite immer wieder auf Besucher_innenrekorde verwiesen wird, würde man sich eher wünschen, dass möglichst wenige Menschen dieses Museum besuchen. Hier stellt sich die Frage besonders offenkundig, ob Besucher_innenzahlen überhaupt ein geeignetes Mittel zur Bewertung von Geschichtsvermittlung sein können.

Will man den Ausstellungsmacher_innen eine böse Absicht unterstellen, liegt der Vorwurf auf der Hand, dass sie sich offenbar nur gerade so dazu durchringen konnten, neben den unzähligen



gen NS-Devotionalien auch ein wenig sichtbares Eckchen für die Ausstellung einer Häftlingskleidung und eines Judensterns freizuräumen. Der Vernichtungsantisemitismus als Kern der nationalsozialistischen Ideologie und Politik, dessen Umsetzung durch österreichische Soldaten in Wehrmacht und SS erst möglich wurde, wird nicht thematisiert. Je mehr Bereiche man sich erschließt, desto deutlicher drängt sich der Eindruck auf, dass hier einer positiven Identifikation mit dem Nationalsozialismus Raum geboten wird und vielleicht sogar geboten werden soll. Dafür verantwortlich sind beispielsweise das mit Hakenkreuz ‚dekorierte‘ Kampfflugzeug an der Decke oder der eingespielte *Walkürenritt* von Wagner, der für das Betrachten von allgegenwärtigen Kriegs- und Nazipropagandaplakaten den passenden Soundtrack liefert. Zwei Gemälde – das gefangener Partisanen einerseits und das zerstörter deutscher Flugzeuge andererseits – hängen unkommentiert nebeneinander, wodurch eine Gleichsetzung der Leiden beider nahegelegt und Kriegsverbrechen der Wehrmacht relativiert werden.

Wer gedacht hätte, dass der österreichische ‚Opfermythos‘ seit den späten 1990er Jahren der Vergangenheit angehört, wird im Raum *Republik und Diktatur* eines Besseren belehrt. Hier darf man sich in der vermeintlichen Unschuld Österreichs suhlen, wird doch die Verantwortung für den Nationalsozialismus einmal mehr externalisiert. Endlich – „die Stunde der Befreiung Österreichs vom deutsch-faschistischen Joch ist da!“, verspricht ein Plakat. Wer sich mit solcher Geschichtsklitterung konfrontiert auf die Suche nach einer der versteckten Informationstafeln macht, erfährt lediglich von der Zerstörung österreichischer Städte und dem Schicksal österreichischer Soldaten in alliierter Kriegsgefangenschaft.

Die Eröffnung der Ausstellung *Republik und Diktatur* erfolgte im Jahr 1998, d. h. etwa drei Jahre, nachdem in Wien die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944* gezeigt wurde, die mit dem Mythos der ‚sauberen Wehrmacht‘ offiziell brach. Jene auf Schaufensterpuppen gezogenen Wehrmachts- und SS-Uniformen wurden also in die Vitrinen gestellt, als die von Wehrmachtssoldaten verübten Massaker an Zivilpersonen in der Öffentlichkeit stark diskutiert wurden. Vielleicht ist der unkritische Bezug auf die SS weniger verwunderlich, wenn man das alljährliche Gedenken am Heldenplatz in Erinnerung ruft, wo das Bundesheer bis 2012 am Nationalfeiertag an die gefallenen Soldaten von Wehrmacht und (Waffen-)SS erinnerte.¹

Mittlerweile hat die Kritik am HGM mediale Wogen geschlagen und sich die Frage nach einem adäquaten Umgang mit den vorhandenen Missständen aufgetan. Neben dem Vorwurf, dass die Ausstellungsräume eine „identitäre Projektionsfläche“² darstellen, geriet das HGM auch wegen seiner Personalpolitik in die Kritik. In der Person Lothar Höbels wird die politische Ausrich-

tung von Direktor Christian Ortner, Vizedirektor Hatschek und dem für Provenienzforschung zuständigen Walter Kalina deutlich. Alle drei haben ihre Dissertationen bei dem FPÖ-nahen Historiker verfasst. Höbelt publizierte im Jahr 1999 einen Artikel in einer Festschrift des Holocaustleugners David Irving und stand vor Kurzem wieder wegen seines Schulterchlusses mit Rechtsextremen in der Öffentlichkeit.³ Sebastian Reinfeldt⁴ konnte außerdem aufzeigen, dass Walter Kalina – Mitglied der rechten Burschenschaft *Germania Liberia* und einstiger Mitarbeiter von Martin Graf (FPÖ) – unter einem Pseudonym Beiträge auf Wikipedia⁵ bearbeitet hat. In dieser Tätigkeit löschte er nach Recherchen des Kurier zum Beispiel einen Absatz, in der die FPÖ-Politikerin Barbara Rosenkranz von der *Israelitischen Kultusgemeinde* (IKG) wegen ihrer Haltung zum NS-Verbotsgesetz kritisiert wurde.⁶

Die Kritik am *Heeresgeschichtlichen Museum* bezieht sich nicht nur auf Einzelheiten oder die Ausstellung *Republik und Diktatur*. In der Kritik steht vielmehr die Institution als Ganze. Angesichts der personellen Verstrickungen und der Tatsache, dass sich in der Einrichtung auch die letzten 22 Jahre niemand um eine Verbesserung bemüht hat, kann niemand damit rechnen, dass es nun einen wirklichen Reformprozess von innen geben wird. Dass das Verteidigungsministerium bisher nicht die Notwendigkeit gesehen hat, in eine neue Dauerausstellung zu investieren oder in die bestehende zumindest zu intervenieren, zeugt auch davon, dass dieser Institution eine geschichtsverfälschende Darstellung der österreichischen Zeitgeschichte nicht allzu sehr ein Dorn im Auge ist. Eine notdürftige Öffnung innerhalb des bestehenden Arrangements dürfte dann im besten Fall – wie das bundesdeutsche Pendant in Dresden zeigt – eine legitimatorische Funktion übernehmen, wenn mal wieder rechtsextreme Umtriebe in der Armee an die Öffentlichkeit gelangen. Sollte ein Museum geschaffen werden, das einem kritischen und den aktuellen Forschungsstand berücksichtigenden Blick auf Krieg und Militärgeschichte gerecht wird, müssten die alten Strukturen grundlegend aufgelöst werden. Es braucht ein neues kompetentes Team von Zeithistoriker_innen, bei deren Arbeit an einem Konzept Unabhängigkeit gewährleistet ist. Der Umgang mit bisherigen Brüchen, was österreichische Geschichtsmymen betrifft, hat gezeigt, dass auch dieses Museum von Grund auf revolutioniert werden müsste. Dass das bedeuten würde, die Türen erst einmal geschlossen zu lassen, nimmt man da gerne in Kauf.

Aloisia Peters 

1 | Pirker, Peter: In Erfüllung ihres Auftrags ließen sie ihr Leben. Kommentar der anderen. In: Der Standard, 03.02.2012, URL: bit.ly/2VWtDFq (alle Links zuletzt abgerufen am 22.04.2020); Uhl, Heidmarie: Die denkwürdige Leere der Krypta. Kommentar der anderen. In: Der Standard, 22.06.2012, URL: bit.ly/3576xjv.

2 | stoppt die rechten, Rechtsextremes im letzten großen Staatsmuseum. Teil 1: Das HGM als identitäre Projektionsfläche, URL: bit.ly/3aDt9tf.
3 | Anders, Theo: Lothar Höbelt, Professor Einzelfall. In: Der Standard, 22.01.2020, URL: bit.ly/354LPRk.
4 | Semiosisblog. Politik, Recherche, Analyse, semiosis.at.
5 | Das Museum, die FPÖ, die Wikipedia und die Pappenheimer, die wir kennen, URL: bit.ly/2VXJ5RL.
6 | Schattlainer, Christoph: Rechtsextreme Tendenzen im Heeresgeschichtlichen Museum. Am 05.09.2019 im Kurier, URL: bit.ly/2VHPwJX.

AUSBLICK

Liebe Leser_innen!

Wir hoffen, ihr habt unsere Doppelausgabe genossen und hattet Spaß beim Lesen! Die nächste Ausgabe wird im Herbst des kommenden Semesters erscheinen und den spannenden Schwerpunkt psychische Gesundheit haben.

Wie immer freuen wir uns über zahlreiche Artikelvorschläge sowie Mails von interessierten Illustrat_innen und Fotograf_innen. Ihr erreicht uns unter: zeitgenossin@oeh.univie.ac.at.

Bis zum nächsten Mal,
eure zeitgenossin

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN
Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien
Unicampus AAKH, Hof 1, Spitalgasse 2-4, 1090 Wien;
Tel. 0043 (0)1 4277 19501

REDAKTION
Zeinab Cecilia Abdel-Keream, Julius Gruber, Christiane Skerjanz, Brigitte Temel

AUTOR_INNEN DIESER AUSGABE
AG Feministischer Streik, Autonome Antifa [w], fida – Feministische Informations- und Dokumentations-Arbeit, Johannes Glack, Hanna Grabenberger, Eva Grigori, Elif Gül, Natalia Hurst, Marie Kreamer, Sandra Lehofer, Carina Maier, Anahita Neghabat, Babsi Ordinaireteur, Aloisia Peters, Peter Planlow, radical anarchist dangerous sisters, Antonia Rode, Sarah Rogers, Rosa Antifa Wien, Alexis Smits, Julia Spacil, Naomi Steiner, Vitaly Vasilchenko, Wappla

SATZ & LAYOUT
Juliana Melzer

LEKTORAT
Karin Lederer, Birgitt Wagner

FOTOGRAFIE
Anahita Neghabat @ibiza_austrian_memes (S. 58)
Marisel Bongola
Carl Dewald (S. 1, S. 14)
Manfred Knoblaue (S. 8-9)
Mo Blau (S. 29, S. 32, S. 38, S. 42-43, S. 52, S. 62-63)
Presseservice Wien (S. 16)
RAW (S. 30-31, S. 34-35, S. 48)

ILLUSTRATIONEN
Anna Pöllerl (S. 5, S. 6, S. 36, S. 41, S. 42, S. 44, S. 46, S. 50, S. 55, S. 60, S. 65)
Stefanie Hintersteiner (S. 10, S. 13, S. 18, S. 21, S. 23, S. 24, S. 27)

ANZEIGEN
Wirtschaftsreferat ÖH Uni Wien
inserate@oeh.univie.ac.at

DRUCK
Wilhelm Bzoch GmbH, Wienerstraße 20, 2104 Spillern

ERSCHEINUNGSDATUM
Juni 2020

ARTISTS

Mo Blau

Ursprünglich aus dem Bereich der Modefotografie, verschiebt sich der Fokus meiner Arbeit immer mehr in Richtung dokumentarischer und aktivistischer Porträtfotografie, wie bei meinem Projekt „Vienna QUEERS“. Ich selbst studiere Lehramt und mache, neben der Fotografie, queere Jugendarbeit.

📧 themaingardist

Carl Dewald

Carl Dewald lebt in Wien. Seine fotografischen Schwerpunkte sind Reportagen, Portraits und Fallstudien. Seine Fotografien kreisen um die Frage des Sozialen. Somit sind seine Arbeiten immer sowohl Auseinandersetzung, als auch Interpretation und zugleich Standpunkt.

📧 carl_mag_s

Stefanie Hintersteiner

Stefanie Hintersteiner studiert an der Akademie der Bildenden Künste und ist als Künstlerin in Wien tätig.

📧 stefanie_hintersteiner

Manfred Knoblaue

Freier Fotojournalist aus Wien. Beschäftigt sich hauptsächlich mit sozialen Bewegungen. Während dem Peak der Coronakrise hat er versucht, die Auswirkungen auf das öffentliche Leben zu dokumentieren.

📧 m_knoblaue

Anna Pöllerl

Ich bin selbst erlernte Illustratorin, die zurzeit ein Abendkolleg für 2D/3D-Animation besucht. Ich zeichne für mein Leben gern und versuche, stetig besser zu werden.

📧 annapoe_chara8

Rosa Antifa Wien (RAW)

Antifa & Glitzer –
(queer)feministisch, anarchistisch, renitent.

📧 rosaantifawien

Presseservice Wien

Netzwerk freier Fotojournalist*innen, das vor allem rechte Mobilisierungen und soziale Bewegungen dokumentiert. Seit Anbeginn der öffentlichen Veranstaltungen gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung, haben sie von zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen von Verschwörungstheoretiker*innen und Impfgegner*innen berichtet.

📧 presse_service_vie

DEUTSCHKURS

GERMAN COURSE

+ OSD preparation
OSD-Vorbereitung

5th October 2020 - 18th February 2021
05. Oktober 2020 - 18. Februar 2021

price € 330,-
Preis

monday - thursday
Montag - Donnerstag

registration and placement
30th September 2020, 10 o'clock

Anmeldung und Einstufung / registration and placement
Mittwoch, 30. September 2020 um 10 Uhr

Email: german@oeh.univie.ac.at

further information: oeh.univie.ac.at



#2AUGUSTINKaufen|verschenken

www.augustin.or.at

BÜ
BÖ

Bücherbörse der ÖH Uni Wien

DIE BÜCHERBÖRSE IM NIG

Die Bücherbörse im NIG hat wie gewohnt geöffnete Tore! Komm und schau dir unser Angebot an! Bring deine Bücher und gib sie bei uns in Kommission!

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 11-17 Uhr
buecherboerse@oeh.univie.ac.at
Universitätsstraße 7, 1010 Wien

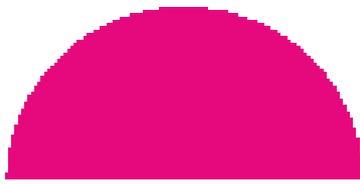
anna phrase

Zeitschrift für Ideologiekritik

Heft 16, Juni 2021, 200 Seiten, ISSN: 2194-8860

Themen der Heft 16: Pandemie und Weltmarkt | Das Unvollständige und die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ | Über das Innere und Außen der Psychoanalyse | Politische und linguistische Rekonstruktionen | Warum die Hebbelische Lehre objektiv nicht abstrakt geworden ist | Der Holozentrierte Geist und das islamische Märchen von Al-Andalus | „Macht muss fließen“, aber wohin? Über einen neuen Spinozismus | Die Gegenoffensive in der Selbstverwirklichung der Meister | Die falsche Versöhnung von Subjekt und Objekt in Gudrun Hammerlits | Theodor W. Adorno über Sartre | Reflexionen zur la question juive | Klaus Heineich über Luigi Nono | Kritik der politischen Ökonomie als Kritik der Sozialpolitik | Die Einseitigkeit Theodor Hebes und die Arbeit der materialistischen Staatskritik | Der unbewusste Weltverlust und die Bewaffnung des Jüdischen: Über das Ende des Kritikalismus...

www.annaphrase.org | www.ae-in.net



ChickLit

feministische Unterhaltung



Buchhandlung und Online-Shop

E-Mail-Bestellung

buchhandlung@chicklit.at

Aktuelle Öffnungszeiten unter

www.chicklit.at

**Gute
Seiten.
Schlechte
Zeiten.**

**—hol' dir
jetzt dein
Abo!**

www.malmoe.org/abo

**20 Jahre
MAL
MOE**

Schon wieder, keine Post bekommen?



Das kannst du jetzt ändern! Abonniere einfach die zeitgenossin. Wir schicken dir die neue Ausgabe direkt nach Hause. Ohne für dich anfallende Kosten.

Einfach informieren unter:
oeh.univie.ac.at/zeitgenossin/abo

Dieses Exemplar geht an: